

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 12. November 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Der Volksverrat besiegelt!

Die „Lib. Korrespondenz“ hat wirklich Recht gehabt, wenn sie vor einiger Zeit davor warnte, allzu große Hoffnungen auf die Frankfurter Einigungsversammlung zu setzen. Der freisinnige Katholikentag ist genau so verlaufen, wie wir es vorausgesagt haben. Die Sache begann mit einem Begrüßungsabend und endete mit einem Festmahl. In der Zwischenzeit wurden vier Reden gehalten. Ueber den Inhalt der Reden ist nicht sehr viel zu sagen, sie hätten ebensogut vor zehn Jahren gehalten werden können, und können in fünf Jahren, wenn sie noch Zuhörer finden, genau so wiederholt werden. Nicht ihr Inhalt, sondern ihre Inhaltslosigkeit ist diesmal das Wichtige. Denn daß die Herren alle liberalen Schlagworte wiederholen würden, war niemandem zweifelhaft. Aber wir haben es vorausgesehen, daß ebenso sorgfältig alles vermieden werden würde, was für das unmittelbare politische Verhalten der Liberalen von Wichtigkeit war. Man erzählte uns wieder einmal, daß man für die Freiheit sei und sogar für das Reichstagswahlrecht in Preußen. Man sprach aber wiederum nicht davon, worauf es allein ankommt, was die Liberalen nun endlich tun wollen, um ihr Programm zu verwirklichen. Man muß diesen Mangel umsomehr bedauern, als Herr Wiemer ausdrücklich erklärte, daß der Freisinn einen „ausschlaggebenden Einfluß ausübt“ und von ihm die „Aktionsfähigkeit des Blocks“ abhängt. Herr Wiemer sagte über das Preußenwahlrecht viel weniger, als etwa über die Zigarrensteuer, gegen die zu stimmen er sich verpflichtet. Herr Wiemer führte wieder das alte Gaukelspiel auf, Herrn Barth als zu bezeichnen zu bezeichnen, während er selbst sich als unentwegten Vorkämpfer des gleichen Rechtes vorstellte. Ihm genügt das geheime Wahlrecht nicht, er will mindestens auch die Beseitigung des indirekten Wahlrechts und damit der Dreiklassenwahl. Nur schade, daß Herr Wiemer nicht einmal eine Andeutung darüber machte, wie seine ausschlaggebende Partei ihre Forderungen durchsetzen will!

Barth hatte auch dafür einen Weg vorgeschlagen und verlangt, daß die Einigungsversammlung in einer Resolution bestimmte Forderungen an die Regierung aufstellen und die Vorlage eines „Notgesetzes“ fordern solle; geschähe dies nicht, dann müsse der Liberalismus das Blockabkommen kündigen. Wie auf dieser Versammlung jede Diskussion, so wurde auch jede Beschlußfassung vermieden! Ueberhaupt war diese Versammlung nichts anderes als eine Wiederholung der volksparteilichen Komödie im Zirkus Busch! Derselbe Wiemer, derselbe Müller-Weiningen mit denselben Witzchen und Nätzchen, die Belbel in Essen schon bei ihrer ersten Auflage genügend gekennzeichnet hat! Aber an Stelle der Kopsch und Müller-Sagan waren Herr Konrad Haußmann und Herr Raumann getreten. Das ist nämlich die liberale Einigung. Die Herren von der Freisinnigen Vereinigung und der Süddeutschen Volkspartei dürfen ihr etwas besseres Renommee in die alte Schwindelfirma der Freisinnigen Volkspartei einbringen! Und wie dankbar die Herren noch waren, daß sie als Geschäftsteilhaber zugelassen wurden! Herr Haußmann degradierte sich dazu, eine Rede zu reden, die ebensogut des Fischbed würdig gewesen wäre. Ja, er ging so weit, die politische Abdankung seiner eigenen Partei dem Phantom der liberalen Einigung zum Opfer zu bringen! Denn das und nichts anderes bedeutet es, wenn der Freisinnigen Volkspartei die Führung der Liberalen ausdrücklich übertragen wird! Fischbed, Kopsch und Wiemer als die Führer des geintem Liberalismus heißt nichts anderes, als die politisch rückständigsten Leute innerhalb des Liberalismus zu dessen Herren zu machen!

Wenn Herr Haußmann sagt, der Freisinnigen Volkspartei gebühre die Führung, weil sie die größten parlamentarischen Traditionen, die größten Führer (!) und das größte politische Kapital habe, so weiß man nicht, soll man darüber lachen, daß Herr Haußmann den politischen Ehrgeiz besitzt, bei Seiner Majestät Wiemer die Rolle des Philipp Eulenburg und seiner anhimmelnden Rumpans zu spielen oder darüber staunen, was die Herren ihrem Publikum alles zu bieten wagen! Aber Herr Haußmann will offenbar die feindselige Haltung unserer Genossen bei seiner Stichwahl noch nachträglich vollständig rechtfertigen.

Charakteristisch für die vollständige Korruption der bürgerlichen Demokratie ist es, daß ein Führer dieser „Demokraten“ sich nicht scheute, diese jammervolle Rolle an einem Tage und in einer Stadt zu spielen, die mit dem Namen eines wirklichen bürgerlichen Demokraten so innig verknüpft sind: dem Namen Robert Blum! Man hätte Zeit und Ort der Tagung nicht besser wählen können, um die Schande des „demokratischen“ Bürgerturns in alle Welt hinauszuschreien! Robert Blum, der Vorkämpfer der bürgerlichen Freiheitskämpfe — und Wiemer, Müller-Weiningen und Haußmann, die Parodisten der Demokratie, die unter dem Schilde des „agrarischen“ Kanzlers und der Junker für die „Freiheit“ — schwatzen, um sie zu verraten! Ein Rest der Scham mag diese entarteten Epigonen bewogen haben, den Namen Blums nur schüchtern zu erwähnen, ja nicht die Erinnerung an das Jahr 48 heraufzubeschwören.

Schlummer noch steht es mit Herrn Raumann. Herr Raumann hat ja keine Partei, die hinter ihm steht, aber er hat doch bei manchen Leuten ein politisches Renommee zu verlieren. Und er sorgt dafür, daß dies möglichst schnell geschähe. Herr Raumann hat in Frankfurt eine Rede halten dürfen, von der er im voraus versprochen mußte, daß sie den taktischen Bedürfnissen der Herren Wiemer und Fischbed angemessen sei! Er hat in der Komödie mitgespielt, bei der mitwirkten ernsthaftere Männer, wie Gothein und Barth, abgelehnt haben! Er hat in dieser Rede wieder einmal Janfare gebieterisch erklärt, daß in der Wahlrechtsfrage alle Liberalen „im Ziele einig“ sind. Herr Raumann muß entschuldigen: wir begreifen vollständig, daß er, dessen letzter politischer Königsgedanke — dieser demokratische Monarchist hat deren schon mehrere gehabt — die Einigung des Liberalismus war, dessen Führerschaft in seinen Vorstellungen allerdings kaum den Wiemer und Fischbed gehört haben mag, nicht den Irrtum seines Wertes sofort eingesehen will; aber das, was Herr Raumann jetzt betreibt, ist nicht mehr ehrliche Politik! Herr Raumann weiß so gut wie wir, daß die Freisinnige Volkspartei in der preussischen Wahlrechtsfrage nicht getan hat und nicht tun will! Wenn er erklärt, daß er mit dem Fischbed im Ziele einig ist, so täuscht er oder er ist nicht mehr Anhänger des gleichen Rechts! Wenn er jetzt wieder zur Agitation für das Reichstagswahlrecht auffordert und diese Aufforderung erklärt nicht im Gegensatz, sondern an der Seite der Freisinnigen Volkspartei, so treibt er Demagogie. Warum hat denn Herr Raumann seit seinem Wahlrechtsartikel im „Berl. Tageblatt“ sich so sorgsam gehütet, selbst in die Agitation um das Wahlrecht weiter einzugreifen? Warum hat er erst noch jüngst bei der Besprechung des Buches von Breitscheid eine Haltung eingenommen, die ihm das Lob der „Freisinnigen Zeitung“ eingebracht hat? Warum ist es Herr Raumann allein, der von denen, die für politische Demokratie eintreten, noch immer Vertrauen zu der Freisinnigen Volkspartei und ihren Führern hat? Herr Raumann ist viel zu klug und er kennt die freisinnigen Führer viel zu gut, um nicht im Innern seines Herzens, wir wollen nicht sagen, unser Urteil, aber das Urteil von Barth über die Volkspartei zu teilen. Wenn Herr Raumann heute die bürgerliche Demokratie an die Volkspartei verrät — und nach der Haltung der Volkspartei in der preussischen Wahlrechtsfrage ist es ein Verrat — dann ist es nichts als seine Eitelkeit, die ihn dazu treibt! Herr Raumann schreckt davor zurück, zu gestehen, daß die Einigung des Liberalismus in der Form, in der er sie betreiben wollte, ein politisches Irrtum war. Er will recht behalten und wenn auch darunter die von ihm vertretene Sache den schwersten Schaden erleidet!

Aber die Taktik Raumanns ist, wie jede Verschleierung der Tatsachen, gänzlich unniß. Kurze Zeit trennt uns von der Eröffnung der Parlamente, und in den Parlamenten wird sich vollenden, was wir vorausgesagt haben. In der Zwischenzeit aber findet eine Versammlung statt, deren Ernst die politische Scherze, wie sie im Zirkus Busch und in Frankfurt ausgeführt worden sind, sehr rasch in Vergessenheit bringen werden. Der preussische Parteitag der Sozialdemokratie wird zeigen, wie der Kampf für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in Preußen zu führen ist! Er wird die Antwort, die die Freisinnigen beharrlich verweigern, auf die Frage nach den Mitteln geben, mit denen ganz allein das Reichstagswahlrecht errungen werden kann. Das allgemeine Wahlrecht wird nur durch den Zwang einer unübersteiglichen gewaltigen Volksbewegung kommen. Diese können die Freisinnigen allerdings nicht entfesseln. Träger der Demokratie ist in Deutschland einzig und allein nur die Arbeiterklasse. Aber in diesem Kampfe um sein Recht wird das Volk die Freisinnige Volkspartei auf der Seite der Gegner finden.

Die bürgerlichen Demokraten werden einsehen müssen, daß ihr Platz nicht sein kann im Lager der Gegner der Demokratie. In welcher Form die bürgerliche Demokratie ihren Kampf führen will, das zu entscheiden kann nicht unsere Sache sein. Daß sie keinen Kampf führen kann, wenn sie sich an Händen und Füßen gefesselt den Leuten von der Freisinnigen Volkspartei ausliefert, ist allerdings gewiß!

## Wetterleuchten.

Man schreibt uns:

Die rheinisch-westfälischen Industrielöhne haben sich noch nie durch moralische Bedenken veranlaßt gefühlt, auch nur um Haarsbreite von jenen Wegen abzuweichen, die zu den Zielen ihrer Profitgier führen. Ob das Allgemeininteresse darunter leidet oder nicht, das sind Fragen, die den Herren keine Skrupeln machen. Die den Kapitalmagnaten treu ergebene bürgerliche Presse hat dergleichen kapitalistische Sünden bislang entweder schämig verschwiegen oder dreist gerühmt. Nunmehr scheinen zum Teil die Rollen vertauscht zu sein, plötzlich wendet sich die bürgerliche Presse des Ruhrgebietes gegen kapitalistische Sünden, deren Verteidigung sie vorher als eine ihrer vornehmsten Aufgaben angesehen hatte. Die Einfuhr des ausländischen Lumpenproletariats in das Industriebecken ist urplötzlich der Kapitalistenpresse anscheinend ein Dorn im Auge.

Die Arbeiterpresse des Ruhrgebietes hat seit länger Zeit schon auf die sozialen und moralischen Gefahren, die nicht nur der einheimischen Arbeiterschaft, sondern auch der Gesamtbevölkerung durch den Massenimport der zumeist unter verlogenen Versprechungen nach dem Industriegebiet gelockten unaktivierten und geistig rückständigen Ausländer hingewiesen. Aber sie stand bisher nicht nur damit allein, sondern sie predigte auch tauben Ohren. Trotzdem die steigenden Unfallsziffern im Berg- und Hüttenbetrieb, trotzdem die traurigen Zahlen der Kriminalstatistik des Industriegebietes ihre Mahnungen nachhaltig unterstützten, blieben diese fruchtlos. Dem künstlichen Einwandererstrom wurde nicht Einhalt geboten, im Gegenteil; immer mehr Werbeagenten sandte der Kapitalismus ins Ausland, um willige Ausbeuteobjekte zu suchen. Bis in die jüngsten Tage hinein schleppten Extrazüge die frische Menschenware ins Industriegebiet, und neue Transporte werden noch täglich gemeldet. Ein trauriges Bild bietet schon die Ankunft solcher Sklaven. Neben den Werksbeamten findet sich die Polizei auf dem Bahnhof ein, um in ihre „Liebesvolle“ Obhut zu nehmen, wer etwa unter dem Eindruck der ersten Enttäuschung, die sich allen mitteilt, seinen Linnut etwas Lebhaft äußern würde. Dann werden die Ankömmlinge mit Weib und Kind, mit Sack und Pack auf Möbelwagen und ähnliche Fuhrwerke verfrachtet und der künftigen Frontstätte geht die Fahrt entgegen. Die von Menschen und Angehörigen überfüllte Werksmensa nimmt für kurze Zeit zunächst die Ankömmlinge auf, dann bezieht der verheiratete Arbeiter gewöhnlich eine Wohnung der Werkskolonie und der ledige Arbeiter sucht Unterkunft in einem privaten Kosthaus oder als Kostgänger bei seinen Arbeitskollegen. Beides ist vom Uebel! Im Hamborner Bezirk, dem sogenannten Königreich Löhssen, haben wir solche Logishäuser besichtigt und damit tiefen menschlichen Elend erschaut, wie sie sich glücklicherweise nur selten dem Blick darbieten. Die Schlafräume in diesen Höhlen sind klein, feucht und überfüllt. Der stehende Geruch schlechten Tabaks, von menschlichen Ausdünstungen und Alkoholdunst verpestete Luft schlägt den Eintretenden entgegen. Aus zusammengezimmerten Brettern und schmucklosen Lumpen bestehen die „Betten“, die oftmals bei Tag von einem Nacht- und nachts von einem Tagelöhner gemeinsam benutzt werden. Als diese grauenhafte Zustände vor kurzem von unserem Duisburger Parteiblatt ans Licht gezogen wurden, mußte selbst die gegnerische Presse, die jene Verhältnisse leugnen wollte, bezeugt die ideale Verbreitungshoden aller möglichen ansteckender Krankheiten“ seien. So richtig wie dieses Zugeständnis an sich ist, so ist doch die Krankheitsgefahr noch nicht das Wesentlichste. Schlummer noch ist die Gefahr der moralischen Verwesung, die von jener Zusammenhäufung des rückständigsten ausländischen Proletariats ausgeht. Höhere Genüsse können sich diese Menschen bei ihrem Elend nicht gefallen, der einzige Freudenspende ist Dämon Alkohol, und zu ihm gesellen sich geschlechtliche Ergesse. Bei der unvermeidlichen innigen Verührung und Vermischung dieser Elemente mit der einheimischen Arbeiterschaft wirken diese auch auf einen nicht geringen Teil der letzteren demoralisierend.

Und das ist erklärlich. Lebt doch auch ein großer Teil der letzteren in dem gleichen Elend, ist den gleichen sozialen Bedingungen unterworfen. Für alle fehlt auch die bescheidenste Bildungsmöglichkeit und die schwere, übermäßig ausgedehnte Fronarbeit schwächt ihre geistige Energie, erötet jeden Vernunft. So ist es denn nicht verwunderlich, daß die Unsicherheit im Industriegebiet ständig wächst, Asoheitsdelikte, Räubereien und Sittlichkeitsankontate zu fast unvermeidlichen Alltäglichkeiten gehören! Kein Wunder, daß ein dumpfes Grollen durch das große Arbeiterheer des Industriegebietes läuft und der seit Jahren angeammelte Groll dem Siedepunkt bedenklich nahe kommt. Man fühlt, daß der Zukunft Schoß neue und schwere Kämpfe gebären wird, und sieht, daß die Werksbeisiger zu diesen Kämpfen rüsten. Arbeiterentlassungen auf der einen, Veranozung minderwertiger Arbeitskräfte auf der anderen Seite sollen die industrielle Reservearmee vergrößern und so den künftigen Sieg dem Kapital sichern!

Aber diese frebelhafte Politik ist ein zweischneidiges Schwert, das auch den Besizenden tiefe Wunden schlagen kann. Daher der plötzliche Stimmungswandel der kapitalistischen Presse. Die „Ab-Westl. Ztg.“ hatte mit ihrem gutentwickelten kapitalistischen Instinkt zuerst die Gefahr erkannt und Alarm geblasen. Die entsetzliche Wutttat, die in Durbusch von einer Rotte kroatischer Arbeiter verübt wurde und schließlich vor dem Bonner Schwurgericht ihre Sühne fand, gab ihr Veranlassung, auf die Gefahren der Heranziehung ausländischer Arbeiter aus sichtlich und in krimineller Hinsicht tieferstehenden Nationen und Massen hinzuweisen. Sie ist der Ansicht:

„Daß die Ueberchwemmung unserer deutschen Lande mit Ausländern minderwertigen Charakters in den besonders betroffenen Gebieten zu einem Grade allgemeiner Unsicherheit geführt hat, der sich mit dem Wesen eines Kulturstaates nicht verträgt“. Die ungebändigte Rohheit, die ungefitzte Verworfenheit und die ägellose Leidenschaft dieser Sendlinge fremder Völkerschaften werden überall da, wo sie mit den sittlich zweifelhaften Elementen des eigenen Volkes zusammentreffen, jeden Rest einer guten Eigenschaft bei diesen verderben und die Gefahr einer allgemeinen Verwilderung vergrößern.“ Es könne gar nicht zweifelhaft sein, daß das Allgemeiniveau eines Volkes durch diese fremden Elemente ganz bedeutend herabgedrückt werde. Die Zustände werden unseres Reiches und unseres gefitteten Volkes durchaus unwürdig und es ist Zeit, ernstlich für Abhilfe zu sorgen. Wir müssen solche Elemente unserem Volkstörper fernhalten und da, wo sie sind, aus-

### Die Interlons-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 20 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.



metzen. Das Scharfmacherorgan verlangt deshalb Einwanderungsbeschränkungen gegenüber solchen Arbeitern.

Die Syndikatsherren werden sich den Teufel um die Massandrang der Kohlenantarktis machen. Ja, die gerade in letzter Zeit mit Hochdruck betriebene Einfuhr ausländischer Ausbeuteobjekte läßt die Vermutung aufkommen, daß der plötzliche Gesinnungswandel der Kapitalistenpresse auf Befehl von oben erfolgt und der Alarm nur die Klüften der Weltanschauung verschleiern soll! Dem widerspricht nicht, daß die Auslassungen der Kohlenantarktis ansehnlich bei der Polizei auf empfindlichen Boden gefallen sind und die Volkseinstimmung durch rigorose Anwenbung der Ausweisungsbestimmungen das bedrohte Vaterland zu retten sucht. Die kleine Scharfmacherpresse ist schon etwas unvorsichtiger und läßt in ihrem Ungehör den Schleier, mit dem das Unternehmertum seine Pläne verdecken möchte. Sie möchte gern die noch verborgene Blut der Empörung über das frivole Treiben der Kapitalmagnaten dämpfen und verlangt eine Verminderung des ausländischen Zustroms, um den Arbeitern den Verdacht zu nehmen, daß jene Ausländer gegenüber den organisierten Arbeitern von den Großindustriellen als Sturmböck mißbraucht werden!

Das ist das einzige Motiv für den unerwarteten Gesinnungswandel der Kapitalistenpresse! Scheinbar wendet man sich gegen den Massenimport ausländischer Lohnarbeiter, um die unheimliche einheimische Arbeiterkraft zu blenden und sie über die wahren Ziele der Weltgewaltigen zu täuschen. Die Großindustriellen lassen auch weiterhin Streikbrecherkolonnen im Ausland antworten und lachen der vermeintlichen Opposition der ihnen ergebenen Presse. Doch auch die Arbeiterorganisationen tun gut daran, zu rufen und ihre Waffen zu schärfen. Denn je mehr die Krise sich bemerkbar macht, um so näher rückt der unermessliche Kampf. Was sich jetzt im Industriegebiet abspielt, ist das Wetterleuchten des herannahenden Gewitters!

## Sozialdemokratie, Achtuhr-Ladenschluß und Sonntagsruhe.

Aus dem Parteibureau schreibt man uns:

Die „Deutsche Handelsmacht“ versucht in ihrer Nummer 20 vom 15. Oktober 1907 bei Besprechung der Debatten des Düsseldorf Genossenschaftstages nachzuweisen, daß die Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei zum Achtuhr-Ladenschluß und zur Sonntagsruhe nicht den berechtigten Forderungen der Handlungsgehilfen entspricht. Dieser Nachweis kann nicht gelingen. Die sozialdemokratische Partei fordert in ihrem Programm die Durchführung „einer ununterbrochenen Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche“. Diese Forderung bedeutet die weitgehendste Sonntagsruhe für alle Gewerbe, deren Betrieb nicht für die Ausnutzung des Sonntags zur Erholung und Erfrischung der Arbeiter und Angestellten unerlässlich ist. Den Arbeitern dieser Gewerbe muß in der Woche eine entsprechende stündige Ruhepause gewährt werden. Geht irgend eine bürgerliche Partei weiter als wie die Sozialdemokratie? Verlangt irgend eine bürgerliche Partei, daß Sonntags keine Eisenbahn, keine Elektrische, kein Wagen fährt und daß alle Gasthäuser Sonntags geschlossen sein müssen?

Für den Achtuhr-Ladenschluß hat sich bereits 1896 die sozialdemokratische Parteitag in Gotha erklärt. Es heißt in der Gothaer Resolution unter anderem: „Da aber deren kapitalistische Gegnerschaft dieses bürgerlichen Arbeiterschutzes verweigert, weil angeblich durch ihn die Interessen der kaufenden, besonders der arbeitenden Bevölkerung benachteiligt würden, erklärt der Parteitag, daß die Arbeiter für die Forderung der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen einstreiten, die Einführung des gesetzlichen Achtuhr-Ladenschlusses als keine Schwächung ihrer Interessen betrachten und selbstverständlich für diesen wie für jeden Schutz jeder Arbeiterkategorie eintreten.“

Geht eine bürgerliche Partei hierin weiter als die Sozialdemokratie? Gerade die den antisemitischen Handlungsgehilfen politisch nahestehenden selbständigen Kaufleute sind vielfach Gegner des Achtuhr-Ladenschlusses und der Erweiterung der Sonntagsruhe. Das haben sozialdemokratische Stadtverordnete nur zu oft erfahren, wenn sie für Erweiterung der Sonntagsruhe in den Kommunen Anträge stellten und die Magistratsräte zur Förderung des Achtuhr-Ladenschlusses vorwärts treiben wollten.

Überdies hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion Session für Session für die Handlungsgehilfen und Arbeiter den Achtstundentag gefordert. Herr Schad, der Führer der deutschnationalen Handlungsgehilfen, hat als Reichstagsabgeordneter noch nicht den Achtstundentag für die Handlungsgehilfen beantragt, trotzdem der deutschnationalen Handlungsgehilfenverband den Achtstundentag fordert!

Die Sozialdemokratie wird den Blockparteien in dieser Session des Reichstags wieder Gelegenheit geben, zu zeigen, wie weit sie hinter der Sozialdemokratie zurückbleiben, wenn es gilt, politisch für die Handlungsgehilfen aufzugeben (etwas zu leisten)!

## Auch eine Begrüßungsrede.

Auf dem Lord Mayor-Bankett, das am 9. November in London stattfand, hielten auch die Vertreter der Marine und der Flotte die üblichen Ansprachen. Der Admiral der Flotte Fisher, machte — am Vorabend des Besuchs des deutschen Kaisers — folgende Ausführungen:

Der beste Beweis für die Schlagfertigkeit der Flotte sei die Tatsache, daß jüngst in der Nordsee sechsundzwanzig der besten Schlachtschiffe und 23 der besten Kreuzer mit 11 Admiralen belagert waren, und das sei nur ein Bruchteil der Flotte gewesen (Beifall); auch die Sichererfolge der Flotte seien unvergleichlich gewesen. Man spreche von der Einkreisung von Hunderttausend Deutschen und ihrer Invasión in England mit denselben Mitteln, wie man etwa von der Verladung der St. Pauls-Kathedrale auf einem Waddendampfer sprechen könne. Derartige Erzählungen seien lächerlich, zugleich aber auch schändlich. Der Admiral kam dann auf die morgen stattfindende deutsche „Invasión“ zu sprechen, hieß sie herzlich willkommen und gab schließlich im Namen der englischen Marine der Genußnahme darüber Ausdruck, daß der Kaiser Admiral der englischen Flotte sei.

Wir haben erst in unserer Sonntagsummer auseinandergesetzt, daß das Verhältnis zwischen England und Deutschland vor allem durch die deutschen Flottenrüstungen getrübt worden ist. Und das stürzte Argument, das unsere Flottenrüstungen für die neue Flottenverträge vorbringen, ist ja die Überlegenheit der englischen Flotte. Wenn der Admiral der englischen Flotte nun mit Stolz auf die Stärke der englischen Flotte hinweist, so bedeutet das

in Grunde nichts anderes, als daß England seiner Überlegenheit zur See sicher ist und natürlich auch dafür sorgen wird, diese Überlegenheit niemals zu verlieren. Je stärker Deutschland rüstet, desto energischer wird auch England seine Flotte ausbauen — und das Kräfteverhältnis wird dasselbe bleiben wie vorher!

Wozu also das unerlöste Beträgen? Diese Frage klingt auch aus der Rede Fishers heraus. Aber die neue Flottenvorlage soll ja bereits vor Weihnachten dem Reichstag zugehen! Wozu deshalb Edward VII. und Wilhelm II. noch so freundschaftliche Versicherungen austauschen: das Mißtrauen wird nicht schwinden! Die Rüstung für England, immer neue Milliarden für seine Flotte auszugeben, wird immer neue Animosität erzeugen.

Deshalb wiegt die Auslassung des englischen Admirals trotz ihrer freundlich-ironischen Schlusswendungen schwerer, als all die Begrüßungshöflichkeit der englischen Presse, als alle Toasts, die bei der Monarchenbegegnung noch getauscht werden mögen!

## Das Gelbbuch über Marokko.

Paris, 7. November. (Fig. Ber.)

Das heute herausgegebene Gelbbuch gibt in Dokumenten die Geschichte der diplomatischen Aktion Frankreichs nach der Konferenz von Algier. Die Tendenz, die die ganze, 400 Seiten füllende Sammlung durchzieht, ist: die französische Regierung als getreuen Exekutor, wenn nicht der Paragrafen, so der Ideen von Algier erscheinen zu lassen. Das belletristische Geschick des Verfassers hat sich diesmal an einem weit weniger dramatischen Stoff zu bewähren als im Kouvierischen Gelbbuch vom Dezember 1905, und die epische Breite der aufgestellten Materialien macht die Lektüre nicht eben kurzweilig. Das stichtliche Bestreben, das Leitmotiv der internationalen Einseitigkeit festzuhalten, bringt eine gewisse Monotonie hervor, die eigentlich nur in der Episode, in der die merkwürdige Rolle des Herrn v. Rosen bei der Aufnahme des Hauptmanns v. Tschudi in den Dienst des Sultans behandelt wird, pikantere Effekten Platz macht. Vielleicht wird die deutsche Regierung die Gelegenheit wahrnehmen, sich über den im Gelbbuch gegen den deutschen Gesandten in Tanger indirekt ausgesprochenen Vorwurf der Unwahrhaftigkeit auszusprechen. Herr v. Rosen hat nämlich in einem Gespräch mit Herrn Regnault erklärt, nicht genau zu wissen, ob Herr v. Tschudi als Chef des marokkanischen Geniecorps oder als Chefingenieur des Sultans engagiert worden sei. Den Sliman aber hat dem französischen Konsul in Fez, Herrn Gaillard, mit Entschiedenheit versichert, daß die Verhandlungen über dieses Engagement zwischen dem Sultan und Herrn Rosen selbst gepflogen worden seien! Es ist ja kein Geheimnis, daß da unten in Afrika allerhand Treibereien — auf beiden Seiten — vor sich gehen, von denen die „große“, im Tageslicht operierende Diplomatie nichts weiß oder besser nichts wissen will. Freilich bringen Gelb- und Weißbücher, die auf Beleuchtungskünste, nicht auf wirkliche Erleuchtung ausgehen, nichts über diese Dinge, deren Ergründung einer künftigen Geheimgeschichte des Kapitalismus vorbehalten bleibt.

Herr v. Rosen ist im Gelbbuch allerdings der Sündenbock, von dessen Schwärze sich die „Loyalität“ der anderen deutschen Diplomaten um so heller abhebt. Wie denn überhaupt immer wieder die sympathische Einmütigkeit betont wird, die Frankreich bei den verschiedenen Mächten gefunden hat. Die beliebte Methode, diese Übereinstimmung in ihren wechselnden Nuancen zu charakterisieren, ist auch im Gelbbuch beobachtet. Die Zurückhaltung der französischen Diplomatie aber wird besonders durch den Hinweis unterstrichen, daß sie dem von der englischen Regierung Anfang Oktober ausgesprochenen Wunsche nach einer Besetzung anderer Häfen außer Casablanca widerstanden habe. . . .

Begreiflicherweise sind in der Publikation die Begebenheiten — wie üblich — retuschiert. Man wird über die Verstimmungen zwischen Frankreich und Spanien daraus ebensowenig erfahren wie über die Unklugheiten und Provokationen, die in den Morden von Marakech und Casablanca eine in einem „Barbarenlande“ begriffliche Reaktion fanden. Und um über die Details des Bombardements von Casablanca unterrichtet zu werden, wird man wohl warten müssen, bis Muley Hafid ein Schwarzbuch herausgibt. Denn Abdul Aziz kann es nicht. In endloser jämmerlicher Geldnot hat er sich von der Gnade der französischen Regierung tropfenweise Hilfe erbettelt, und er sieht jetzt einen rettenden Refugium seinen Lippen nahen. . . .

Lehrreich für die Zeitgenossen aber ist die Geschichte der famosen „internationalen Polizei“ in Marokko. Die französische Regierung betont immer wieder ihren guten Willen zu der in Algier vereinbarten Einrichtung dieses Korps, und man muß ihr glauben. Aber welche unglaubliche, lächerliche Schwereffektivität offenbaren dann alle diese Verhandlungen, Anfragen, Vorbereitungen! Eine Lektüre dieser Partien des Gelbbuches wäre wohl geeignet, den Respekt der guten Bürger vor der erhabenen Staatskunst der modernen Regierungen beträchtlich zu erschüttern.

Madrid, 9. November. (M. S.) Die Veröffentlichung des französischen Gelbbuches über Marokko hat in Spanien guten Eindruck gemacht. Verschiedene Abgeordnete erklärten, daß Frankreich in Marokko mit großer Vorsicht vorgegangen sei und daß zwischen Frankreich und Spanien — abgesehen von einigen unwesentlichen Reibungen — vollständiges Einvernehmen herrsche. Auch die Haltung Deutschlands hat guten Eindruck gemacht, zumal Deutschland die Berechtigung des von Europa an Spanien und Frankreich erteilten Mandates anerkennt.

Aus Marokko.

London, 11. November. Meldungen aus Tanger zufolge hat zwischen den Truppen des Sultans Abdul Aziz und dessen Gegners Muley Hafid ein Treffen stattgefunden, in dem ersterer Sieger geblieben ist. Die Truppen Muley Hafids sind nach der Gegend von Marakech geflüchtet. Die Niederlage des Gegenjultans habe zahlreiche seiner Anhänger dem Sieger zugeführt.

Paris, 10. November. Aus Mogador wird berichtet, daß Kissa ben Dwar, der Minister des Scheichs des Gegenjultans Muley Hafid, dem französischen Konsul in Mogador, Kuri, mehrere für die anderen Konsuln bestimmte Briefe überreichte, mit dem Ersuchen, sie seinen Kollegen zu übermitteln. Der französische Konsul hat sich jedoch nicht für berufen angesehen, diesen Erlaß des Kissa ben Dwar zu entsprechen, und die Briefe an den französischen Gesandten Regnault in Rabat abgeschickt, mit der Bitte, ihm weitere Weisungen zu erteilen. Die Konsuln in Mogador hielten hierauf eine Versammlung ab, in welcher insbesondere der französische und englische Konsul sehr scharf gegen das Vorgehen Kuris Einspruch erhoben und beschlossen, den Protest des Konsularcorps zu Protokoll zu bringen. —

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. November 1907.

### Blockpolitik — aber konservative und mit dem Zentrum!

Herr v. Heydebrand, der Führer der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses, hat in einer Breslauer Verlesung eine wunderliche Rede über die Blockpolitik gehalten. Er führte nach der „Süf. Morgen-Zeitung“ aus, daß er sich durchaus nicht gegen die Blockpolitik wenden wolle. Im Gegenteil; nur mache er die Verbindung, daß die Blockpolitik — konservativ sei und ein Zusammengehen mit dem Zentrum gestalte! Er sagte nämlich:

„Ich sage nicht, daß ich vorschläge, einer derartigen Politik, wie sie im gegenwärtigen Augenblick sich herausgebildet hat, Schwierigkeiten zu bereiten, das sage ich nicht! Im Gegenteil, ich wünsche, daß der Politik unendliche Schwierigkeiten nicht bereitet werden, aber ein prinzipielles Opfer unserer Lebensinteressen zu bringen, einer Erscheinung zuliebe, die vielleicht nach einer sehr kurzen Zeit überlebt ist, wäre m. E. das Wichtigste, was wir tun könnten.“ —

Das ist auch ein Satz, der auf die Dauer unmöglich ist, daß man einer Partei von der Bedeutung und dem Ansehen der katholischen Zentrumspartei prinzipiell den Standpunkt außerhalb der Mitwirkung an den deutschen Reichsangelegenheiten zuweist. Es ist praktisch auf die Dauer bei der Bedeutung dieser Volksteile nicht durchzuführen und es birgt auch an sich große Gefahren in sich. Sobin soll es schließlich führen, wenn man dahin läme, daß jemand als Katholik oder katholisch-konfessionellpolitisch wertlos minder geeignet sei, an öffentlichen Arbeiten mitzuwirken, und ihn den anderen Volksteilen gewissermaßen als Feind oder doch Gegner gegenüberzustellen. Das ist zumal in der Gegenwart eine sehr bedenkliche Sache, denn es kann nicht geleugnet werden, daß die Evangelischen wie die Katholiken heutzutage manche gemeinsame Feinde haben, die nur darauf warten und es sich zu nütze machen, daß die gemeinsamen Gegnern getrennt sind.“

Die Konservativen bedanken sich also dafür, bei der Blockpolitik mehr die „Zählenden und Gebenden“ als die „Empfangenden“ sein zu wollen! Da aber bei einer gemeinsamen Politik der Konservativen und Liberalen doch unbedingt auf einer Seite Opfer gebracht werden müssen, sollen die Liberalen die „Zählenden und Gebenden“ sein!

Auch der Kulturkampfpaule der Liberalen wird von dem Führer der preussischen Konservativen eine kräftige Absage erteilt. Ganz offen spricht Herr v. Heydebrand es aus, daß Evangelische und Katholiken die gleichen Interessen — der Volkserhaltung nämlich — und „gemeinsame Feinde“ haben: diejenigen nämlich, die gegen die Orthodoxie und Wüderci ankämpfen. Sollte also wirklich der Freisinn den Rat zeigen, Schulverfassung und andere Formen geistlicher reaktionärer Vormundenschaft zu bekämpfen, so würden sich ihm gegenüber Konservativ und Zentrum sofort zusammenschließen!

Trotzdem werden sich unsere Freisinnigen an die Reichshöhe des Kanzlers der Block- und Reichsverhandlungskammern, bis die Junkerfamilie entweder einen neuen Kanzler kreiert oder aber Wilow zwingt, die Fischel, Kopsch, Biemer und Raumann die Verkaufshaft seiner Stiefelabläge machen zu lassen! —

### Die Flottenvorlage.

die dem Bundesrat vorliegt, wird, so veranlaßt eine offiziöse Korrespondenz, dem Reichstage sehr in die Wege zu leiten. Neben dem Waisen, dem Vereins- und Versammlungsrecht werden dem Reichstage beim Zusammentritt noch das Viehsteuergesetz und der Entwurf betreffend Vornahme einer Viehzählung am 2. Dezember zugehen. —

### Die Kolonialprojekte!

Halboffiziös wird gemeldet: Dem Vernehmen nach beabsichtigt das Kolonialamt, dem Reichstage drei Bahnvorschläge vorzulegen: 1. Das Projekt der Mittelbahn von Ostafrika von Morogoro über Tabora nach dem Tanganjasee; 2. das Projekt der Fortführung der Usambarabahn von Momba bis Moschi; 3. die letzte Rate für den Bau der Bahn vom Feldschuhorn nach Reetmanshoop (Südwestafrika). Für die ostafrikanische Mittelbahn werden die Kosten für das Projekt und die erste Bau-rate verlangt werden. Staatssekretär Dernburg wird bei Beratung des Kolonialrats in den ersten Tagen nach dem Zusammentritt des Reichstags dem Reichstage über seine Reise Bericht erstatten und seine Pläne entwickeln. Im Kolonialamt werden die betreffenden Bahnpunkte jetzt in die Kolonialrats eingekalkuliert werden und sofort dem Bundesrat zugehen. —

### Beschüßer eines traurigen Selben.

In Rothenburg, dem Landtagswahlkreis des in den Sand gekollerten nationalliberalen Weichselreiters Held, fand dieser Tage eine nationalliberale Wählerversammlung statt, in der Generalsekretär Flachmann seine Partei, insbesondere der nationalliberalen Provinzialvorstand, von dem Heldischen Dreizehn zu waschen suchte. Der Vorstand habe in jeder Hinsicht lafret gehandelt; die Parteileitung wolle „keine solchen Sachen verdecken und schiffbrüchige Existenzen halten“. Nur schade für die nationalliberale Partei, die in die Heldengeschichte doch zu sehr mitverflochten ist, als daß die Offenheit sich mit den leeren Beteuerungen Flachmanns zufrieden geben würde. „Nicht eine Sekunde“ würden die Nationalliberalen schiffbrüchige Leute zu halten suchen. Herr Held haben sie aber fünf Tage Zeit gelassen, seinen — freiwilligen Austritt aus der nationalliberalen Reichstagsfraktion zu erklären! Wer die ganze Heldengeschichte kennt, weiß freilich die nationalliberale „Korrektheit“ zu würdigen. Eine ganze Reihe von Jahren liegen die allen ehlischen Nationalliberalen den Held mit einem ganzen Bündel voll ehrenrühriger Beschuldigungen herumlaufen und buldeten es, daß der Mann die selbstsamsten Witzelzüge anwendete, die widerspruchsvollsten „Erklärungen“ usw. verbroch, um nur den Gerichten aus dem Wege zu gehen. Und als sogar aus dem ersten Kreise der Parteifreunde des Herrn Held gleiche Anklagen gegen ihn laut wurden, kam von Herrn Wasser mann aus Berlin, als die Quintessenz einer „gründlichen“ Untersuchung durch die nationalliberale Reichstagsfraktion, der Beschuldigungen seien „jeder Grundlage entbehrend und den Tatsachen (!) geradezu ins Gesicht schlagen“. Mit diesen merkwürdigen „Tatsachen“ ist aber Herr Wasser mann auch nach den schlimmen gerichtlichen Feststellungen in Hannover nicht herausgekommen! Dabei war aber selbst die nationalliberale Partei-Lite von ausgesprochenem Mißtrauen gegen Held nicht frei. Der Generalsekretär der „Korrektheit“, Herr Flachmann, meinte: „Wir wissen ja alle, was er für ein Kerl ist, aber ich habe nach Berlin geschrieben, was sie auch sonst mit ihm anfangen, sein Mandat sollen sie ihm lassen.“ Niemand sollte Sachen verdecken, Herr Generalsekretär! Mog Raeneke vom „Hannoverschen Courier“ nannte den Held „nicht losereim“, Graf Oriola äußerte sich ähnlich — aber die nationalliberale Partei zwang ihren traurigen Selben beiseite nicht, zu flagen. Dafür vertraute sie dem stark angegriffenen Ehrenmann noch ein Landtagsmandat an, veränderte mit Ergofoanen seinen Heldennamen und verbandete noch Kräften die Leute, die gerichtliche Aufklärung über die Angelegenheit auf Herrn Held forderten! Wie „korrekt“ das Heldenspiel arbeitete, zeigt folgende Erklärung des nationalliberalen Wahl-



ausschusses für den 6. hannoverschen Wahlkreis, die am 7. Januar verbreitet wurde:

Berden, 3. Januar 1907.

Der Parteivorstand sieht nach wie vor großes Vertrauen in seinen bisherigen Abgeordneten. Er nimmt Abstand davon, eine Klage gegen die bisherigen Verleumdungen zu fordern, da sich zurzeit aus formellen Gründen keine Verurteilung wegen der verlausulierten Klatschereien erreichen lassen wird.

Zustuzrat Dr. Müller, Landgerichtsrat Hopps

Landgerichtsrat Kriegl

Dr. Oker, Senator Wolff, Dr. Hesse, Fabrikant Vosborn, Dr. Köster, Seminarlehrer Tietjen, Prange, Sattlermeister, Weisgerber.

Die „verlausulierten Klatschereien“ waren in Wahrheit substantiierte öffentliche Beschuldigungen, und die juristische Unterzeichnung sehen ein unberechtigtes Vertrauen in unsere Rechtsprechung, wenn sie glauben, daß z. B. der Vorwurf der „anrüchlichen Geschäfte“ mit Verlinken, den die „Dreier Bürgerzeitung“ und der hannoversche Volkswille gegen Feld erhoben, im Falle der Richterweislichkeit ungeführt geblieben wäre!

### Liberaler Doppelzüngigkeit.

Nach dem bekannten Wort: „Verschon' mein Haus, laß' andre an“ behandeln die Hamburger „entschiedenen Liberalen“ die Wahlrechtsfrage. In einer dieser Tage in Hamburg abgehaltenen liberalen Versammlung sprach von Verlaß über Liberalismus und Demokratie. Diese erklärte er nur für erträglich, wenn man die Regierung dazu bringen könne, liberale Gesetze gegen die Konservativen durchzuführen. Eine Leuchte der Hamburger Liberalen forderte „mindestens für Preußen die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts“. In einer kürzlich anlässlich der Bürgerkassenwahl stattgehabten Versammlung erklärten „Liberalen“, man würde sich mit der Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für den Hamburger Staat lächerlich machen; nur Schritt für Schritt könne das Wahlrecht ausgedehnt werden. Der Hamburgische „Liberalismus“ kam in der Verlaß-Versammlung wieder zu Ehren, indem er von den liberalen Parlamentariern fordert, für die Einteilung der Reichstagswahlkreise nach der Bevölkerungsziffer und die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ohne Rücksicht auf die sogenannte Demokratie einzutreten. In ihrer „Republik“ soll aber der Geldsack dominieren!

### Unter Zentrumbrüdern.

Bei der letzten Reichstagswahl hatte das ultramontane „Zentralblatt“ in Arnberg mehr und minder deutliche Anspielungen gemacht über angebliche stützliche Verhältnisse des Verlegers August Engel, der damals mit dem Arbeitersekretär Veder um den Besitz des Wahlkreises Arnberg-Diße-Weschede stritt. Das genannte Blatt forderte Interessenten auf, zur Redaktion zu kommen und die „amtlichen Akten“ einzusehen, die dort über den Fall Ausgang offen lägen. Ausgang hat daraufhin den Redakteur des genannten Zentralblattes, Mommerich, verlagert. Vor einigen Monaten ist die Sache bereits verhandelt, dann jedoch vertagt worden. In der jetzigen Verhandlung bekundeten die Zeugen Vorrat Behrens, Arbeitersekretär Veder und Reichstags-Abgeordneter Veder, daß sie von dem Inhalt der „Akten“ Kenntnis genommen, jedoch keinen Gebrauch von ihrer Kenntnis gemacht haben; allerdings haben sie gegen die Einwendung dieses Kampfmittels auch keinen Einspruch erhoben. Wie die „Westfälische Volkszeitung“, Ausgangsblatt, berichtet, ist das „amtliche“ Material nach der Aussage des Zeugen Veder folgendermaßen zustande gekommen: Es ist jemand in Offen zu einem Notar gegangen und hat dort zu Protokoll gegeben, irgend ein Jemand habe das und jenes gesagt. Darauf hat er das Protokoll unterschrieben und seine Unterschrift durch den Notar beglaubigen lassen. Jetzt hatte man ein „amtliches“ Aktenstück. Die Registernummer des Notars galt als Aktenzeichen und das amtliche Verweismaterial war fertig.

Das Ausgangsblatt bemerkt dazu: „Im gewöhnlichen Leben bezeichnet man so etwas als Schurkenstreich. Aber was weiß der einfache kleine Mann von solchen Piffen und Kniffen? Zu verwundern ist nur, daß Herr Veder, der doch, ehe er Arbeitersekretär wurde, Polizist war, die absolute Wertlosigkeit solcher „Akten“ nicht erkannte, sondern auf sie gefaßt, seinen Verleumdungsfeldzug gegen den Verleger Ausgang unternahm!“

Der belagte Redakteur wurde freigesprochen. Ausgang meint in seinem Blatte: Herr Mommerich hat gewiß recht fertig zu dem Zeugen geübt, daß er sein Haus verschone und das der Zeugen annehme. Denn letztere, besonders Behrens, Veder und Veder haben, während Mommerich mit einem blauen Auge davonkam, recht schlecht abgeschritten.

### Oesterreich.

#### Sozialdemokratische Agrarpolitik.

Aus Wien wird uns geschrieben: Die fürchtbare Lebensmittelerhöhung, die in Oesterreich durch die rein agrarische Zoll- und Handelspolitik der Regierung inaugurirt wurde und noch fortwährend durch die Kartellorganisationen der Produzenten und Händler Verschärfungen erfährt, hat die sozialdemokratische Fraktion veranlaßt, im Abgeordnetenhaus eine Reihe von Dringlichkeitsanträgen einzubringen, die ein förmliches Agrarprogramm darstellen und deren Durchführung geeignet wäre, der Not an landwirtschaftlichen Erzeugnissen jetzt und für die Zukunft abzuhelfen und die Produktivität der Landwirtschaft zu steigern.

Die Anträge bezwecken zur Verringerung des augenblicklichen Notstandes die Einfuhr überseeischer Fleischs, die zeitweilige Herabsetzung der Zölle für Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel, eventuell das Verbot der Ausfuhr von Futtermitteln sowie die Festsetzung von Maximalpreistarifen für Lebensmittel und Bedarfsartikel an allen Orten, wo diese im Kleinverkauf durch kartellartige Preisverabredungen verteuert werden. Zum Zwecke der Förderung der landwirtschaftlichen Interessen wird ferner die Regierung aufgefordert, das Verbot der Vieheinfuhr aus Rußland, Rumänien und Serbien aufzuheben, an den Grenzen Schlachthäuser zu errichten und das Fleisch unter Ausschaltung des Zwischenhandels an die städtische oder unter Kontrolle der Gemeinden stehenden Großschlächtereien und an die Konsumvereine abzugeben; die Gründung häuslicher Viehverwertungsvereinigungen zu unterstützen und diesen sowie den Volkseigenen Fleischfabriken staatliche Subventionen zu gewähren unter der Bedingung, daß sie ausschließlich den heimischen Markt berücksichtigen, sich an kartellartige Preisverabredungen nicht beteiligen und ihre Produkte unter Vermeidung des kapitalistischen Zwischenhandels möglichst unmittelbar an die Konsumenten verkaufen. Um die Versorgung der Städte zu verbessern, soll die Verwaltung durch die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes für die Gemeindevertretungen reformiert werden; die indirekten Steuern (Fleisch- und Schlachtviehsteuer, Tiroler Getreidezuschlag) sollen aufgehoben oder (Bier-, Branntwein-, Zucker- und Petroleumsteuer) schrittweise herabgesetzt werden.

Die dritte Gruppe von Anträgen bezieht sich auf die bessere Aushandlung des bäuerlichen Grundbesitzes durch erleichterte Zusammenlegung zerstreuter Bodenparzellen, Regulierung der Benutzungs- und Verwaltungsrechte an gemeinschaftlichem Bodenbesitz, Ablösung der Servitutrechte, Schutz der Kleinwirtschaften Reform des Jagdgesetzes zum

Zwecke größeren Schutzes der Feldfrüchte usw. sowie Geranzigung der staatlichen Domänen für die Zwecke der Allgemeinheit.

Alle diese Maßnahmen laufen darauf hinaus, unter Wahrung der landwirtschaftlichen Interessen die Ernährungsmöglichkeiten der Gesamtheit zu vergrößern und die Befriedigung des Ernährungsbedürfnisses zu erleichtern. Nicht die Rentabilität des Großgrundbesitzes, sondern die Produktivität der Landwirtschaft soll gesteigert und diese in den Diensten der Allgemeinheit gestellt werden.

Wien, 11. November. Die neu ernannten Minister sind heute vom Kaiser vereidigt und darauf einzeln in besonderer Audienz empfangen worden.

### England.

#### Die städtischen Wahlen in England und Wales.

London, 9. November. (Sig. Ver.) Eine vollständige Liste der Resultate der städtischen Wahlen liegt noch nicht vor. Aber ein großer Teil derselben wird im „Labour Leader“ vom 8. d. M. gegeben. Es handelt sich um die Erlegung des dritten Teils der auscheidenden Stadtverordneten in den meisten Municipalitäten von England und Wales. Das Hauptmerkmal der Wahlen war das Uebereinkommen zwischen Konservativen und Liberalen, den sozialistischen Kandidaten entgegenzutreten. Im ganzen wurden 338 Sozialisten und Gewerkschaftler als Kandidaten aufgestellt. Erfolgreich waren 83. Neugewonnen wurden 38 Mandate, dagegen 34 verloren. Die Stimmzahl für unsere Kandidaten ist fast überall gestiegen.

Die kapitalistische Presse stimmte Siegeshymnen an, aber man darf ihre Nachrichten nicht unbesehen hinnehmen. Die sozialistischen Organisationen wachsen ganz erheblich, und sie werden immer mehr zu Mittelpunkten des britischen Proletariats.

### Italien.

#### Rasä.

Rom, 11. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Mailänder Zeitung „Tribunale“ meldet, im Rasäprozeß ständen wichtige Enthüllungen bevor. Die von Rasä unterschlagenen Gelder z. B. sollen zum Teil den Interessen des verstorbenen Ministerpräsidenten Janardelli gedient haben! Obwohl diese Enthüllung den Eingeweihten nicht überraschend kommt, macht die Nachricht vom Vorhandensein christlicher Beweismittel doch großen Eindruck. Von der Art der Verwendung der unterschlagenen Gelder bleibt im übrigen — rein juristisch — die Situation Rasä im Prozeße unberührt.

### Die russische Revolution.

#### Stichwahlen.

Petersburg, 7. November. (Sig. Ver.) Petersburg, Moskau, Riga, Odesa und Kiew hatten vorgestern Stichwahlen. In Petersburg und Moskau entschied die Wahl in der ersten Kurie zwischen Mitgliedern der eigentlichen Bourgeoisie. Die Kadetten kämpften mit den Oktoberisten, und diese gingen als Sieger hervor. Bis zur letzten Stunde war man im Lager der Kadetten der Meinung, daß der Sieg ihnen zufallen werde, besonders, da sie in Petersburg so populäre Kandidaten wie den Altliberalen Stojulowitsch und den früheren Gouverneur und Kenner militärischer Dinge, Subotitsch, auf der Liste hatten. Noch schmerzhafter für die Kadetten ist der Ausgang der Stichwahlen in der ersten Kurie in Moskau, wo die Oktoberisten ihre bedeutendsten Kräfte, den Führer der Partei, Gutschikoff, und den bekannten Advokaten Plewals wählten. Im Lager der Oktoberisten herrscht über diesen Ausgang der Wahlen großer Jubel. In der zweiten Kurie siegte die Opposition: in Petersburg Katschubakin, in Odesa Nikolaki, in Kiew Prof. Lutschitski. Alle drei gehören zur liberalen kadettischen Partei.

Mit großer Spannung sah man den Wahlausgang in Riga entgegen, wo der reaktionäre Letzte Großwäld mit dem sozialdemokratischen Letzten Dr. Freedkahn in Stichwahl stand. Diese hat nun mit einem glänzenden Siege des Letzteren geendet, indem auch die demokratischen Elemente, die bei den Hauptwahlen für ihren Sonderkandidaten stimmten, diesmal ihre Stimmen dem sozialdemokratischen Kandidaten gaben. Mit der Wahl Freedkahn ist die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten in der dritten Duma auf 14 gewachsen; außerdem ist es sicher, daß noch einige von der Gruppe der „Linken“ sich der sozialdemokratischen Fraktion anschließen werden.

Heute finden die Wahlen der 15 Abgeordneten von Sibirien statt. Diese Wahlen werden — wie anzunehmen ist — für die Opposition günstig ausfallen. Von den bis her gewählten 425 Abgeordneten können 134 als zur Opposition gehörig gezählt werden (31 Proz.).

#### Duma-Eröffnung.

Petersburg, 11. November. Ein kaiserlicher Erlass beauftragt den Vizepräsidenten des Reichsrats, Bischofen Geheimen Rat Golubjeh, die Sitzung der dritten Reichsduma am 14. November zu eröffnen.

Petersburg, 11. November. (Meldung der Petersburger Telegrammen-Agentur.) Die Eröffnung der dritten Duma erfolgt im Laurischen Palais. Ein Empfang der Abgeordneten im Winterpalais ist nicht in Aussicht genommen worden.

Petersburg, 11. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die angeklagten Sozialdemokraten der zweiten Duma haben jetzt die Anklageschrift zugestellt erhalten. Es geht hier das Gerücht, den Sozialdemokraten der dritten Duma stehe das gleiche Schicksal bevor.

Das Leiborgan des Schwarzen Hundert, „Ruskoje Snamja“, schlägt vor: Nach Eröffnung der Duma die Forderung des Ausschlusses sämtlicher „äußersten Linken“ aus dem Bestand der Duma einzubringen! Und um einem überhaupt die Lust, ein „Linker“ zu sein, zu vertreiben, verlangt die Ruskoje Snamja, daß alle aus politischen Gründen Verurteilten außer der vom Bericht auferlegten Strafe noch der Prügelstrafe zu unterziehen seien.

#### Die Petersburger Sozialdemokratie.

Wie die illegale sozialdemokratische Zeitung „Vorwärts“ mitteilt, bereitet die Petersburger Organisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands nun einen energischen Protest aus Anlaß der in kurzer Zeit bevorstehenden Aburteilung der sozialdemokratischen Dumafraktion vor. Die Konferenz der Petersburger Vertrauensmänner brüde sich dem Sinne aus, daß der Protest in einem einseitigen Demonstrationstreik am Tage der Aburteilung bestehen solle, und man betreibt in dieser Beziehung die energischste Agitation. In letzter Zeit wurden bereits illegale Flugblätter, die zu dem Massenprotest aufzurufen, in einer Auflage von 35 000 Exemplaren verbreitet, eine ungeheure Menge, wenn man bedenkt, mit welchen kolossalen Schwierigkeiten der Druck und die Verbreitung illegaler Schriften gegenwärtig in Rußland verbunden sind. Außer der Verbreitung von Flugblättern wurde beschlossen, auch eine Reihe von Agitationsversammlungen abzuhalten.

In der letzten Woche wurden bereits ähnliche Versammlungen in den wichtigsten Fabriken, wie in den Pulstoffwerken, in den Gummiwarenfabriken u. a., veranstaltet. Die Arbeiter stehen der Idee dieses Demonstrationstreiks sympathisch gegenüber, auch einige Gewerkschaften, die Gelegenheit hatten, diese Frage zu erwägen, sprachen sich für den Streik aus.

Die oben zitierte Nummer des „Vorwärts“ enthält auch Angaben über die Tätigkeit des Petersburger Komitees in betreff der Ausgabe von Flugblättern. Es zeigt sich, daß es trotz strengster Verfolgung von Seiten der Regierung des Petersburger Genoss. gelang, in der letzten Zeit mehr als 250 000 Flugblätter, unter denen sich ungefähr 100 000 Wahlkreuze und Plakate befanden, zu verbreiten; die anderen bezogen sich auf Arbeitslosigkeit, Rentenaushebung u. a. m. Ferner wurden von dem Komitee noch circa 65 000 von dem Zentralkomitee der Partei veröffentlichte Flugblätter verbreitet.

### Im Heere.

Wladiwostok, 11. November. (B. L. B.) Bei Durchsuhung der Werkstätten des Kriegshofens wurden Waffen, Munition, Bomben, Pläne, Schriftwechsel und Siegel einer revolutionären Wladiwostoker Militärorganisation gefunden.

### Die Fenster an der Arbeit.

Immer häufiger denken aus den Gefängnismauern Nachrichten von erneuten Konflikten zwischen der Gefängnisverwaltung und den politischen Gefangenen in Rußland. Die Administration beseitigt systematisch jene Gefängnis-„Freiheiten“, welche die Opfer des Absolutismus in beständigem Kampfe mit den vertierren Zarensherzogen errungen haben, und sucht in den Gefängnissen Grabestille einzuführen, ohne vor irgendwelchen Mitteln zurückzuschrecken, nicht einmal vor Erschießung der politischen Gefangenen, zu der die geringsten Meinigkeiten — Gespräche oder Aufenthalt am Fenster der Gefängniszelle — Anlaß geben.

Vor einigen Tagen sanktionierte das Justizministerium diese Erschießungen durch die Ausgabe der „Instruktionen für die Beamten der Gefängnisverwaltung betreffs Anwendung von Waffen“. Nach diesen Instruktionen ist den Gefängniswächtern das Recht vorbehalten, zu der Waffe zu greifen, sowohl gegen die „Arrestanten“ wie gegen andere Personen, und zwar zu ihrem eigenen Schutz, zum Schutz der Posten, im Falle von Unruhen unter den Gefangenen wie auch im Falle der Widersehung gegen die Gefängniswache oder Verwaltung und schließlich zur Verhinderung von Fluchtversuchen; mit anderen Worten: in all den Fällen, wo die Administration mit den Feinden des absolutistischen Regimes abrechnen will. In den Fällen, die „keine Verzeigerung dulden“, sind in Abwesenheit der Dienstältesten alle Wächter und Posten berechtigt, zur Waffe zu greifen.

Von nun an ist also jenes Verfahren, nach dem das Leben der politischen Gefangenen in den Händen jedes beliebigen Gefängnis-„Beamten“ liegt, formell sanktioniert. Wie viele neue blutige Dramen, die sich in den Gefängnismauern abspielen, werden noch in die Seiten der Geschichte des revolutionären Kampfes eingetragen werden?

### Väterchen „schüht“.

Eine interessante Statistik bringt die „Ruski“. Im europäischen Rußland befinden sich zurzeit 20 Gouvernements, eine Stadt und fast der ganze Kaukasus unter „besonderem Schutz“, 18 Gouvernements, 17 Kreise und 7 Städte unter „beschränktem“, 5 Gouvernements, 6 Kreise, 2 Städte unter „außerordentlichem Schutz“ (à la kleiner Belagerungszustand unterm Sozialistengesetz). 14 Gouvernements, 4 Kreise und eine Stadt befinden sich im Belagerungszustand (liebe unbeschränkte Herrschaft jedes Kolardenträgers über das Leben der Einwohner).

Mit Ausnahme von 4 Gouvernements scheint also das ganze europäische Rußland dem „Väterchen“ so gefährdet, daß er sich veranlaßt sieht, es „besonders“, „verschärft“ oder „außerordentlich“ zu „schützen“.

### Aus der Partei.

#### Bildungsausschuß.

Der Wanderredner des Bildungsausschusses Genosse Otto Kähle wird im Dezember die Reihe seiner volkswirtschaftlichen Unterrichtskurse unterbrechen und dafür Einzelvorträge über „Jugend- und Jugendliteratur“ halten. Orte, die einen solchen Vortrag wünschen, werden gebeten, — soweit dies noch nicht geschehen — sich umgehend bei der Geschäftsstelle des Bildungsausschusses (Heinrich Schulz, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3) zu melden. Die Anmeldungen finden nach der Reihenfolge des Eingangs und nach Maßgabe der Reiseroute Berücksichtigung. Es ist den Organisationen zu empfehlen, die Vorträge möglichst mit einer Ausstellung empfehlenswerter Jugendchriften zu verbinden.

Das vom Bildungsausschuß zusammengestellte Verzeichnis empfehlenswerter Jugendchriften gelangt in einigen Tagen zur Verfertigung an alle Adressen, die dem Bildungsausschuß seit seiner Aufforderung am 3. September von Partei- oder Gewerkschaftsorganisationen und von Bildungsausschüssen eingesandt worden sind.

Gegen die Häftlingspolitik. Am Sonnabend, Sonntag und Montag fanden in Bayreuth, Friburg, Hof, Nürnberg, Regensburg, Schweinfurt und Würzburg Volksversammlungen statt, in denen die Lehren der Dostojewski behandelt wurden. Die Versammlungen am Sonnabend und Sonntag waren massenhaft besucht, über die vom Montag liegt noch kein Bericht vor. Das Thema lautete überall: „Wer regiert uns?“ Die Versammlungen gestalteten sich zu großen Kundgebungen. In Nürnberg, wo die Versammlung am Sonntagvormittag stattfand, und Genosse Dr. Sadeban sprach, war der Andrang ein solch kolossaler, daß die Polizei lange vor Beginn das Lokal absperzte und laufende nicht mehr Einlaß fanden.

#### Gemeindevahlen.

Bei den Stadtratwahlen in der Gemeinde Höfheid (Wahlkreis Solingen) haben unsere Genossen drei Mandate behauptet und drei hinzugewonnen, darunter zwei in der zweiten Abteilung. Von den 24 Mandaten befinden sich 12 in ihrem Besitze, und zwar acht in der dritten und vier in der zweiten Abteilung.

In Rödelheim i. Taunus siegte bei den Stadtratwahlen der dritten Klasse am 8. November die Sozialdemokratie. Gewählt wurden drei Genossen mit 430 Stimmen, der bürgerliche Widmann erhielt 190 Stimmen. Jetzt hat die Sozialdemokratie sechs Vertreter im Stadtparlament.

In Offenbach finden am 18. November die Neuwahlen der Stadtvertretung statt. Die Sozialdemokratie hat dort bekanntlich die Majorität in der Stadtvertretung. Die gegnerischen Parteien, insbesondere die Nationalliberalen, machen große Anstrengungen, um die sozialdemokratische Mehrheit zu brechen. Die Sozialdemokratie setzt sich natürlich lebhaft zur Wehr. In einer Broschüre „Komunalpolitische aus Offenbach a. M.“, die soeben zur Ausgabe gelangt, hat das sozialdemokratische Wahlkomitee den Aufstieg der Stadt und die Errungenschaften geschildert, die unter dem Regime der sozialdemokratischen Mehrheit zu verzeichnen sind, z. B. die unentgeltliche Geburthilfe, Aufhebung des Oktrois auf Lebensmittel, Erschließung neuer Einnahmequellen durch Uebernahme bezw. Anschaffung des Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerkes.

Bungau, 11. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der Stadtverordnetenwahl wurden drei Sozialdemokraten gewählt, ein vierter steht mit dem Freisinn in Stichwahl.



Parteiliteratur.

Sozialismus und Kolonialpolitik. Eine Auseinandersetzung. Von Karl Kautsky. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 1 M., Agitationsausgabe 0,50 M.

Die Broschüre Kautskys verdankt ihre Entstehung den Verhandlungen des Stuttgarter Internationalen Kongresses über die Kolonialpolitik.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Positive Kolonialpolitik. — Die Ethik der Kolonialpolitik. — Die Arbeitskolonien. — Ausbeutungskolonien alten Stils. — Ausbeutungskolonien neuen Stils. — Gewalttätige oder friedliche Zivilisierung. — Der notwendige Durchgang durch den Kapitalismus. — Der Rückfall in die Barbarei. Anhang: Ein Brief von Friedrich Engels.

Soeben ist im Verlage von J. G. W. Diez Nachf. in Stuttgart erschienen: Die Mutter als Erzieherin. Kleine Beiträge zur Praxis der proletarischen Haus- und Erziehungslehre von Heinrich Schütz.

Der Verfasser, Mitglied des Bildungsausschusses und Lehrer an der Parteischule, schreibt im Vorwort über die Sammlung u. a.: Nicht gelehrte Abhandlungen über erzieherische Probleme will das Völklein der proletarischen Mutter, für die es in erster Linie bestimmt ist, darbieten, sondern kurze, einfach gehaltene und leichtverständliche Ratsschläge und Winke aus der Praxis der häuslichen Kindererziehung für die Praxis.

In einem erkenntnistheoretisch ständig wachsenden Maße sucht das proletarische Elternhaus seinen erzieherischen Pflichten gegenüber der heranwachsenden Generation gerecht zu werden. Der Klassenbewußte Arbeiter ist eingedenk des Wortes: Der Jugend gehört die Zukunft. Da ihm aber hohe Ideale für die Zukunft vorzuleuchten, Ideale, für die er selbst sein bestes Willen und Können einsetzt, so hat er zugleich den lebhaftesten Wunsch, eine Generation heranwachsen zu sehen, der er den Ausbau und die Verwirklichung seiner Ideale mit ruhiger Zuversicht anvertrauen kann. In der Volksschule des heutigen Klassenstaates wird die proletarische Jugend in einer dem Elternhaus feindlich gesinnten Denkweise beinhalten; darum ist die erzieherische Aufgabe des proletarischen Vaters und der proletarischen Mutter doppelt ernst und schwer. Ihnen beiden, besonders aber der Mutter, der die Hauptarbeit der Erziehung obliegt, diese Aufgabe ein wenig zu erleichtern, ist der Zweck dieses Völkleins.

Die kleine Schrift soll als eine Art „Mutterbrevier“ zum gelegentlichen Nachschlagen und zum Herumblättern in einer nachdenklichen Stunde dienen. Möge sie der proletarischen Mutter in ihren erzieherischen Sorgen und Nöten eine gern angerufene Freundin und Ratgeberin werden.

Der Verlag hat zwei Ausgaben herstellen lassen, eine kartonierete und eine Ausgabe im Geschenkeinband.

Die kartonierete Ausgabe kostet 50 Pf., die Ausgabe im Geschenkeinband 75 Pf.

Das Völklein eignet sich ganz vortrefflich als Weihnachtsgeschenk.

„Sozialdemokratische Flugblätter.“ Zwei neue Fortsetzungen dieser Sammlung sind soeben von der Buchhandlung Vorwärts herausgegeben. Das 2. Heft behandelt: „Volkshilfe, Wissenschaft, Kunst und Sozialdemokratie.“ Der Verfasser zeigt die inneren Zusammenhänge von Wissenschaft, Bildungs- und Erziehungswesen und Kunst mit der Gesellschaftswirtschaft, mit deren Wechsel auch jene Einrichtungen der Veränderung unterworfen sind. Er kritisiert dann den verdrängenden Einfluß der jetzigen Volkshilfsanstalten, die nicht die Förderung allgemeiner Bildung als Zweck verfolgen, sondern vielmehr ihre Aufgabe darin sehen, den Arbeiter geistig zu verdrängen, ihn zum billigen Ausbeutungsspekulant für den Kapitalismus heranzuziehen. Zum Schluß stellt der Verfasser die Forderungen der Sozialdemokratie auf diesem Gebiet zusammen.

Im 3. Heft: „Die Sozialdemokratie in den Gemeindegemeinschaften“, wird die Notwendigkeit der Beteiligung der Arbeiter an den Aufgaben der Gemeindeverwaltung dargestellt und werden die von der Sozialdemokratie erhobenen allgemeinen Forderungen erörtert. Bei den zur Zeit stattfindenden Gemeindevahlen wird diese Agitationsbroschüre gute Dienste leisten. Jedes einzelne Heft der Flugblattsammlung kostet 10 Pf. und ist von jedem Kopierwerk und durch die Parteibuchhandlung zu beziehen.

Aus der Jugendbewegung. Literatur.

Von der „Arbeitenden Jugend“, Organ der freien Jugendorganisationen, ist soeben die November-Nummer erschienen. Inhalt: „Der Hochverratsprozess gegen Dr. Liebknecht und die freien Jugendorganisationen.“ „Die Jugendbewegung des Auslandes. III. Ungarn.“ „Aus unserer Bewegung: Im Kampfe mit der Polizei.“ „Preßgeheimnis. Ein Entwurf der arbeitenden Jugend.“ „Unsere Gegner: Um Unterstützung angeknüpft...“ „Anarchistische Jugendorganisationen. Rundschau: Gegen die Bekleidungsindustrie. Die Jahresberichte der Handwerkskammern. Unfall eines Lehrlings. Der Berliner Schusterjunge stirbt aus. Reuillon: Bildung, von S. Zelle. Sehn Gebote für Diskussionsredner. Gebt Raum, Gedicht von Ada Regri. Vereinsnachrichten. Sonstiges. Preis der Nummer 10 Pf. Porto 3 Pf. In Partien pro Exemplar 7 Pf. franko. Verlag „Arbeitende Jugend“, Berlin SO. 26, Waldemarstr. 76.

Zur Agitation unter der Jugend empfehlen wir die Schrift: „Der Weg zum Licht“. Ein Bändchen an die arbeitende Jugend von Max Peters. Mit einem Vorwort von Paul Göhre. 40 Seiten 15 Pf.

Desgleichen: Konfisziert gewesen, nach Unbrauchbarmachung des Liebes: „Die Arbeitsmänner“ wieder freigegeben: Buch der Reder für die arbeitende Jugend. Preis 20 Pf. Porto 3 Pf. In Partien billiger.

Polizellisches, Gerichtliches usw.

Ein Reichsverbündler.

Material für den Reichslügenverband lieferte in einer Broschüre, die er unter pomphaftem Titel im Frühjahr 1907 erschienen ließ, der frühere Bremser und spätere Expedient bei der Chemnitzer gemeinsamen Ortskrankenkasse Amandus Schubert. In dieser Broschüre zieht der Mann, der 5 Jahre lang selbst Angestellter der Kasse war, gegen angebliche Mißstände los, leistete in Verdrehungen und in Verleumdungen der Vorstandsmitglieder das Un glaublichste und redete der Zertrümmerung des Selbstverwaltungswortes das Wort. In einer Gegenbroschüre, die Genosse Richter bald darauf erscheinen ließ, zeichnete dieser den Amandus Schubert in kurzen, scharfen Strichen und sagte, daß Schubert am allerwenigsten zum Sozialprediger passe.

Durch diese Zeichnung seiner Persönlichkeitszüge fühlte sich der gute Mann in seiner Ehre gekränkt und ließ zum Nach, nachdem er in einer Erklärung, die er im Amtsblatt veröffentlichte, den Broschürenschreiber öffentlich beschimpft hatte. Die Verleumdungsflage wurde am 30. Oktober und am 7. November vor dem Chemnitzer Schöffengericht verhandelt. Die Beweisführung, die bis aus dem Tippschreiben über dem 3 verlangte wurde, war dem Genossen H. deshalb erschwert, weil verschiedene Vorgänge jahrelang zurückliegen und drei wichtige Zeugen nicht mehr am Leben sind. Immerhin wurde noch so viel erwiesen, daß nach den zeugeneidlichen Feststellungen jeder anständige Mensch es ablehnen muß, mit dem Schubert zu verkehren. Unlauteres Benehmen Sch's. beim Handel wurde bestätigt, ferner, daß er nie Abrechnung über 84 M. gesammelte Petitionsgelder gelegt hat trotz Aufforderung,

und der Beweis glückte vollständig, daß er, als Familienvater von 4 Kindern, Mädchen verführt hat! In einem Falle sagte eine Zeugin, die einen guten Reumund hat, unter Eid aus, daß Sch., der in ihre Wohnung eingedrungen war, sie noch heftiger gegenwärtig bedrängt hatte und es dann nur durch seine Unfähigkeit nicht zur völligen Ausführung der beabsichtigten Tat gekommen sei! Nur auf Bitten der Ehefrau hat die jetzt verheiratete Frau damals die Anzeige unterlassen, sonst hätte sich dieser „Ehrenmann“ wegen Notzuchtverbrechens zu verantworten gehabt. Nach dieser Feststellung wurde während der noch andauernden Vernehmung dieser Zeugin die Öffentlichkeit ausgeschlossen, man weiß also nicht, was sonst noch alles dem Sch. nachgewiesen wurde. Von einem anderen Mädchen, mit dem Sch. im Herbst 1905 zusammengekommen war und die ihn als Vater für ihr Kind, das im Frühjahr 1906 geboren wurde, reklamierte, hat ein Freund Sch's. eine Ehrenerklärung und die weitere schriftliche Erklärung erpreßt, daß Sch. nicht der Vater des zu erwartenden Kindes sei; dieser „Menschenfreund“ hat dem Mädchen mit Gefängnisstrafen gedroht, wenn sie die Ehrenerklärung nicht abgibt und ihr, die mittellos war und im 8. Monat der Schwangerschaft stand, noch 1 M. für das Inserat in der Zeitung abgenommen.

Trotz glänzender Verteidigung des Genossen Richter durch Rechtsanwalt Neu-Leipzig kam das Gericht doch zur Verurteilung Richters, dem der Wahrheitsbeweis dessen, was er in der Broschüre behauptet, nicht gelungen sei. Das Gericht schätzte die Ehre des Schubert sehr hoch ein, denn es erkannte gegen H. auf drei Monate Gefängnis, sprach Schubert dagegen frei (Widerklage). Gegen dieses unverständliche Urteil wird selbstverständlich Berufung eingelegt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Frage der gewerkschaftlichen Einigung

nahm am Sonntag eine Versammlung der Freien Vereinigung der Bauarbeiter Stellung. Der Referent Baum führte im wesentlichen folgendes aus. Als die Frage der Einigung zuerst angeregt worden, sei die Freie Vereinigung der Bauarbeiter nicht für den Zusammenschluß mit dem Zentralverband gewesen. Diese Meinung sei aber jetzt eine andere geworden und zwar deshalb, weil inzwischen der internationale Kongress in Stuttgart eine Resolution angenommen hat, welche die Gewerkschaften verpflichtet, die Neutralität aufzugeben und sich auf den Boden des sozialistischen Programms zu stellen. Damit sei der wesentliche Gegensatz zwischen beiden gewerkschaftlichen Richtungen aufgehoben, denn die Freie Vereinigung habe immer im Sinne der Stuttgarter Resolution gearbeitet. Andererseits sei auch zu berücksichtigen, daß die großen Gewerkschaften der Freien Vereinigung Neigung zu Einigungsverhandlungen bekundet haben. Im Interesse der Arbeiter liege es, sich in einer einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation zusammenzuschließen. Nur so könne der Kampf gegen das Unternehmertum mit Erfolg geführt werden. Aus allen diesen Gründen hätten sich die Funktionäre der Freien Vereinigung der Bauarbeiter dafür erklärt, daß sich die Organisation an den vom Parteivorstand eingeleiteten Einigungsverhandlungen beteilige. Natürlich werde nicht an einen bedingungslosen Uebertritt in den Verband gedacht, sondern es müßten bestimmte Konzeptionen gemacht werden. Wenn diese Bedingungen erfüllt werden, dann sei kein Grund mehr, die Freie Vereinigung der Bauarbeiter als besondere Organisation bestehen zu lassen. Der Referent empfahl folgende Resolution:

Zu den wiederholten Versuchen der verschiedenen sozialdemokratischen Parteitage, die gewerkschaftlichen Organisationen zu verschmelzen und die Tatsache, daß der Parteivorstand sich an die Freie Vereinigung der Bauarbeiter gewandt hat, hat die Geschäftsleitung dieser Zentralisation in Verbindung mit den Funktionären der Berliner Organisation zu dieser Frage Stellung genommen und empfiehlt den einzelnen Ortsvereinen folgenden Beschluß zur Annahme: Die Freie Vereinigung der Bauarbeiter Deutschlands ist im Prinzip für eine Einheitsorganisation. Sie macht die Verschmelzung mit dem Verband der Baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands davon abhängig, daß bei etwaigen Verhandlungen die von uns aufzustellenden Bedingungen anerkannt werden. Sobald die Mehrzahl der Ortsvereine in obigem Sinne beschließen, hat die Geschäftsleitung den maßgebenden Körperschaften davon Mitteilung zu machen, daß die Freie Vereinigung der Bauarbeiter zu Verhandlungen bereit sei. Das Resultat dieser Verhandlung ist einer Konferenz vorzulegen, und gilt der Beschluß derselben als maßgebend für die gesamten Organisationen, die der Freien Vereinigung der Bauarbeiter Deutschlands angeschlossen sind.

In der Diskussion machten nur einzelne Redner Bedenken gegen die Verschmelzung geltend. Die meisten Redner sprachen im Sinne des Referats. Die Resolution wurde schließlich gegen 17 Stimmen angenommen.

Hierauf erstattete Kramer Bericht als Delegierter zum Gewerkschaftskartell. Er sagte unter anderem, die Erfahrungen, die er im Gewerkschaftskartell gemacht habe, sprächen dafür, daß man zu einer einheitlichen Organisation kommen müsse.

Ein seltenes Vorkommnis wird uns aus Woltersdorf bei Erkner gemeldet. Die dortigen Zigarrenfabrikanten Kühne und Wustrow erklärten ihren circa 30 organisierten Tabakarbeitern und -Arbeiterinnen bei der letzten Lohnzahlung, daß sie in Anbetracht der gestiegenen Lebensmittelpreise von jetzt ab das Mille mit 8,75 M. bezahlen wollten, was die Arbeiter auch an ihren Löhnen sahen. Da bei diesen beiden Firmen der bisherige Mindestlohn pro Mille 8 M. betrug, so ist das eine Lohnaufbesserung um 75 Pf. pro Mille, ohne daß die Arbeiter Forderungen gestellt hätten. Es ist dies um so anerkenntniserweckend, wenn man bedenkt, mit welchen Opfern sonst den Herren Unternehmern die kleinsten Lohnaufbesserungen abgerungen werden müssen. Andererseits kann man daraus ersehen, daß die Unternehmer oft sehr wohl den Forderungen der Arbeiter gerecht werden können, wenn sie den üblichen Herrenstandpunkt verlassen wollten.

Deutsches Reich.

Zur Lohnbewegung der Hamburger Buchbinder. Am Sonnabend abend legten in einer Anzahl Betriebe die Buchbinder und Hilfsarbeiterinnen aus den schon mitgeteilten Gründen die Arbeit nieder. Zu einer allgemeinen Arbeitseinstellung ist es noch nicht gekommen. Am Montag abend findet noch eine in letzter Stunde angelegte Verhandlung mit den in Betracht kommenden Arbeitgeber-Korporationen statt, an der auch der Vorsitzende des Zentralverbandes der Buchbinder, Kloth, Berlin, teilnimmt.

Tarifvertrag der Leipziger Buchhandlungsmarkthelfer. Eine gutbesuchte Versammlung der Buchhandlungsmarkthelfer, Lagerarbeiter und Wurschen Leipzigs nahm den Vertretern der Unternehmer und Arbeiter vereinbarten Lohnlarif an. Für das Alter von 14 bis 25 Jahren sind darin Mindestlöhne von 8 bis 26,25 Mark vorgelesen. Für die Zeit vom 1. Oktober bis zum Sonntag Rogate ist eine Arbeitszeit von 10 Stunden, in der übrigen Zeit von 9 Stunden festgesetzt worden. Ueberstunden werden mit 30 bis 75 Pf. vergütet. Der Vertrag ist bis zum 31. Oktober 1912 gültig. Für das Tarifamt wurden sechs Arbeiterbetreuer gewählt.

Der Brauerstreik in Augsburg. Vor einigen Monaten lief in Augsburg der vor zwei Jahren auf friedliche Weise geschlossene Tarifvertrag in den Brauereien ab. Die Unternehmer versuchten aus diesem Anlaß den Arbeitern einen neuen Tarif aufzubringen, der in der Hauptsache Ver-

schlechterungen enthielt und wodurch die Organisation der Arbeiter ausgehakt und nicht anerkannt wurde. Es kam, da die Unternehmer jede Unterhandlung brutal zurückwiesen, zum Ausstand. Da eine sehr lange Dauer des Streiks vorauszusehen war, reisten die meisten Streikenden ab, die übrige Arbeiterkraft aber verhängte über sämtliche Brauereien, die in Betracht kamen — und das waren alle größeren —, den Boykott. Die Durchführung des Boykotts war aber mit großen Schwierigkeiten verbunden. In Augsburg selbst wird nur einheimisches Bier getrunken bezw. ausgeschenkt. Der Boykott bedeutete deshalb völlige Enthaltensamkeit. Daß das bei einer Bevölkerung, bei welcher, wie in Südbayern überall, das Bier beinahe als wichtigstes Nahrungsmittel gilt, nicht möglich war, stand von vornherein fest. Man bezog auswärtiges Bier. Aber die boykottierten Unternehmer scheuten nicht die größten Summen, um die Bierzufuhr von auswärts abzuschneiden; sie kauften ganze Brauereien aus und drohten anderen mit wirtschaftlichen Schädigungen. Man hoben die Arbeiter den Boykott in der bisherigen Form auf und verhängten den Boykott nur über drei Brauereien, deren Besitzer als die Hauptscharfmacher gelten. Diese Maßnahme wird aber nun mit aller Energie durchgeführt. Die Möglichkeit, anderes Bier zu bekommen, ist jetzt in reichlichem Maße gegeben, die Arbeiterschaft hat deshalb die Parole ausgegeben: Bruch des Boykotts ist gleichbedeutend mit Streibruch!

Im übrigen ist Zugzug von Brauereiarbeitern nach Augsburg streng fernzuhalten.

Der Streik der Lederarbeiter bei der Firma Adler u. Copenhagen in Ringolsheim bei Straßburg wurde auf Beschluß der streikenden Arbeiter abgebrochen, da infolge der Vermehrung der Streikbrecher das Ende des Streiks nicht abzusehen war. Auffällig ist, daß der Streik illusorisch gemacht wurde nicht durch den Zugzug fremder Streikbrecher, sondern durch Arbeitswillige aus Straßburg. Die Behörde hat den Arbeitswilligen den weitgehendsten Schutz angedeihen lassen, die Streikbrechertransporte wurden von Gendarmen begleitet, Schutzleute drohten arbeitsunlustigen fremden Arbeitswilligen mit der Ausweisung usw. 23 Streikbrecher, die in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag von Basel ankommen, wurden vom Bahnhof auf einen Wagen ohne Befriedigung unter Gendarmenbegleitung zur Fabrik gefahren. Die Streikposten machten die Leute, die unter falschen Angaben angelockt waren, auf den Streik aufmerksam, die sich dann weigerten, in die Fabrik zu gehen, worauf die Gendarmen verjagten, sie mit Gewalt in die Fabrik zu drängen. Von dem ganzen Transport sind nur 2 Mann in der Fabrik geblieben. Nächstmalige Versuche des Streikleiters, die Firma zu Unterhandlungen zu bewegen, scheiterten an dem Starrsinn der Unternehmer. Der Streik hat 13 Tage gedauert.

Ausland.

Der Lohnkampf im Rotterdamer Hafen. In den letzten Tagen verbreitete die Unternehmerpresse die Nachricht, daß der Streik im Abflauen begriffen sei und ein großer Teil der streikenden Getreideträger die Arbeit wieder aufgenommen habe. Daraus ist so viel wahr, daß allerdings eine Anzahl streikender, des langen Kampfes müde, abtrünnig geworden war. Inzwischen haben jedoch nicht nur sie die Arbeit wieder niedergelegt, sondern auch einige 40 der alten Streikbrecher, der „Kalandstraters“, haben sich den Streikenden angeschlossen, sind nach dem Kontor des Schiffs- und Vorkarbeiterverbandes gekommen mit dem Wunsche nach einem Schlepddampfer, um auch die anderen Streikbrecher zur Arbeitsniederlegung zu bewegen. Diese neue Verstärkung des Streiks ist hauptsächlich einem Manifest zu verdanken, wodurch der Verbandsvorstand diejenigen, die aus Rütlosigkeit die Arbeit wieder aufgenommen hatten, von neuem zu solidarischem Handeln ermunterte. Es wurde ihnen darin klar gemacht, daß sie abtrünnig geworden seien in einem Augenblick, wo es möglich war, den Streik zugunsten der Arbeiter zu beenden, und daß es ihre Schuld sei, wenn der Streik nun noch länger dauern muß. Kallier und van den Berg, die als Vertreter der Streikenden in England tätig sind, seien dort überall von den Reedern ordentlich empfangen worden; die englischen Reederei sehten sich nach Beendigung des Streiks in Rotterdam, und einige hätten auch mit den Verbandsvertretern schon Kontrakte über die Lösung von Schiffen zu den erhöhten Löhnen abgeschlossen. Die sich dessen weigerten, beriefen sich eben auf die Telegramme aus Rotterdam, daß der Streik abflaute.

Es waren denn auch tatsächlich Mitte voriger Woche schon fünf Schiffe, die von den Streikenden auf eigene Rechnung, ohne Vermittlung eines Stauerunternehmers, gelöst worden. Die Stellung der Streikenden ist dadurch noch mehr verhärtet worden, daß auch die Getreidewäger ein neues Manifest herausgaben und in Rassen mit an Bord nahmen, um sowohl die abtrünnig gewordenen Streikenden wie die alten Streikbrecher an ihre Solidaritätspflicht zu erinnern. Eine große Anzahl Wäger, die das Manifest verbreiteten, wurden deswegen durch die Polizei von Bord getrieben, andere sahen sich infolge der Wirkung der Manifeste auf die arbeitswilligen Getreideträger genötigt, die Arbeit einzustellen. So kam es, daß nicht nur der Streik der Getreideträger mit frischer Kraft einsetzte, sondern auch die Gruppen der Wäger und Kontrolleure sich den Streikenden anschlossen. Soweit nun noch Getreide ausgeladen wird, wirkt nun es ungewogen über Bord. Selbstverständlich kann dieser Zustand nicht lange dauern, und man darf wohl annehmen, daß der schwere Kampf nun bald ein für die Streikenden günstiges Ende nimmt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Austausch von Kolonialbesitz.

Essen a. Mhr. 11. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ aus bester Quelle erfährt, schweben seit 14 Tagen Verhandlungen zwischen den deutschen und britischen Kolonialverwaltungen und den beiden auswärtigen Beamten wegen Austausch des Caprivijipfels im Nordwesten Südafrikas und der Walffischbai. Die Verhandlungen sollen nunmehr einen befriedigenden Abschluß gefunden haben.

§ 175.

Breslau, 11. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Dr. Magnus Hirschfeld, der hier einen Vortrag über „Homosexualität“ halten wollte, wurde dieser Vortrag verboten. Um der Auflösung zu entgehen mußte der Referent in letzter Minute sein Thema ändern.

Bäckeranstand in Prag.

Prag, 11. November. (B. Z. B.) Eine Versammlung von Bäckergehilfen hat beschlossen, morgen in den Werkstätten der Meister, mit denen eine Einigung nicht zustande kam, in den Ausstand zu treten. Die Zahl der Ausständigen beträgt ungefähr 1400, 22 Firmen mit 200 Arbeitern haben die Forderungen bewilligt.

Weinpanisferei.

Landau, 11. November. (B. Z.) Das Landgericht verurteilte heute den Winzer Karl Jung aus Rhodi wegen Weinsäufung zu drei Monaten Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe. 24 000 Liter Wein wurden beschlagnahmt.

Opfer der Kolonialpolitik.

Osag, 11. November. (B. Z. B.) Eine amtliche Depesche aus Niederländisch-Indien besagt: Bei Kolono in der Landschaft Amanodang auf der Insel Timor wurde eine Patrouille von Eingeborenen überfallen; 2 europäische und 14 eingeborene Soldaten wurden niedergemacht.



Das Ende des Eisenbahnerkonflikts.

London, 7. November. (Fig. Ber.)

Es ist nicht leicht, einen Bericht abzufassen über den Abschluß des Konflikts im britischen Eisenbahndienst. Das Resultat ist etwas fremdartig. Die Arbeiter haben ohne Zweifel eine Besserung ihrer Rechtslage erhalten, aber das Gewerkschaftsprinzip ist begradigt. Greifen wir indes dem Geschehenen nicht vor und sehen wir, wie es mit dem Abschluß steht.

Gestern kam das Abkommen zustande, das für die nächsten sieben Jahre gelten soll. Ungefähr 12 Stunden haben die Beratungen gedauert. Am Morgen des 6. November kamen die Minister zu einem Kabinettsrat zusammen, um über die Lage zu beraten, nachdem sie sich schon am 5. November mit demselben Gegenstand beschäftigt hatten. Dann empfing der Handelsminister Lloyd-George die Vertreter der Bahngesellschaften und ließ mit ihnen bis nach 1 Uhr zusammen. Am Nachmittag erschienen die Delegierten der Eisenbahner, die aus dem ganzen Lande gekommen waren, um dem Verhandlungsleiter bei der Entscheidung über Krieg oder Frieden beizustehen. Die Delegierten und der Verhandlungsleiter Richard Weil verhandelten mit dem Handelsminister bis 6 Uhr und zogen sich dann zur Beratung der ihnen unterbreiteten Vorschläge zurück. Um 9 Uhr nachts (in Deutschland 10 Uhr) kam der Ausgleich zustande.

Wie bekannt, handelte es sich um die Anerkennung der Gewerkschaft, das heißt um die Möglichkeit für die Verbandsbeamten, über die Arbeitsbedingungen der Eisenbahner mit den Bahndirektoren zu unterhandeln. Diese Forderung wollten die Bahndirektoren nicht bewilligen, sondern bestanden darauf, daß die Arbeiter sich mit ihren Beschwerden an die Bahnverwalter wenden sollen.

Nach einem Jahre von Streikvorbereitungen kam gestern ein Abkommen zustande, das folgende Grundzüge aufweist:

Die Arbeiter haben sich mit ihren Beschwerden in erster Linie an ihre Vorgesetzten zu wenden, so wie dies bisher geschehen ist. Die Antwort auf die Beschwerden muß spätestens noch vor Ablauf von zwei Monaten erfolgen.

Läuft diese Frist ab und die Antwort ist nicht erfolgt oder sind die Arbeiter mit der erhaltenen Antwort nicht zufrieden, so soll auf Antrag der Arbeiter ein Versöhnungsgericht zusammentreten.

Wie kommen nun zum eigentlichen Wesen des Abkommens. Dieses sieht zweierlei Versöhnungsgerichte vor: Sektionsgerichte und ein Zentralgericht. Die Sektionsgerichte sollen in größerer Zahl vorhanden sein und aus einer gleichen Zahl von Vertretern der Bahnverwaltungen und der Arbeiter bestehen. In den Wahlen für die Sektionsgerichte nehmen alle Eisenbahner teil, — die organisierten und nichtorganisierten. Die von den Arbeitern gewählten Mitglieder sollen aus allen Kategorien des Eisenbahndienstes genommen werden.

Nun zum Zentralgericht. Für dieses wählen die Arbeiter nicht mehr direkt, sondern überlassen es ihren Vertretern in den Sektionsgerichten, ein oder zwei Mitglieder aus ihrer Mitte zum Zentralgericht zu delegieren. Das Zentralgericht ist also — was die Arbeiter betrifft — ein Ausschuss der Sektionsgerichte.

Jetzt können wir den Verlauf eventueller Arbeiterbeschwerden weiter verfolgen. Sind die Arbeiter mit dem Bescheid oder Nichtbescheid der Bahndirektoren nicht zufrieden, so wenden sie sich an das in ihrem Distrikt vorhandene Sektionsgericht. Sind die Bahndirektoren oder Eisenbahner mit dem Bescheid des Sektionsgerichts nicht zufrieden, so wenden sie sich an das Zentralgericht. Wenn auch dieses nicht befriedigt, dann soll ein Schiedsmann bestellt werden, vor dem die Vertreter der Bahngesellschaften und der Arbeiter plädieren sollen.

Rechtsanwälte dürfen vor diesen Gerichten nicht erscheinen. Den Schiedsmann ernennen der Speaker (Präsident des Unterhauses) und der Master of the Rolls (Appellationsrichter). Der Entscheid des Schiedsmannes ist bindend.

Das sind die Grundzüge des Abkommens zwischen den Bahngesellschaften und den Eisenbahnern.

Was bedeutet dieses Abkommen? In unserem Berichte vom 3. November sagten wir, das bisherige Versöhnungsgericht (vom Jahre 1898) schaffe zwar Schiedsgerichte, aber es könne die streitenden Parteien nicht zum Erscheinen vor dem Schiedsgerichte zwingen. Nun, der Handelsminister ging einen Schritt weiter und führte Zwangsgelddrucker ein. Das neuseeländische Muster des gewerblichen Schiedsgerichtswesens, das alle Trade-Unions-Kongresse Englands mit überwältigender Mehrheit im Jahre 1906 abgelehnt haben, ist ohne viel Federlesens in England eingeführt worden!

In diesem ganzen Abkommen ist von Gewerkschaft nicht die Rede. Organisierte und nichtorganisierte Arbeiter wurden gleichgestellt. Streik ist verboten, da das Urteil des Schiedsmannes bindend ist. Die Verbandsbeamten haben in diesem Abkommen keine Funktion. Es ist nicht einzusehen, wozu die Eisenbahner noch eine Gewerkschaft brauchen.

Weil ist hoch erfreut über das Resultat. Wir werden bald hören, was die Mannschaft im Lande dazu sagt.

Freistudentische Konferenz.

Am Sonntag wurde zuerst im Charlottenburger Rathaus, dann im Berliner Rathaus die erste freistudentische Konferenz bei einer Teilnahme von reichlich 500 Studenten und Studentinnen abgehalten. Die Freie Studentenschaft, hieß es in der Eröffnungssprache des Referendars Dr. jur. Walter Guttmann-Berlin, erkenne jeden Studenten als gleichberechtigtes Mitglied der Gesamtstudentenschaft an, ohne Rücksicht auf seine politische oder religiöse Überzeugung. Nur durch Selbsterziehung könne die deutsche Studentenschaft zur Bewältigung des Problems gelangen, die ihnen das moderne Leben stelle. Ein Wegweiser zu dieser Entwicklung solle diese Konferenz sein. Es folgten dann in Charlottenburg Vorträge des Privatdozenten Dr. Chr. Münch über das Thema: „Student und öffentliches Leben“, des Gewerkschaftssekretärs G. F. Lenz-Berlin über: „Arbeiter und Akademiker“, des Ingenieurs Wagner-Münch über: „Studentische Arbeiterunterstützung“, des Oberlehrers Dr. Felix Behrend-Berlin über: „Grundzüge eines neuen Studententums“. Der Inhalt all dieser Vorträge kam über allgemeine Betonung der Notwendigkeit nicht heraus, die Studenten sollten nicht am praktischen Leben Anteil nehmen, dem Heißhunger der Arbeiter nach Bildung durch Arbeiterunterstützung entgegenkommen, eine Annäherung zwischen Studenten und Arbeitern schaffen und gleichzeitig auf eigene allseitige Ausbildung bedacht sein.

Die Vorträge im Berliner Rathaus galten speziellen Verhaltensregeln für den einzelnen Studenten. Dr. jur. G. G. Bremer empfahl den jungen Leuten dringend völlige Alkoholschließung. Für Wasserbäder, Luftbäder und — Sauberkeit einzutreten ermahnte Prof. Dr. med. Schleich-Berlin für erforderlich. Die sittlichen und gesundheitlichen Vorteile von Studentenheimen legte Dr. phil. Kühne-Charlottenburg unter

Hinweis auf das in Charlottenburg bestehende, das Einallgemeineres Interesse beansprucht der Vortrag des Generalsekretärs der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten Dr. med. Blaschko-Berlin über Student und sexuelle Frage.

Er habe, führte der Redner aus, in seiner früheren Eigenschaft als Kassenarzt zweier Hochschulen eine Erhebung angestellt. Danach waren die Geschlechtskrankheiten unter den Studenten so furchtbar, daß sie nicht nur alle anderen Krankheiten in den Schatten stellten, sondern auch, obwohl die Ärzte unenigentlich arbeiteten, die erforderlichen Medikamente so viel kosteten, daß die Existenz der Massen in Frage gestellt wurde. Laut neuerer Statistik in Berlin betrug die Zahl der Geschlechtskranken: Arbeiter 9 v. H., junge Kaufleute 16 v. H., Studenten 25 v. H. Die unter städtischer Kontrolle stehenden Prostituierten 30 v. H. Der ungeheuerliche Prozentsatz, den die Studenten stellen, sei um so bedauerlicher, als die Geschlechtskrankheiten Gelenk-, Herz-, Nierenkrankheiten, ja bisweilen dauerndes Siedtum im Gefolge haben. Speziell Syphilis habe oftmals Paralyse und Rückenmarkschwund in Folge. Die Syphilis trage vielfach zur vollständigen Entartung der Rasse bei. Die scheinbar Geheilten traten oftmals sehr bald nach geschehener Heilung und übertrugen die Seuche auf ihre Familie. Die vielfachen Unterleibs- und Frauenleiden seien zum Teil auf geschlechtliche Infizierung zurückzuführen. Ein Vergleich der deutschen Studenten mit den englischen und amerikanischen in bezug auf Geschlechtskrankheiten falle sehr ungünstig für die deutschen aus. Die vielfach angepriesenen Schutzmittel gewähren keinen absoluten Schutz vor Ansteckung. Westfälische und Berlin seien für den jungen Studenten am gefährlichsten. Hier drohe den Studenten die Verführung durch die läufige Prostitution, die Kellnerinnen und Ladenmädchen. Bei den beiden letzteren sei die Ansteckungsgefahr nicht viel weniger groß als bei den Prostituierten. In seiner Eigenschaft als Arzt habe er oft die Erfahrung gemacht, daß auch die sogenannten feinen Verhältnisse keinen absoluten Schutz gewähren. Fast täglich kommen junge Leute zu ihm, die sich auf diesem Wege infiziert haben.

Es werde nun den jungen Leuten einerseits volle Enthaltensamkeit empfohlen, andererseits behauptet, daß volle Enthaltensamkeit gesundheitsgefährlich sei. Den letzten Satz könne er keinesfalls unterschreiben, die Wahrheit liege zumindest in der Mitte. Jedenfalls lasse sich die volle Enthaltensamkeit bis zum 20. Lebensjahre ohne jede Schwierigkeit durchführen. Daß die Enthaltensamkeit nicht gesundheitsgefährlich sei, haben die Japaner bewiesen, die im russisch-japanischen Kriege nicht eine einzige Prostituierte mit sich führten und während des ganzen Krieges fast volle Enthaltensamkeit geübt haben. Die Russen dagegen haben Zehntausende von Prostituierten mit sich geführt und sollen geradezu Orgien gefeiert haben. Vielfach sei die Nachahmungslust die Ursache zur Ausschweifung. Junge Leute seien oftmals der Meinung, ohne Verleher können sie nicht den Anspruch auf Männlichkeit machen. Daher komme es, daß vielfach schon Schüler mit häßlichen ansteckenden Krankheiten behaftet seien. In seiner Sprechstunde müsse er fast täglich Sekundaner und Primaner behandeln. Das schlimmste sei, daß der Verleher vielfach im Kauf geschwehe. Dadurch werde nicht nur die Ansteckungsgefahr begünstigt, sondern auch die böswilligen Folgen heraufbeschworen. Daß die Enthaltensamkeit ohne Gesundheitsgefährdung sich durchführen lasse, bewiese auch der Umstand, daß Athleten und Artisten, die ihre Körperkräfte voll zusammenhaben müssen, zum Teil enthaltsam seien. Viel könne zur Herbeiführung besserer Zustände die höhere Bewertung des weiblichen Geschlechts beitragen. Die immer größere Zahl weiblicher Studenten dürfe in dieser Beziehung Besserung herbeiführen. Er gebe sich der Hoffnung hin, daß im nächsten Jahrzehnt die Statistik über Geschlechtskrankheiten eine wesentliche Verminderung ergeben werde.

Tragen von Flugblättern eine Arbeit?

In ständiger Praxis hatte das Kammergericht früher anerkannt, daß das Tragen und Verteilen von Flugblättern keine öffentlich bemerkbare „Arbeit“ im Sinne der Verordnungsverordnung ist. Zu der Annahme war es auch dadurch veranlaßt, daß es mit Recht selbst das Tragen eines Gewebes nicht als „Arbeit“ erachtet hatte. Und würde eine entgegengesetzte Annahme doch zu dem Ergebnis führen müssen, jeden Kirchgänger, der eine Bibel oder ein Gesangbuch, jede Frau Kammergerichtsdrähtin, die ihren Pompadour oder gar eingelaufte Waren öffentlich bemerkbar am Sonntag trägt, vor den Kadi wegen — Verstoßes gegen die Verordnungsverordnung zu bringen. Es wurden noch in den Jahren 1901 und 1902 Dupende von Landgerichtsurteilen bestätigt, die demnach zu Unrecht wegen Flugblatttragens angeklagte Sozialdemokraten freisprachen.

Doch mit des Gerichtes Mächten ist kein etw'ger Bund zu schließen. Seitdem die Jagd gegen die Arbeiterklasse und insbesondere gegen die Sozialdemokratie von Verwaltungs wegen eröffnet ist, wurde an der Wunde der Götin der Gerechtigkeit, die diese bekanntlich tragen soll, damit sie gleichmäßig, ohne Ansehen der Person entscheide, Ichnost gezerzt und gezogen. Nicht ohne Erfolg: die Wunde ist der Themis von dem jetzigen Justizminister bekanntlich vor kurzem für alle figürlichen Darstellungen genommen: sie soll fortan ohne Wunde dargestellt werden. Und das entspricht der Wandlung der Rechtsprechung, die entsprechend der Verschärfung des Klassenkampfes in wachsendem Maße von der herrschenden Klasse dazu gedrängt wird, die Justiz zur reinen Klassenjustiz, zu einem Instrument zu gestalten, die der Unterdrückung der nach Licht, Luft und Sonne strebenden Arbeiterklasse dienen soll.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist es natürlich, daß verschiedene von uns mitgeteilte Erkenntnisse des Kammergerichts gegen Arbeiter in den letzten Jahren auch in der Frage, ob Flugblattverbreitung eine Arbeit sei, ihren früheren Standpunkt verlassen haben. Freilich so weit, die Bejahung dieser Frage als gegen Arbeiter geltende Rechtsnorm hinzustellen, ist das höchste preuhische Gericht nicht gegangen. Wohl aber zu der Auffassung: ob in der Flugblattverbreitung eine Arbeit zu finden sei, sei von Fall zu Fall Sache der „tatsächlichen Feststellung“ des Landgerichts, das insbesondere zu prüfen habe, ob eine ungewöhnliche Anstrengung der Kräfte in die Erscheinung trete. Seitdem haben sich in der Tat Gerichte gefunden, die diese Frage bejahten und damit einen unschätzbaren Beitrag zur Natur der Klassenjustiz leisteten.

Desto angenehmer berührt es, wenn Gerichte die Annahme, Flugblattverbreitung sei eine Arbeit, wenn die Flugblätter von Sozialdemokraten verbreitet werden, als eine unhaltbare dadurch kennzeichnen, daß sie auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auferlegen. Ueber einen solchen Fall haben wir zu berichten. Er betrifft eine am Freitag in vierter Instanz verhandelte Strafsache.

Der Genosse David hatte sich am Sonntag, den 20. Januar dieses Jahres in der Nähe der katholischen Kirche in der Lübowstraße in Charlottenburg mit polnischen Wahlflugblättern aufgestellt, um dieselben an die aus der Kirche kommenden polni-

sehen Arbeiter zu verteilen. Vor Ende des Gottesdienstes kamen einige Kirchgänger, die den Schluß desselben nicht abgewartet hatten, an David vorbei, der ihnen ein Flugblatt übergab. Zwei Zentrumsanhänger, die sich mit Zentrumsflugblättern an einer anderen Seite der Kirche aufgestellt hatten, liehen ihn darauf durch einen Schuttmann feststellen. Sie behaupteten, über die Strafe in der Umgegend der Kirche habe nur der Pfarrer zu verfügen und dort dürften nur Zentrumsflugblätter verteilt werden. Genosse David erhielt darauf ein Strafmandat wegen Uebertretung der Verordnungsverordnung. Das Schöffengericht sprach ihn frei. Auf die Berufung des Amtsanwalts berurteilte ihn die Strafkammer mit der Begründung, daß das Flugblattverbreiten vor der Kirche während des Gottesdienstes eine öffentlich bemerkbare Arbeit ist, die geeignet sei, das religiöse Empfinden des Publikums zu verletzen! Auf Davids Revision hob das Kammergericht die Entscheidung der Strafkammer auf. Allerdings, so führte es aus, bestehe die Polizeiverordnung über die äußere Heilighaltung des Sonntags auch für das Verteilen von Wahlflugblättern zu Recht, trotz der Bestimmung der Verordnungsverordnung, daß zur Verteilung von Traktaturen zu Wahlzwecken bei der Wahl zu geschickenden Körperschaften eine polizeiliche Erlaubnis in der Zeit von der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung des Wahltages nicht erforderlich sei. Indessen sei unter „Arbeit“ im Sinne jener Polizeiverordnung nicht jede Tätigkeit oder Beschäftigung zu verstehen, sondern nur eine Tätigkeit oder Beschäftigung, bei welcher eine besondere Anstrengung der Kräfte in die äußere Erscheinung trete, und welche gerade durch diese besondere Kraftanwendung der äußeren Heilighaltung des Sonntags widerspreche.

In der erneuten Verhandlung am Freitag vor der Strafkammer des Landgerichts III wurde Genosse David auf Antrag seines Verteidigers, Rechtsanwalts Dr. Herzfeld, freigesprochen. Ferner wurden der Staatskasse die notwendigen Auslagen einschließlich der Verteidigungskosten sämtlicher Instanzen auferlegt. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt: Wenn ein erwachsener Mann, wie der Angeklagte, etwa 100 Flugblätter trage und dieselben an Vorübergehende verteile, so trete dadurch keine solche Anstrengung der Kräfte in die äußere Erscheinung, daß dadurch die äußere Heilighaltung des Sonntags verletzt werde. Es kommt nicht darauf an, daß eine gegnerische Partei an dem Verteilen der Flugblätter Anstoß nehme. Die Auslagen und die Verteidigungskosten seien dem Angeklagten zu ersehen, weil der Staatsanwalt keine Veranlassung gehabt hatte, gegen das freisprechende Urteil der ersten Instanz Berufung einzulegen.

Aus Industrie und Handel.

Ungeheuerliche Preissteigerung.

In bedrohlicher Weise schnellen die Preise für Lebensmittel immer höher hinauf. Es notierten z. B. an der Berliner Börse:

Table with columns: Steigerung gegen 1900/01 Prozent, Weizen, Roggen, Jahresdurchschnitt, September 1907, 11. November 1907.

Die von Amerika ausgehende Finanzkrise, die zu günstigeren Erntebereichen haben in den letzten Tagen die Getreidehaufe etwas aufgehoben. Dagegen weist die Tendenz bei Mehl bis zur Stunde scharf nach oben. Es kostete in Berlin im Großhandel ein Doppelzentner

Table with columns: September 1906, September 1907, 11. Novbr. 1907, Steigerung seit September 1906 Prozent, Roggenmehl 0/1, Weizenmehl 00.

Das sind ungeheuerliche Preissteigerungen, die den Haushaltsektoren auf einen ganz anderen Boden stellen. Aber woher nehmen und nicht fehlen? Von einer Einkommensberhöhung kann jetzt keine Rede sein; im Gegenteil, die Löhne gehen zurück. Und es sind nicht nur die Preise für Mehl hinaufgegangen, mit Ausnahme von Fleisch sind fast alle anderen wichtigen Nahrungsmittel enorm teurer geworden. Nach den Zusammenstellungen der „Statistischen Korrespondenz“ über Durchschnittspreise nach den Marktpreisen an 23 verschiedenen Orten kostete

Table with columns: Oktober 1906, Oktober 1907, Steigerung in Prozent, Weizen, Roggen, Gerste, Erbsen, Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Weizenmehl, Roggenmehl.

Mit solcher Preisentwicklung geht es nun in den Winter hinein und dazu müssen auch für Brennmaterialien immer höhere Preise bezahlt werden. Glänzende Gewinne streichen die Dividendenempfänger ein, der Arbeiter muß sich in seiner Lebenshaltung Einschränkungen auferlegen. Göttliche Weltordnung!

Aus der Textilindustrie meldet die „A. Volkstg.“ merkwürdige Abschwächung in einzelnen Zweigen. Für neue Baumwollgarnunternehmungen herrscht selbst bei wesentlich herabgesetzten Preisen völlige Zurückhaltung. Die Verhältnisse am englischen Garmarkt sind sehr unsicher. Die Einfuhr ausländischer Baumwollgarne in Deutschland ist im zweiten Quartal 1907 um 130 Proz. gestiegen gegen gleichzeitig im Jahre 1906. Die ungeheure Vermehrung der englischen Baumwollspinneln kann nach Ansicht des genannten Blattes zu einer Krise führen. In der deutschen Baumwollweberei ist die Abschwächung eine Folge des Nachlassens des Auslandsbedarfs. Im zweiten Quartal 1907 sank bereits die Ausfuhr baumwollener Gewebe um 11 Proz.

Ein Panama?

Wir deuteten kürzlich schon an, daß bei der Finanzkrise in Amerika die hohe Finanz ihre Hände im Spiele habe und daß dieses Spiel jedenfalls das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hat. Nun kommt aus New York eine Nachricht, die bestätigt, daß die „Reiter“ tatsächlich unsaubere Machinationen auf dem Gewissen haben, daß sie zu dem Raub die Karten gemischt haben, so gemischt, daß sie die Trumpe ausspielen können. Die Nachricht lautet:

New York, 10. November. Wie der „New York Herald“ meldet, hat die Regierung eine Untersuchung über Geschäftsabwicklung von fünf arabischen Banken eingeleitet, um festzustellen, ob die



früheren Angestellten der Banken die gesetzliche Bestimmung beobachtet haben, welche die Höhe der Darlehen, die den Angestellten gewährt werden darf, auf 10 Proz. des Kapitals der Bank festsetzt. Die Unternehmung soll sich auch darauf erstrecken, festzustellen, ob die Reservefonds der betreffenden Banken sich in Ordnung befinden.

Die National City-Bank hat das mit Rücksicht auf die ungenügende Finanzlage nach Europa gerichtete Gesuch um Sendung von 750 000 Dollar Gold annulliert.

In welcher Weise die Situation von einigen der „Finanzgenies“ ausgenutzt wird, geht aus folgendem hervor: Die Bankfirma G. Pierpont Morgan hat von der Bundesregierung 25 Millionen Dollar zinsfrei erhalten gegen Hinterlegung von „Securities“, welche nach Angabe eines Sachmannes gegenwärtig „eine acht Cents per Mies“ auf dem offenen Markt erzielen würden. Sie ließ das Geld durch ihre Makler zu 10 bis 20 Proz. Zinsen aus, ihr eigenes gar zu 60 Proz. Die Modellersche National City Bank pumpte ihren Maklern 10 Millionen Dollar zu 6 Proz., welche hinwieder von ihren Kunden ebenfalls 60 Proz. herauszuschlugen. Die Firma Kuhn, Loeb u. Co., mit welcher der Präsident der letztgenannten Bank, Stillman, in „freundlichen Beziehungen“ steht, nahm ebenfalls an dem Segen teil und heimste sogar 60 Proz. ein. Einzelne der in Geldnöten befindlichen Spielanten haben sogar bis 1000 Proz. geboten.

Der amerikanische Staatstrust verteilt eine regelmäßige Vierteljahresschuld von 7 1/2 Prozent für die Vorzugsaktien und 1/2 Prozent für die gewöhnlichen Aktien. Nach dem Bericht der Direktoren war der Profit in dem mit September abgeschlossenen Vierteljahr 43 364 285 Dollar, eine Zunahme von 5 689 881 Dollar im Vergleich mit demselben Quartal des Vorjahres. Aufträge in Höhe von 6 425 008 Tonnen lagen am 30. September vor, das ist um 1 611 876 Tonnen weniger als an demselben Datum 1906.

#### Zur wirtschaftlichen Lage in Russland.

Wie das Ministerium des Handels und des Gewerbes meldet, ist die Ausfuhr von Getreide aus Russland in diesem Jahre außerordentlich groß. Und doch meldet das Ministerium des Innern, daß in diesem Jahre 23 Gouvernements der Versorgungshilfe bedürfen und dazu mindestens 7 782 000 Rubel nötig sein würden. Also gewaltige Ausfuhr des Getreides einerseits und Hunger andererseits. Und das wiederholt sich in Russland jahraus und jahrein. Die Bauern verkaufen das Getreide, nicht weil sie Lieberlust daran haben, sondern um Steuern und Pachtgeld zu bezahlen. Was ihnen übrig bleibt, ist gänzlich unzureichend, um damit das ganze Jahr leben zu können. Und Saatfrucht müssen sie nachher zu erhöhten Preisen wieder einkaufen. Mit Kojalen, Freigerichteten, Deportationen usw. sind diese Widerstände im wirtschaftlichen Leben Russlands nicht zu befechten.

Reisefolgen. Der Großindustrielle Wittling in Lemberg ist mit 1 600 000 Kronen in Zahlungsschwierigkeiten geraten.

Aus New York wird gemeldet: Die Handelsbilanz weist ein Defizit auf, wie es niemals zu verzeichnen gewesen ist. Die Gesamtsumme der erhobenen Gelder übersteigt den Höchstbetrag, der bisher entnommen worden ist. Der Kassabestand ist der geringste, welcher seit 1905 aufzuweisen ist.

## Soziales.

### Darf der Titel „amerikanischer Zahnarzt“ in Deutschland geführt werden?

Recht interessante Ausführungen über die Bildung des deutschen Publikums zeitigte die in jüngster Zeit vor dem Reichsgericht angeschnittene Frage der Titelführung ausländischer Zahnärzte. Kürzlich fällt das Reichsgericht zu dieser Frage zwei verschiedene Urteile. Durch das eine wird dem 33jährigen in Amerika studierten Zahnarzt Gustav Birling zu Dresden die Führung des Titels „amerikanischer Zahnarzt“ verboten; das andere gestattet dem nur kurze Zeit in Amerika studierten Zahnarzt Kloeden und der Zahnärztin Jacobi, beide in Göttingen, die Führung der Bezeichnungen „approbiert“ in Verbindung mit „Doktor of Dental Surgery“.

Beide Unterlassungsklagen, die des Dresdener Zahnarztes Kühnast sowie die der Vereinigung der Göttinger Zahnärzte, sind auf § 1 des Wettbewerbsgesetzes gestützt und liegt ihr Schwerpunkt in der Feststellung, ob die Bezeichnungen „amerikanischer Zahnarzt“ und „Doktor of Dental Surgery“ unrichtige Angaben tatsächlicher Art darstellen, und ob das Publikum durch diese Bezeichnungen irre geführt wird.

In der Dresdener Sache hatte das Landgericht Dresden die Verwechslungsgefahr zwischen dem amerikanischen Zahnarzt und dem deutschen Zahnarzte verneint. In der Berufungsinstanz sprach sich das Oberlandesgericht Dresden aber dahin aus, daß der deutsche Zahnarzt zu seiner Approbation eine ganz andere Bildung nötig habe als der amerikanische, und deshalb das Publikum bei Befolgung des Titels „amerikanischer Zahnarzt“ leicht glauben könne, derselbe besitze die nützlichen Kenntnisse oder sei vielleicht noch besser wie der deutsche. Es bejahte die Verwechslungsgefahr und verbot die Führung des Titels „amerikanischer Zahnarzt“ wegen Irreführung des Publikums.

In der Göttinger Sache handelte es sich um drei Angriffe. Einmal waren die Göttinger Zahnärzte im Adreßbuche unter die Rubrik „Zahnärzte“ gelangt. Das Landgericht Göttingen wie das Oberlandesgericht Breslau verneint jedoch hier ein Verschulden der Beklagten, da dies auf ein Versehen des Verlegers des Adreßbuchs zurückzuführen sei. Sodann handelte es sich um die Bezeichnung „approbiert“. Das Oberlandesgericht führt hierzu aus, daß das Wort „approbiert“ nur mit dem Titel „Doktor of Dental Surgery“ zusammen gebraucht werden könne und sich der Deutsche nicht besonders darunter vorstellen, das Wort vielmehr erst Bedeutung im Zusammenhang des Gewerbes habe. Diese Bezeichnung sage nichts anderes, als daß der damit verbundene Titel auf gesetzlichem Wege erworben sei. Und das sei in diesem Falle auch erwiesen, denn die Beklagten hätten an einem respektablen amerikanischen Institut ihre Examen bestanden. Was aber den Titel „Doktor of Dental Surgery“ anlangt, so komme es auf das deutsche Publikum an und zwar darauf, wie dieses den Titel auffasse. Es möge wohl ein Teil Leute geben, die darunter glauben, daß sie einen deutschen Zahnarzt vor sich haben, d. h. einen solchen, der das Examen auf der deutschen Universität bestanden habe. Diese Leute bilden aber nicht das deutsche Publikum. Aus dem Titel würde jeder Verständige herauslesen, daß er es mit einem ausländischen Doktor zu tun habe. Wer die Titel nicht verstehe, tue das lediglich aus mangelhaftem Interesse.

Das Dresdener wie das Breslauer Urteil wurden von den unterlegenen Parteien durch Revisionen angefochten. In der Revision gegen das Breslauer Urteil führte der Vertreter der Vereinigung der Göttinger Zahnärzte aus, daß in Beziehung auf das Verständnis des Publikums gerade darauf ankomme, daß das Wettbewerbsgesetz Reichstimm und Leichtgläubigkeit schützen wolle; es sei für diejenigen gemacht, die niemals alle werden. Deshalb dürfe nicht damit gerechnet werden, daß das Publikum an einem Irrtum eventuell selbst schuld sei. Diesem widersprechen die Vertreter der Beklagten insofern, als der Titel „Doktor of Dental Surgery“ fast jedem Deutschen erkennen lasse, daß es was anderes sei als ein deutscher Zahnarzt, den er vor sich habe und das unlautere Wettbewerbsgesetz auch nur dazu sei, um unlauteren Reklamen vorzubeugen, oder nicht richtige Behauptungen zu verbieten. Für die Dummheit der Leute sei es nicht gemacht. Der Deutsche sei im Durchschnitt so gebildet, daß er wisse, was unter dem Dr. med., dem Dr. jur., dem Dr. phil. gemeint sei, auch den Dr. ing. kenne man. Wer sich aber unter dem einen „Doktor of Dental Surgery“ ein Wundtatter vorstelle, dem sei auch durch das Wettbewerbsgesetz nicht zu helfen.

Der zweite Abtheilung des Reichsgerichts erkannte in beiden Sachen auf Zurückweisung der Revisionen. Es ist also der Ansicht, daß die Führung des Titels „Doktor of Dental Surgery“ und in Verbindung damit die Bezeichnung „approbiert“ gestattet, aber die Führung des Titels „amerikanischer Zahnarzt“ verboten ist.

### Die nützlichen Elemente.

In einem Orte bei Bunsfelde gingen zwei Brüder, die Habelarbeiter seitlich, mit dem Dienstweibchen Schödel im Wirtshaus einen Streit an, der in Tätlichkeiten ausartete. Während der ältere Seifert den Sädel festhielt, stieß ihm der jüngere kaltblütig sein griffselbes Messer ins Herz, so daß der Geschlagene nach wenigen Augenblicken eine Leiche war. Der Mörder hat bei dem Streik in der Porzellanfabrik Bunsfelde Streikbrecherdienste geleistet, ist also eines jener „nützlichen“ Elemente, die schiel anzusehen schon beinahe ein Staatsverbrechen ist.

Die völlige Unzulänglichkeit der heutigen Irrenfürsorge wurde auf der kürzlich in Köln abgehaltenen Generalversammlung des „Hülfsvereins für Geistesranke in der Rheinprovinz“ besprochen. Der Direktor der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Grafenberg, Dr. Herting, hielt einen Vortrag über die Hülfsvereine und die kriminellen Geistesranke. Nach der sich hieran anschließenden Debatte wurde eine Resolution angenommen, worin es heißt: „Der Hülfsverein erwartet, daß nach einer etwaigen Reform der Strafsorge auch der § 493 der Strafprozedur betr. Anrechnung des Anstaltsaufenthalts auf die Strafzeit auch auf die geisteskrank gewordenen und in eine Irrenanstalt übergeführten Straftätern eine entsprechende Anwendung finden muß und zwar in einer die bisherige Anstaltsbehandlung der unbescholtenen Geistesranke nicht berührenden Form. Der Hülfsverein erklärt es ferner für wünschenswert, daß die Voraussetzungen für die Festhaltung geisteskranker Verbrecher entweder im Wege des Entmündigungsverfahrens oder in einem besonders zu schaffenden Verfahren für jeden einzelnen Fall festgesetzt werden.“

Landesrat Horten führte aus, es fehle jede Rechtsgrundlage für die Einlösung geisteskranker gewesener Verbrecher.

Ein Vortrag des Oberarztes Dr. Schröder mußte wegen der vorgekauften Zeit ausfallen. Der Redner beschränkte sich darauf, mitzutheilen, daß eine positive Antwort auf die Frage: „Haben die Geistesranke ausgenommen?“ nicht gegeben werden könne, weil keine ständige Statistik über die Geistesranke besteht. Da die in den Anstalten untergebrachten Geistesranke an Zahl bedeutend zugenommen hätten, sei auf eine allgemeine Vermehrung der Geistesranke zu schließen.

Die im „Hülfsverein“ besprochenen Missethate geben nur ein kleines Bild von der völligen Unzulänglichkeit der Irrenpflege in Deutschland überhaupt. Diese beschränkt sich keineswegs auf die „kriminellen“ Geistesranke. Es fehlt, wie auch nach der Zivilprozedurnovelle in Einzelfällen sich offenbart hat, ein hinreichender Schutz gegen ungerechtfertigte Entmündigung, noch mehr ein wirksamer Schutz gegen Unterbringung und Festhaltung Gesunder als Geistesranke in Irrenhäusern und ebenfalls eine Garantie für eine ausreichende, unparteiische Untersuchung des Geisteszustandes von Zivil- oder Militärgerichten Verurteilten.

### Der Justmann und seine Wohnung.

Das Gesetz vom 24. April 1884, betreffend die Verleihung der Dienstpflichten des Bestandes und der ländlichen Arbeiter, bestimmt in § 1: „Die Bestimmungen des § 1 (die bekannten Strafbestimmungen) finden auch Anwendung auf das Verhältnis zwischen dem Besitzer eines Landgutes oder einer anderen Uder- oder Forstwirtschaft, sowie den von ihm zur Aufsicht über die Wirtschaftsarbeiten bestellten Personen und solchen Dienstleuten, welche gegen Gewährung einer Wohnung in den ihm gehörigen oder auf dem Gute befindlichen Gebäuden und gegen einen im voraus bestimmten Lohn behufs der Bewirtschaftung angenommen sind (Institute, herrschaftliche Zogelöhner, Einlieger, Katenleute und dergl.)“ Der Anwalt Wolniak sollte sich durch unredliches Verhalten des Diensten gegen das genannte Gesetz verfahren haben. Wolniak, der mit einer Frau zusammenlebte und mit dieser einen selbständigen Haushalt führte, hatte zwar erst auf dem Gut seines Dienstherrn in Kosen im Besitzbesitz gewohnt, war dann aber wegen Raum-mangels vom Gutsherrn in einer Mietwohnung untergebracht worden, die außerhalb des Gutes lag. Es war in Aussicht genommen, daß er später, wenn etwas frei würde, wieder im Besitzbesitz untergebracht werden sollte. Das Landgericht Lissa als Berufungsinstanz sprach nun den Angeklagten deshalb frei, weil er nicht zu den Instituten im Sinne des § 1 des Gesetzes gehöre, da ein Dienstmann in dem Sinne nur ein solcher sei, dem der Gutsherr u. a. eine Wohnung in den ihm gehörigen oder auf dem Gute befindlichen Gebäuden gewähre. Der Angeklagte habe weder in einem Hause auf dem Gute noch einem Hause des Gutsherrn gewohnt, sondern in Räumen, die von einem Nachbar gemietet waren.

Das Kammergericht gab der hiergegen eingelegten Revision der Staatsanwaltschaft statt, hob das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht zurück. Der erste Strafentscheidungsverfugung die Auffassung des Landgerichts. In dem § 1 heisse es: „... und solchen Dienstleuten, welche gegen Gewährung einer Wohnung usw. usw. angenommen sind.“ Dieses: „... angenommen sind“ sei das wesentliche. Es komme darauf an, ob der Vertrag zum Ziele habe, den Mann zwecks Bewirtschaftung gegen Lohn und Wohnung in einem dem Dienstherrn gehörigen oder auf dem Gute befindlichen Gebäude anzunehmen, und ob die Vertragsbedingungen zunächst auch erfüllt wurden. Der bloße Umstand, daß der Dienstherr es nötig finde, ihn dann anderweitig unterzubringen, ändere nichts daran, daß er als Justmann angenommen sei. Man denke daran, daß das Haus des Dienstherrn abtrenne. Sollten dann die Leute den Dienst lösen dürfen? Das sei nicht der Fall. Es komme auf den Einzelfall an. Bei dem hier festgestellten Tatbestande, wo der Anwalt anderweitig nur untergebracht wurde, weil der Raum im Besitzbesitz knapp geworden war, und wo die Absicht bestand, ihm bei Gelegenheit wieder eine Wohnung im Besitzbesitz zu geben; da habe B. den Charakter des Justmannes gemäß § 1 des Gesetzes vom 24. April 1884 nicht verloren.

Diese Entscheidung des Kammergerichts steht in allerhöchstem Widerspruch zu der historischen Entwicklung des Instituts der Institute, zu dem Begriff eines Justmanns, zu der Entstehungsgeschichte des Gesetzes von 1884 und zu den bislang allseitig anerkannten Auslegungsregeln eines Gesetzes. Es widerspricht diesen Auslegungsregeln auf das allerentschiedenste, dem Buchstaben eines Gesetzes über den Zweck und Sinn der gesetzlichen Vorschrift die Herrschaft einzuräumen. Das tut aber die kammergerichtliche Entscheidung im Gegensatz zu der des Landgerichts. Die preussischen Landstände hätten ja gar im Jahre 1837 beantragt, die Institute als Gefinde zu behandeln. Eine Kabinettsorder von 1838 wies dies Ansuchen zurück. Das Gesetz von 1884 unterwirft Institute usw. nicht deshalb, weil ihnen eine freie Wohnung versprochen, sondern weil ihnen eine solche eingeräumt ist, den strafrechtlichen Ausnahmestimmungen des § 1 (wegen unbesugten Verlassens des Dienstes, Vergehens usw.), weil sie gemeinhin das Gefindehaus mit dem Gefinde teilen. Hält diese ausdrücklich die Befehle betonte Voraussetzung fort, so entfällt auch die Möglichkeit einer Anwendung des Gesetzes. Wäre des Kammergerichts Buchstabeninterpretation zutreffend, so würden die Institute danach so gar schon strafbar sein, bevor sie in Dienst getreten sind, weil ihnen ja eine Wohnung versprochen ist. Der Fall zeigt von neuem, wie dringend gewerkschaftlicher Zusammenschluß der Landarbeiter und des Gefindes ist und ausdrücklicher Anschluß der gegen sie gerichteten Ausnahmestimmungen durch Vertrag, solange die Schmach besonderer gegen die ländliche Arbeiterklasse und das Gefinde gerichteten Ausnahmestimmungen in Deutschland nicht durch die Gesetzgebung beseitigt ist.

## Aus der Frauenbewegung.

### Der Liberalismus und die bürgerlichen Frauen!

„Sprich mir von allen Schrecken, nur nicht von der — Frauenbewegung.“ Dies ist der Stöckelruf, der sich bei jedweder Gelegenheit dem Munde der wackeren Freisinnsmänner entringt und der auch in allen Versammlungen und Reden den Grundton bildet.

Die edlen Epischerseelen verspüren schon mit Schreck und Graus den Erbball in seinen Fugen erzittern, wenn auch nur mit einem Wort von der Emanzipation des weiblichen Geschlechts und von seinen Rechten im Gegensatz zu seinen Pflichten die Rede ist. Am schärfsten tritt dies bei der Aufrollung der Frage des Frauenstimmrechts zu Tage. Hier offenbart sich die ganze Engerbzigkeit, Borniertheit und Rückständigkeit des Bierbänkphilisters, daß jeden modern denkenden, fortschrittlich gesinnten Menschen das Gefühl des Mitleids überlemt. Der beschränkte Bürger merkt nicht die treibenden, geschichtlichen und wirtschaftlichen Kräfte, die eine vollkommene Umwandlung der überkommenen Anschauungen und Einrichtungen bedingen. Raslos steht er dem ehernen Gesetz der Entwicklung gegenüber, das mit unerrückbarer Sicherheit sich seinen Weg bahnt. Die fabelhafte Andeutung der Industrie und des Handels, die revolutionisierende Wirkung der Maschine, der Dampfkraft, der Elektrizität, die stetige Hervorbringung der Technik, alles Faktoren, die im ökonomischen und gesellschaftlichen Leben Umwälzungen von eminenter Bedeutung hervorriefen, die mit den alten, patriarchalischen Zuständen aufräumten, die das Familienleben einer Umwandlung unterzogen und Millionen Frauen vor den wirtschaftlichen Kampf stellten, sind spurlos an dem verflämmernden Epischerbitten vorbeigegangen. Nur wenige, ach, so wenige sind es in den bürgerlichen Reihen, die mit offenem Blick und sozialem Verständnis Ursache und Wirkung dieser neuen Erscheinung zu erfassen und zu würdigen suchen. Namen wie Gerlach und Breitscheid tauchen gleich freundlichen Gassen in der Oben, bürren Wüste freisinniger Politiker auf. Dies zeigte sich wieder in der von uns besprochenen Versammlung des Preussischen Landesauschusses für Frauenstimmrecht“ direkt sinnfällig. Das Referat Gerlachs war getragen von gut demokratischen Anschauungen, wenigstens auch der Kern der entscheidenden, unweigerlichen Stellungnahme, des unerschütterlichen Kampfes und des unbedingten eisernen und konsequenten Willens von unfreiem Standpunkt aus, nicht genügend herausgearbeitet war. Doch, von alledem abgesehen, war es ein erfreulicher Lichtstrahl aus der Dunkelkammer des Freisinn, und hob sich wohlthuend ab von der Schaulustpolitik jener „Auch“liberalen, die mit den Namen „Demokratie“ und „Liberalismus“ nachgerade einen Unflug treiben, den man polizeiwidrig nennen kann. Desgleichen berührten uns die Ausführungen Breitscheldts in angenehmer Weise, wenn auch die Freude stark beeinträchtigt wurde bei dem Hinblick darauf, daß diese beiden weisen Raben Rufer in der Wüste sind, Anführer ohne Gefolgschaft. Die „Unliberalen“ Frauenrechtlerin, Fraulein Wischniewska, verlieh ihrer Freude unerböhrten Ausdruck, daß das böse Zentrum und die noch höhere Sozialdemokratie zurückgedrängt seien und gab dem edlen Risikowahlrecht ihren jungfräulichen Segen. Bezeichnenderweise fand sie in dieser bürgerlichen Versammlung keinen Resonanzboden und als sie gar noch gegen (1) die sofortige Einführung des Reichstagswahlrechts sprach und recht „sachte und süßweise“ vorgehen empfahl, zog sie sich den ungetheilten Unwillen der Versammlung zu. Was sonst noch von den bürgerlichen Rednern verzapft wurde, war um auf die Räume zu klammern. Ein Sozialdemokrat, der rüchhaltlos die Forderung des Reichstagswahlrechts für Männer und Frauen vertrat, erntete in dieser gegnerischen Versammlung lebhaften Beifall. Ueberhaupt dämmert es jetzt merkwürdig auch in der bürgerlichen Frauenwelt und man kann daselbst schon ansteigendes Interesse für öffentliche Angelegenheiten feststellen. Nur sollten sie nicht der todenden Peise des freisinnigen Mattensängers folgen und sich nicht Sand in die Augen streuen lassen. Hier paßt das Wort: Die ihr hier eintrittet, laßt alle Hoffnung hinter Euch! Wer auf den Freisinn hofft, hofft umsonst.

Wie in allen vortwärtsweisenden, bahnbrechenden Fragen ist es auch hier wieder einzig und allein die Sozialdemokratie, die uneingeschränkt für Volkrechte eintritt. Sagte doch selbst Herr v. Gerlach: Es wäre zwecklos, jetzt das Frauenwahlrecht zu verlangen. Wir aber sagen: zwecklos ist das Harren und Höhern, das Jagen und Jaudern. Daraus mit dem Reichstagswahlrecht für Männer und Frauen! Mit vereinten Kräften und schmetternden Fanfaren hinein in den Wahlkampf und die junckerlichen Truppsen werden unter dem Anführer des Volkes in sich selbst zusammenstürzen!

### Recht oder Recht?

Vor einiger Zeit (Nr. 211 vom 1. August) fand in der „Frankfurter Zeitung“ eine Keuherung des bekannten Psychopathologen und Neurologen Dr. W. Heppach zu dem Fall Hau. In begründeter Weise war der dem modernen Rechtsempfinden entsprechende Standpunkt begründet, daß nicht „bedenkende Sentimentalität“, sondern die unserer Einsicht und Kultur genutzende Gerechtigkeit es verlange, daß sowohl bei der Strafbemessung als auch beim Strafvolzug das psychologische Moment stärker berücksichtigt werde. Man müsse auch hier individualisieren und nicht vom Standpunkt der Vergeltung und des Gegenschlages, sondern von dem der ethischen Beeinflussung und Besserung auf der einen, dem der Schuldes und der Abwehr auf der anderen Seite, zu Straffestsetzung und -Vollzug kommen.

Die ebenso sachliche wie schlüssige Beweisführung, auf Grund deren H. zu seinen Deduktionen kommt, hat einen Vertreter der klassischen Kriminalologie nicht ruhen lassen. In einer Sprache, die des delphischen Orakels würdig wäre, sich aber dennoch als die „auf einen einfachen Ausdruck“ gebrachte Sprache Kant's beklagert, erdärte Herr Amtsgerichtsrat Marcus aus Essen, daß das alttestamentliche „Auge um Auge und Zahn um Zahn“ jung und schön und erstrebenswert sei — heute wie vor 5000 Jahren. Die „Legalisation“ (auf diesen „einfachen“ Ausdruck wurde die Kant'sche Terminologie zurückgeführt) im Gegensatz zur „Opportunitätsmotivation“. Habe ich recht verstanden, so bedeutet das, daß die schändliche Keuherer der unverrückbaren Begründung des Rechtsbrauchs aus einem absoluten, d. h. also ewigen Recht und einer dito Moral eine Begründung aus der besonderen Wesenheit des jeweilig vorliegenden Straffalles entzogenen. Sie individualisieren. Und sie erklären die Sachlage durch Verursachungen opportunistischer Art. Nicht nur Charakteranlage, Lebensgang und Willen des Straffälligen sollen da herangezogen und geprüft werden. Diese Unstärker wollen bei der Behandlung und Verurteilung von Straffällen den für die Allgemeinheit zu erwartenden Schaden oder Nutzen mißberücksichtigt haben. Wenn da nicht die Einstüt kommt!

Unsern Klaffler preht das denn auch den Ruf aus: „Ein oberstes Sittengesetz lautet: Der Mensch — also auch der Verbrecher — soll nicht als Mittel zum Zweck der Opportunität, d. h. des Ruhens anderer Menschen behandelt werden; vielmehr soll der Mensch nur dem über aller Opportunität stehenden reinen Gesetze, der Gerechtigkeit unterworfen sein. Dann aber ist das Verbrechen ein Bruch des Gesetzes, die Strafe aber ist nichts, als der physische Gegenstoß gegen den Gesetzesbruch, und nach dem Prinzip des reinen Gesetzes, das wir nach der Analogie des Naturgesetzes anzuwenden haben, besteht die physische Reaktion in einer äquivalenten Gegenwirkung gegen den Stoß.“

So wird das Verbrechen ganz roh, ganz mechanisch zum „Bruch des Gesetzes“, des ewigen, unerrückbaren Gesetzes, und die Strafe ist der „Gegenstoß“. Man greift sich an den Kopf. Ist das möglich? Ist all unsere psychologische Forderung, all unsere auf Begründung der Psychopathologie gewandte Mühe umsonst gewesen? Gibt's wirklich psychologisch geschulte Menschen, Richter gar, die so denken, so urteilen und im Zusammenhang den „unmittelbar einleuchtenden“ Satz formulieren: „Man soll die Grenzen der Wissenschaften nicht ineinander laufen lassen.“

Und doch läuft in dieser Welt alles ineinander. Alles ist Ursache und Wirkung zugleich. Es gibt weder in der Wissenschaft noch im Leben deutlich erkennbare Grenzen oder gar unüberbrückbare Scheidungen. Alles fließt. Die alte Weisheit des Heraklit besteht heute wie je. Wir, wir selbst sind es, die in Recht, Wissenschaft und Leben Grenzen ziehen und Unterscheidungen machen. Diese Grenzlinien hat die Not gezogen. Die nun einmal gegebene quantitative und qualitative Beschränktheit menschlichen Intellekts, der nicht alles zugleich umfassen und ergründen kann.

Das Genie überpringt die Schranken.



Herr M. ist kein Genie. Das ist seine Privatangelegenheit. Aber gegen die Selbstherrlichkeit, mit der er seine vorurteilliche Kriminalpsychologie predigt, muß Front gemacht werden. Vielleicht sieht er sich einmal den Nachweis an, den unter der Überschrift: Wer sorgt für diese? eine Frau in der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 214) dafür erbringt, daß sein enger und unlässiger Zusammenhang zwischen Straftaten — ererbten Anlagen und Milieu besteht und wie stark die Rückwirkungen auf die Gesellschaft sind. Wie stark aber auch die Verpflichtung ist, da nicht mit dem Knüttel des Vergeltungsprinzips dreinzufahren, sondern als vernehmender, fühlender, wissender und verantwortlicher Mensch in Schutz und Fürsorge, in Besserung und Abwehr die rechten Wege zu finden und zu gehen.

Die rechtliche Stellung der Frauen in Dänemark soll verbessert werden durch einen Gesetzentwurf, der den Frauen das ihnen bisher vorenthalte Wahlrecht über ihre Kinder gibt. Der Entwurf, der am Donnerstag im Parlament zur ersten Beratung kam, wurde von den Wortführern aller Parteien gutgeheißen und wird jedenfalls Gesetz werden. Genosse Andreasen bemerkte bei der Gelegenheit, daß die Sozialdemokratie es grundsätzlich beabsichtigt, daß wegen der Geschlechtsverschiedenheit irgendwelche Rechtsgleichheit zwischen Männern und Frauen gelten soll, sowohl hinsichtlich der persönlichen, wie der politischen Rechtsverhältnisse. Darum habe ja auch die Sozialdemokratie ihren Gesetzentwurf über das Frauenwahlrecht eingebracht.

### Veranstaltungen — Veranstaltungen.

**Wilmersdorf.** Donnerstag, den 14. November, 8 1/2 Uhr, „Luisenpark“, Wilhelmstraße 112: Vortrag Genossin Dittl Braun, „Die Frauenfrage, ein Kulturproblem“.

**Zehlendorf.** Mittwoch, den 13. November, 1/2 Uhr, bei Schmidt, Zehlendorf, Schleierstraße. Vortrag, Frau Lungwitz: „Die Bekämpfung der Kinderarbeit“.

## Verfammlungen.

Der soziale bürokratische Geist, der den Vorstand der Landesversicherungsanstalt Brandenburg beherrscht, wurde beleuchtet in einer Versammlung der Krankenassenvorstände und Verwaltungsbeamten, welche die Zentralkommission am Freitag veranstaltet hatte. Der Vorstand der genannten Anstalt war schriftlich zu der Versammlung eingeladen worden, ist aber nicht erschienen. Ueber das Verhalten des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Brandenburg betreffs der Uebernahme des vorübergehenden Heilverfahrens und der Gewährung von Jahnersatz durch die Anstalt referierte Kolbenz. Seine Ausführungen ist zu entnehmen, daß die Brandenburger Anstalt im Gegensatz zu der Berliner hinsichtlich der Uebernahme des Heilverfahrens außerordentlich knauserig ist und die Uebernahme von einer Menge umständlicher Formalitäten abhängig macht. Zunächst wird ein sehr ausführliches Attest nach einem vorgezeichneten Schema über den Gesundheitszustand des Heilbedürftigen nachgehend verlangt. Die Anstalt bezahlt aber das Attest nicht, so daß also die Kosten desselben von dem Versicherten getragen werden müssen. Wenn der Versicherte für aufnahmefähig in die Heilanstalt befunden wird, dann fordert die Landesversicherungsanstalt die Krankenkasse, welcher der Betreffende angehört, auf, demselben mitzuteilen, daß er zwei Anzüge und doppelte Leibwäsche mitzubringen, das Fahrgehalt auszuliegen hat usw. Zu bezahlenden Potentien für die Landesversicherungsanstalt ist die Krankenkasse keineswegs verpflichtet. Was aber die Hauptsache ist, so befinden sich viele Versicherte gar nicht im Besitz von zwei Anzügen, sind auch nicht in der Lage, augenblicklich einen zweiten Anzug zu beschaffen und können sich deshalb nicht zur Behandlung in die Heilanstalt begeben. Alle diese Schwierigkeiten, welche die Landesversicherungsanstalt vor der Aufnahme macht, lassen die Annahme zu, daß die Uebernahme des Heilverfahrens durch die Landesversicherungsanstalt möglichst erschwert werden soll. Während die Berliner Landesversicherungsanstalt den Familien der in ihren Heilstätten Behandelten das volle Krankengeld bezahlt, beschränkt sich die Anstalt Brandenburg auf das gesetzliche Mindestmaß des halben Krankengeldes, nur in wenigen Fällen werden zwei Drittel des Krankengeldes gewährt. Dadurch ist der Patient der Sorge um den Unterhalt seiner Familie nicht entzogen und seine Stellung wird dadurch natürlich erschwert. Das Verhalten des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Brandenburg spricht dem sozialen Empfinden und dem Geist der Versicherungsanstalt geradezu zuwider. Auch an der Behandlung in der Brandenburger Heilanstalt Höhenliste ist manches auszufehen. Diese Heilstätte hat einen ausgedehnten landwirtschaftlichen Betrieb, in welchem die Patienten der Anstalt arbeiten müssen. Beschäftigung mit landwirtschaftlichen Arbeiten mag ja für manchen Anstellungsinflüssen zuträglich sein, wenn sie in möglichem Umfang und den Kräften des Betreffenden angepaßt, betrieben wird. In Dohrensee aber müssen die Pflanzlinge der Anstalt täglich drei bis sechs Stunden landwirtschaftliche Arbeiten verrichten. Eine so andauernde Arbeit dürfte vielen Kranken keineswegs zuträglich sein. Ein höchst eigenartliches Verfahren befolgt der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Brandenburg hinsichtlich der Gewährung von Jahnersatz an Versicherte. Wenn die Kosten des Jahnersatzes weniger als 20 M. betragen, leistet die Anstalt überhaupt keinen Auspruch. In den Fällen aber, wo die Kosten höher sind, verlangt die Versicherungsanstalt, daß die Krankenkasse sich verpflichte, zwei Fünftel der Kosten zu tragen, daß der Versicherte selbst ein Fünftel bestreite, während sie, die Landesversicherungsanstalt, die übrigen zwei Fünftel der Kosten übernimmt. Es ist aber durchaus nicht leicht, diesen Bruchteil der Kosten bewältigt zu erhalten. Zunächst verlangt die Landesversicherungsanstalt, daß der Versicherte durch ein ärztliches Attest die Notwendigkeit des Jahnersatzes nachweist. Dies Attest muß sehr ausführlich sein, es kostet dem Versicherten 5-8 M., die er nicht ersetzt bekommt. Ferner muß er einen genauen Kostenanschlag des Jahnersatzes einreichen, was wieder mit Geldausgaben für den Versicherten verknüpft ist. Hat der Versicherte endlich die fünfteiligen Jähne erhalten, dann muß er nochmals ein ärztliches Attest einreichen, um nachzuweisen, daß der Jahnersatz den gestellten Anforderungen entspricht. Auch dies Attest muß der Versicherte bezahlen. Dieser für den Versicherten umständliche und kostspielige Weg veranlaßt manchen, auf die Hälfte der Landesversicherungsanstalt überhaupt zu verzichten. Die Landesversicherungsanstalt Brandenburg hat ein Vermögen von 68 Millionen Mark angehäuft. Trotzdem knauserl sie den Versicherten gegenüber in einer Weise, die jedem sozialen Empfinden Hohn spricht. Dagegen muß auf das schärfste protestiert werden.

Dem Referat folgte eine längere Diskussion. Nur ein Redner, der Verwaltungsdirektor einer Schöneberger Krankenkasse, suchte den umständlichen Bürokratismus der Landesversicherungsanstalt zu rechtfertigen. Alle übrigen Redner, Vertreter von Krankenkassen aus dem Bezirk der Landesversicherungsanstalt Brandenburg sowie ein Kaufmannmitglied dieser Anstalt stimmten in der Kritik der besprochenen Verhältnisse mit dem Referenten vollkommen überein. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Die Versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen die Art und Weise, wie die Landesversicherungsanstalt Brandenburg die Uebernahme des Heilverfahrens, der Unterbringung der Familienangehörigen, der Gewährung von Jahnersatz aufstellt und ausführt. Die Versammlung erwartet, daß in Zukunft bei Erledigung dieser Fragen mehr soziales Empfinden mitspricht.“

In der Versammlung waren 89 Krankenkassen vertreten, und zwar aus Berlin 22 Orts-, 8 Betriebs-, 7 Innungskassen. Aus den Vororten 22 Orts- und 3 Betriebsklassen. Ferner 18 freie Gültklassen.

## Gerichts-Zeitung.

40 000 M. auf dem Kirchhof vergraben. Um eine Unterschlagung in Höhe von 50 000 M. handelte es sich bei einer Anklage, die gestern die 1. Strafkammer des Land-

gerichts I beschäftigte. Angeklagt waren der Buchhalter Max Neumann wegen Unterschlagung und der Buchhalter Hermann Bruen wegen Beihilfe. Ersterer wurde aus dem Zuchthaus in Ludau, letzterer aus dem Zuchthaus zu Sonnenburg vorgeführt. Neumann, ein schon mehrfach vorbestrafter Mensch, hatte das Glück, nach Verbüßung seiner letzten Strafe im Oktober 1905 bei der Firma Lampenmühlen u. Co. in der Neustädtischen Kirchstraße auf Grund fiktiver Zeugnisse Beschäftigung als Adressenschreiber zu finden. Er arbeitete 1 1/2 Jahre zur vollkommenen Zufriedenheit seines Chefs, bis er am 13. Mai d. J. den großen Streich ausführte, der ihn jetzt auf die Anklagebank gebracht hat. Vor diesem Streich war er wegen eines Sittlichkeitsdelikts zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Als er diese Strafe abtun sollte, fürchtete er, seine Stelle, die er durch Glücksfall erlangt hatte, wieder zu verlieren und er setzte alle Hebel in Bewegung, um auf freiem Fuß zu bleiben. Er fand einen Stellvertreter in der Person eines gewissen Wandelt, der unter seinem Namen in Klippensee saß. In der Folge hat sich aus dieser Metamorphose eine Anklage wegen schwerer Rückendelinquenz ergeben, die Neumann jetzt mit 1 1/2 Jahre Zuchthaus zu büßen hat. Da er befürchtet hat, daß dieser Streich doch in ganz kurzer Zeit entdekt werden würde, suchte er in verbrecherischer Weise sich Geld zu verschaffen, um sobald als möglich aus Berlin zu verschwinden. Am 11. Mai erhielt er den Auftrag, für den an diesem Tage beurlaubten Kassendirektor der Firma die Wappe zurück zu machen, damit der Vorkassierer seinen Dienst wieder aufnehmen könnte. Unter den in die Wappe gelegten Papieren befand sich auch ein Scheck über 50 000 M., welcher bei der Bank des Berliner Kassendirektors für die Firma zahlbar war. Er hat dann später einen unbewachten Augenblick wahrgenommen, um diesen Scheck aus der verschlossenen Wappe wieder heraus zu nehmen und sich anzueignen. Am Montag, den 13. Mai, ging er schon gleich nach 9 Uhr zu der Kasse des Kassendirektors, und da er dort als Angestellter der Firma bekannt war, erhielt er die 50 000 M. in 50 Tausendmarktscheinen anstandslos auszubehalten. Nun traf er Vorsichtsmaßregeln, um so lange wie möglich im Verborgenen zu bleiben. Er mietete sich ein Zimmer vor dem Landsberger Tor ein möbliertes Zimmer und erzählte seinen Wirtskleuten, daß er als Krankenwärter beim Krankenhaus Friedrichshagen angenommen sei, sich aber erst einarbeiten müsse. Er blieb den Tag über zu Hause, ging erst Abends aus und blieb gewöhnlich die ganze Nacht weg. Nach seiner Angabe sollte er dem Nachtdienst im Krankenhaus zugewiesen sein. Als Neumann, der infolge falscher Nachrichten in Antwerpen geflohen sein sollte und dort intensiv gesucht wurde, am 18. Mai früh 7 Uhr den Landsbergerplatz überquerte, um nach Hause zu gehen, wurde er von dem Schreiber Riedel, der ihn kannte, bemerkt. Dieser verständigte in aller Eile einen Schuhmann und letzterer nahm ihn sofort fest. Auf der Polizeiwache fand man nur 4000 M. bei ihm vor, von dem Verbleib des übrigen Geldes wollte er zunächst nichts verraten. Schließlich gestand er bei seiner Vernehmung vor der Kriminalpolizei zu, daß er die Summe von 40 000 M. in einem Ankerdenglas auf dem Lichtenberger Kirchhof vergraben habe. Dieses Geständnis beruhte auf Wahrheit. Die Polizeibeamten, welche sofort nach Lichtenberg hinausführten, fanden tatsächlich das Ankerdenglas mit der großen Summe in einem Vertice auf einer genau bezeichneten Familienkuist vor. Neumann war gefällig. Bruen, der seinerzeit dem Neumann den Stellvertreter für Klippensee gestellt hatte, leugnete entschieden, irgend einen Akt der Beihilfe geleistet zu haben. Das Gericht hielt die Schuld des Bruen auch nicht für erwiesen. Neumann wurde zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt und diese Strafe wird demnach zusätzlich zu der Strafe, die er jetzt verbüßt, in Zuchthausstrafe umgewandelt werden. Das Gericht erwog zu seinen Gunsten, daß er sich doch 1 1/2 Jahre straffrei gefühlt und wohl das Bestreben hatte, ein ordentlicher Mensch zu werden, dann aber durch die günstige Gelegenheit zu dem Verbrechen verführt worden sei.

## Eingegangene Druckschriften.

Deutsch-koloniale Baumwollunternehmungen, Bericht 9. Erhöht an die Baumwollbaukommission von R. Sump, 47 Seiten. Verlag: Kolonialwirtschaftliches Komitee, Berlin NW, Unter den Linden 43.

Die Vertrieben von D. Bismarck, 2 B. Verlag: Döll u. Pothard, Berlin NW 7.

Wie finde ich die beste Lebensversicherung? Von Dr. jur. B. Dillod, 1 B. Verlag: C. Heymann, Berlin W 8.

Rechtsprechung und Recht der Städteveränderung in Wägen 1. B. von Dr. F. Reimer, 3 B. — Soziale und individualistische Auffassung im 18. Jahrhundert von H. Gutz, 440 B. — Die Bodenreform von Dr. P. Gutzeit, 3 B. Verlag: Duncker u. Humblot in Leipzig.

Der Tropenpflanzer Nr. 11. Zeitschrift für tropische Landwirtschaft. Herausgegeben von D. Warburg und F. Wollmann. Erscheint monatlich. Preis 10 M. Verlag: Berlin, Unter den Linden 43.

Die Berliner Vororte. Ein Handbuch für Haus- und Grundbesitzer. Geb. 5 M. Verlag: Bader u. Köler, Berlin W 30.

Illustriertes deutsches Volkswirtschaftslexikon. Von Hermann Klingebell, Karl Schumacher, Woldemar Volk, Kallenberg.

Archiv für Volkswirtschaftslehre. Herausgegeben von Dr. G. Frick, Dr. A. Hoffmann, Dr. A. Reppert, Dr. med. H. Solpert und Dr. A. Coppius. Selbstverlag, Berlin W 30.

„Reue Revue“. Zeitl. Monatschrift für Politik, Wissenschaft und Kunst. Herausgegeben von Dr. Josef Adolf Bondy und Dr. Friz Wolff. 1 B. Verlag: „Reue Revue“, Berlin NW 7.

Wir vom dritten Geschlecht. Lebensbilder eines Entarteten. Von Oscar Schumann. Die neuesten Fälle der psychopathischen Anomalien. Richard Cöllers. 1 B.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Eindrucksfrage Nr. 3, zweiter Teil, zweiter Eingang, vier Treppen, 1. Jahrgang, 1. Band, Sonnabend, den 7. bis 9. Uhr abends hat. Gestern 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erzieht. Bitte Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

G. 99. In der Regel 33 Uebertragungen. — W. 6. Jüterbog, 1. und 2. Teil. Die Rechnung kann Ihnen ja nur als Vertreter Ihres Sohnes zugehen. — H. 2. 36. Mit einer Klage auf Aufhebung des Vertrages werden Sie sicherlich durchkommen, wohl aber mit einer solchen auf Befreiung der Mängel und auf Schadenersatz. — Ch. H. Vetter ist die Rückengemeinde seit dem 1. Oktober hierzu berechtigt. — H. 7. 37. Die Rückengemeinde leben selbst, von welcher Seite an sie Steuer erheben wollen. — W. 8. 30. Sie richten an das Amtsgericht Tempelhof ein Schreiben, in dem Sie Ihre Absicht, aus der Landesliste auszutreten zu wollen, mitteilen. Innerhalb des 29. bis 42. Tages nach Eingang Ihres Schreibens bei Gericht erklären Sie zu Protokoll des Gerichts Ihren Austritt. — H. 9. In Krankenkassenangelegenheiten ist zunächst die Aufsichtsbekörde in Berlin oder Magd. die Gewerbeverwaltung) um Entscheidung anzugehen, gegen deren Entscheidung ist der Rechtsweg zulässig. — G. 12. Vetter sind Sie, so lange Sie nicht aus der Kirche ausgetreten sind, zur Zahlung der Steuer verpflichtet. — G. 6. 26. 1. Das ist möglich. 2. Ja. 3. Ist nicht erforderlich. — H. 8. 1. Eine Klage wäre nicht ganz aussichtslos, die Rechtsprechung ist aber sehr schwankend. 2. Verlangen Sie das Abgangszeugnis und klagen Sie eventuell auf Einstellung eines solchen. — H. 2. 29. 1. Mit dem Attest möchte ein Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung, die die Einkünfte der Sollerung beantragt, angeordnet werden. 2. Ja. — G. 333. 1. bis 3. Wenn Sie mit Ihrem Mann nicht ein gegenseitiges Testament errichten, so würden die Verwandten in allen drei Fällen miterben können. — Genosse III. 1. Sie wählen den Betreffenden zunächst auf Zahlung verlagten oder falls Sie glauben, daß er Widerspruch nicht erheben würde, gegen ihn einen Zahlungsbefehl erwirken. 2. Den Betreffenden möchten Sie in die Schule schicken. Das würde erfahren Sie durch den Rektor. — Abs. In der Expedition oder in einer öffentlichen Bibliothek können Sie in dem damaligen Jahrgang die Nummer nachsehen. — H. 9. 11. Abschrift des Testaments erhalten Sie auf Antrag vom Gericht. Ihr Recht, das Testament anzusehen und Abschrift zu verlangen, ist, soweit es sich um die Abschrift, verleiht. — W. 8. 321. 1. Aber Verzicht auf Abtretung ist irreführend. 2. Der Frau würde das Erbschaftsrecht zu. Die Höhe der Alimenten ist von Fall zu Fall festzusetzen. — Foren. Uns nicht bekannt. — W. 6. Schwedier. Vetter ja. — G. W. 60. 1. Ja. 2. Acht Wochen. Die Forderungen 3 bis 7 erledigen sich dadurch. — H. 2. Eine Klage auf Erlassung würden Sie jetzt noch anstellen können. Welche Einwendung Ihr Vater etwa erheben könnte, können wir unmöglich voraussagen. — G. 9. 9. Wenn Sie ausdrücklich als Konkursantrag angenommen sind, so hätten Sie eine Verpflichtung zur Zahlung nicht. Sonst hätten Sie an sich eine Zahlungspflicht. Es hätte Ihnen aber nach Ihrer Schilderung das Recht

zu, auf Erlass oder Befreiung der Kosten gegen die Kasse zu klagen. — H. 2. 22. 1. Schriftlichkeit ist erforderlich. 2. Ja. 3. Wenn eine Uebergabe stattgefunden hat und die erstliche Ablichtung besteht, die Einreichung nicht nur zum Erlaß, sondern zum Eigentum zu nehmen, würden die Eigentümer werden. Der Vertrag würde etwa sich zu bestehenden Gläubigern gegenüber keine Wirkung haben. — G. 7. Vor dem 12. Lebensjahr nicht. — W. 8. 24. 1. Nein. 2. Ja. — G. 2. 1000. 1. Ungerade 20 Mark, ja. 2. Die beiden ersten, nicht die dritten Beiträge. — G. Scholz. Ueber Kartenpleiten können wie Arkanist nicht erziehen; die Spieler können sich selbst verschiedene Regeln machen. — Zukunft 31. Das Bariumchloridverbot besteht für ganz Deutschland. Wegen der Wohnungs- und Lebensverhältnisse wenden Sie sich am besten mit bezahlten Briefen an die Gewerkschaft oder das Parteibüro der dortigen Stadt. Selbstverständlich können Sie den „Barnitz“ in jeder Stadt abonnieren. — H. M. Hygienemassstellung am Lehrstuhl, 1879. — Kurt 14. So lange der Obermann mit dem Aufsehen der Hofran außerhalb der Wohnung einverstanden ist, ist er auch zum Unterhalt verpflichtet. Zunächst für die Klage auf Unterhalt ist die Betrag von 300 Mark das Maßsgrenz, bei höheren Beträgen das Landgericht. Wenn derartige Entscheidungen, wie Sie sie mitteilen, seitens des Rates gemacht sind, so könnte die Ehefrau beim Landgericht auf Sicherstellung ihres Rechts auf Unterhalt klagen. — Freiheit 1000. 1. Ja. Ein Beschlagnahmebefehl ist durchführbar. 2. Ja. Ihre Tochter soll sich das Unvermögen zur Befreiung der Gerichts- kosten durch den Armenanwalter bezwecken lassen und dann unter Ueberreichung dieses Attestes bei dem Gericht die Bewilligung des Armenrechts beantragen. — H. 2. 63. 1. Uns nicht bekannt. 2. Eine Vollstreckung besteht nicht. Die Regel ist 6 Uhr. — H. 2. 52. Den Nachlaß möchten Sie an die Mutter herausgeben. — H. 2. 13. Die Veranlagung besteht aus Recht. Die diesige katholische Gemeinde erhebt bei 12 M. bereits Kirchensteuer. — C. 8. 86. Sie möchten sich direkt an die Theater oder Kirche wenden. — Adm 32. Nach zutreffender Ansicht nein. — H. 8. 24. 1. Ja. 2. Der Austritt aus der Landesliste für die Kinder hat durch den Vater zu erfolgen. Auch in diesem Falle ist innerhalb vier bis sechs Wochen nach Eingang der Anmeldung der Austritt nochmals zu gerichtlichem Protokoll zu erklären. 4. Nein. — C. 6. in Dr. Wenn ein schriftlicher Rückvertrag vorliegt, so kann nach § 157 d. d. Gewerbeordnung der Lehrherr die zwangsweise polizeiliche Durchführung des Vertrages verlangen, wenn dieser die Lehre unbesetzt verläßt und der Lehrherr innerhalb einer Woche nach dem Austritt des Lehrlings den Antrag auf Rückführung bei der Polizeibehörde stellt. — H. 8. 1. Sie sind nach wie vor frantenverpflichtungspflichtig; auch wenn der Meister die Anmeldung unterlassen hat, hätte eventuell die Kasse eingutreten. — G. 8. 100. Die Verhältnisse sowohl wie die Einkünfte würden ansehbar sein, es empfiehlt sich als eventuelle sicherer Weg die Uebertragung Ihres Eigentumsrechtes an Ihre Frau. — H. 23. Die Stellungnahme der Praxen erleben Sie aus dem kenographischen Bericht des Reichstages, den Neben zum Postetat sowie zur Gewerbeordnungskommission von 1891 und 1900. — C. 20. 97. Sie sind im Unrecht. — G. 6. 2. H. Falls Ihre Schwester nicht etwa minderjährig ist, scheint leider die Klage der Kasse Aussicht auf Erfolg zu haben. Ihre Schwester wird sich tun, falls Sie eine Klage erheben sollte, sofort mit allen Papieren, insbesondere mit dem Aktienbuch die Sprechstunde aufzusuchen. — 100. Wenden Sie sich an die Versicherungsanstalt mit dem Antrage, das Nachleben herbeizuführen. Leider wird ein Erfolg nur für die letzten beiden Jahre zu erzielen sein. — H. 8. 2. Leider hätte die Berufung wenig Aussicht auf Erfolg. — W. 2. 18. 1. Nein. 2. Barzahlung kann verlangt werden. Verjährung liegt nicht vor. 3. Es muß vorher voller Ertrag gezeichnet werden, aber den Mädchen nachgewiesen werden, daß ein Verleihen ihrerseits vorliegt. Ein solches wird in der Regel vom Gericht angenommen, falls das Mädchen nicht den Gegenstand führen kann. — H. 8. 07. 1. Ein Altkönig ist der Besitzer einer Witte. Als Besitzer dieser Witte erhält er die Witte, mit der Führung des Geschäftes ist er gar nicht zu tun. 2. Ja. Es besteht Erbteilungsanspruch. 3. Die einzelnen Erbteile können wir nicht namhaft machen, die Sozialdemokratie ist gegen Vorbehalte eingetreten. 4. Das ist Anstandsfrage. — G. 2. 10. 1. Wenden Sie sich an die Staatsanwaltschaft des Gerichts, das die Beurteilung ausgeprochen hat. 2. Wenn der Vertrag nicht notariell oder gerichtlich geschlossen ist, so können beide Teile ohne weiteres von demselben zurücktreten, da für die Gültigkeit des Kaufes und Verkaufes von Grundstücken die notarielle oder gerichtliche Form vorgeschrieben ist. — W. 20. 1. Innerhalb des 29. bis 42. Tages nach Eingang der Austrittserklärung bei Gericht ist der Austritt zu Protokoll vor dem Landgericht zu erklären. 2. 150 M. 3. Bis zum 21. Lebensjahr. — G. 8. 70. Das Jahr 1906 ist maßgebend. Es kann aber trotzdem bei Reklamationen die erforderliche Auskunft verlangt werden. — H. 2. 70. Eine Klage gegen den Hauseigentümer oder gegen den Verwalter auf Zahlung der Rente wäre nicht völlig aussichtslos. Ihr Vater sollte zwecks Aufhebung der Klage aber wegen der Zweifelhaftigkeit der Aufhebung sich jedenfalls das Armenrecht erwirken. — G. 38. 1. Ja. 2. Wenn Sie ablehnen wollen, so können Sie das im Termin tun. Zwedmäßiger ist es, wenn Sie durch Vertragen schließen lassen, daß der betreffende Wertmeister beim Besagten ist, und ihn ruhig vernehmen lassen. Die Tatsache, daß er dort Verwalter ist, können Sie heranzunehmen. Ihren Antrage auf Abweisung würde kaum Erfolg gegeben werden. Ein Mittel gegen eine etwaige Befreiung gibt es nicht. — H. 2. 2. Die vertragliche Kündigungsschrift würde auch jetzt noch als maßgebend erachtet werden. — H. 23. 26. Sie hätten nach der herrschenden Ansicht auch für die Kirchensteuer Ihren Frau. Formulare zum Austritt aus der Landesliste können Sie in der Formelbuchhandlung oder beim Stadtverordneten Hoffmann, Blumenstraße 16, erhalten. — W. 9. 1. Nein. — H. 2. 2. Vetter nein. — G. 6. 30. Für den Fall einer Klage ist die Durchsetzung Ihres Anspruchs, den wir an sich in beiden Fällen für gerechtfertigt halten, insofern schwierig, als Ihnen die Beweislast obliegt und Sie die Ware vorherbehalten angenommen hatten. — H. 100. Bis Ende nächsten Jahres haben Sie noch Rentenfragen zu zahlen. — H. 2. 100. 1. und 2. Der Lohn ist soweit pflanzbar, als er 1700 M. jährlich übersteigt. Nach zutreffender Ansicht kann also erst dann geplündert werden, wenn 1700 M. Lohn in dem Jahre gezahlt sind. In den letzten Jahren haben aber mehrere Gerichte das Gesetz so ausgelegt, als ob im Wesentlichen der mehr als 29 M. betragende Wochenlohn sei pflanzbar. Fragen Sie gegen den Beschlagnahmebefehl Beschwerde ein. 3. Ja. — W. 20. 100. Nein. — C. 6. 300. Die Klage erscheint nicht aussichtslos. Der Kläger hätte aber zu beweisen, daß er sich geirrt hat und den Arrentum erst später bemerkt hat. — H. 2. 24. 1. Wenden Sie sich an die Bibliothek Alexanderplatz. 2. Der Zeitschein ist nicht erforderlich, wird aber in der Regel verlangt. — H. 6. 14. Die Auffassung kann den Tatsachen entsprechen. Sie könnten aber Befreiung der Kosten durch das Gericht verlangen, dadurch würde etwa eine Mark Unkosten entstehen. — H. 110. Wenden Sie sich an einen Arzt oder an die Oberärz. — W. 2. 543. Die Stadt möchte erst klagen. — 100. 2. Der Wirt ist in Ihrem Falle schadenlospflichtig, falls er Schuld an dem Schuppen-einsturz trägt. Sie können Ihre Schadenersatzklage auch unabhängig von dem Strafverfahren im Zivilverfahren anhängig machen. — Wette 3. Ja. — G. 12. Ja, wenn nicht von vornherein aus der Abrede oder aus den Umständen sich ergibt, daß ohne Klärung oder nur auf wenige Tage ausschließliche die Beschäftigung stattfinden sollte. — H. 23. 14. Nach der herrschenden Ansicht ja. — Sie haben wiederholt dargelegt, daß wir entgegengelegter Ansicht sind, und raten, es auf einen Prozeß ankommen zu lassen.

# Inerate

für die nächste Nummer müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags des vorherigen Tages in unserer Expedition abgegeben werden.

## Größere Anzeigen

für die Sonntags-Nummer

erbitten dagegen schon bis Freitag nachmittag 5 Uhr, da nur in diesem Falle die Aufnahme garantiert werden kann.



Nur den Inhalt der Intenat...  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

**Theater.**  
Dienstag, 12. November.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Kgl. Opernhaus. **Wida.**  
Kgl. Schauspielhaus. Der letzte  
Funke.  
Deutsches. Prinz Friedrich von  
Homburg.  
Kammerspiele. Diebel. (An-  
fang 8 Uhr.)  
Theater an der Spree. Am  
grünen Weg.  
Anfang 8 Uhr.  
Jeffing. Hedda Gabler.  
Stenes Schauspielhaus. Judith.  
Schiller O. (Schiller-Theater.)  
Höy von Berlichingen.  
Schiller Charlottenburg. Ros-  
merholm.  
Friedrich, Wilhelmstadt. Schau-  
spielhaus. Vaterland.  
Berliner. Rean.  
Kenes. Die Waffen wieder!  
Kleines. Maria Magdalene.  
Neutral. Robert und Bertram.  
Vorling. Hans Heiling.  
Residenz. Ganz der Papa.  
Komische Oper. Diebel.  
Westen. Die lustige Witwe.  
Kammerspiele. Die lustige Witwe.  
Trianon. Fräulein Josefte - meine  
Frau.  
Thalia. Die gelbe Gefahr.  
Luisen. Die beiden Reichenmüller.  
Bernhard Rose. Diebel.  
Metropol. Das muß man seh'n.  
Hypok. Schloßer Schiffer. Spe-  
zialitäten.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Nolles Caprice. Gefährliche Lie-  
be.  
Cafino. Diebel.  
Weber. Herrnsfeld. Madame Wig-  
Wag. Es lebe das Nachleben.  
Vahner. Paula Wirth. Spezia-  
litäten.  
Prater. Das Mädchen von Heil-  
bronn.  
Parodie. Japfenstreich. Nonna  
Donna. Der Traubendauer.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Palast. Tante Naischen. Spezia-  
litäten.  
Carl Haberland. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Urania. Fandorastraße 18/19.  
Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.  
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.  
Zur Beobachtung: Mars, Saturn,  
Doppelsterne, Nebelstöße.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Ueber den Brenner nach Venedig.  
Invalidenstr. 57-62; Sternwarte.  
Zur Beobachtung: Mars, Saturn,  
Doppelsterne, Nebelstöße.

**Residenz-Theater.**  
8 Uhr  
Direktion: Richard Alexander.  
**Ganz der Papa.**  
Schwan in 3 Akten von Mars und  
Desoailhères. Deutsch v. R. Schönau.  
Baron des Kubraiz: R. Alexander.  
Sonntag, den 17. November, nach-  
mittags 3 Uhr: Der Prinzgemahl.

**Luisen-Theater**  
Reichenbergerstr. 34.  
Abends 8 Uhr:  
**Die beiden Reichenmüller.**  
Mittwoch: Ritterkrieg.  
Donnerstag: Berlin wie es meint  
und lacht.  
Freitag: Bartel Turker.  
Sonntag nachm. 4 Uhr: Ene-  
wittchen. Abends 8 Uhr: Am Tage  
des Gerichts.

**BERNHARD ROSE THEATER**  
H. Fandorastr. 18/19  
**Othello.**  
Anfang 8 Uhr.  
Bodenstagespreise.  
Mittwoch: Galkspiel Below - Oper:  
Der Baffeln Schmelz.  
Donnerstag: Spree-Althener.

**Theater an der Spree**  
Köpnickstraße 68.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Am grünen Weg.**  
Ein Stück heiteres Berlin von  
Heinrich Lee.

**Rixdorfer Theater**  
Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.  
Mittwoch, den 13. November:  
**Die Kinder der Exzellenz.**  
Lustspiel in 4 Akten v. E. v. Wolzogen  
und H. Schumann.  
Anfang 8 Uhr.

**Metropol-Theater**  
Anfang präzis 8 Uhr.  
**Das muß man seh'n!!**  
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern)  
von J. Freund. Musik von Viktor  
Hollaender. In Szene gesetzt  
von Direktor Richard Schultz.  
G. Thielscher a. D., F. Massary  
B. Darmand a. D.  
Bender, Giampietro, Josephi  
Rauchen überall gestattet.  
Sonntag, 17. November,  
nachmittags 3 Uhr:

**Die Herren von Maxim.**  
**WINTERGARTEN**  
**Neues  
glänzendes  
Programm.**

**Apollo Theater**  
Ab 8 Uhr:  
**Die hervorragenden Attraktionen.**  
9 1/2 Uhr: Der Clown der Saison:  
Sylvester Schäffer jr.  
der berühmte Universalkünstler.

**Palast-Theater**  
Burgstraße 24.  
Heute 8 Uhr. Entree 20 Pf.  
**Gisella und Max**  
musikalischer Akt.  
**Die 4 Theodors**  
**Omer Sait-Trio**  
**Novelty Cascadeure**  
**Unsere Käte**  
Lustspiel  
u. 9 erstklassige Nummern.

**Central-Theater.**  
8 Uhr: Robert u. Bertram.  
Poffe mit Gesang und Tanz in vier  
Akten von G. Kaeber.  
**Sanssouci** Kottbuser-  
Straße 6.  
Direktion: Wilhelm Reimer.  
Heute Dienstag wegen  
gr. Versammlung  
geschlossen.  
Sonntag, Montag und  
Donnerstag:  
Hoffmanns Nordd. Sänger  
u. Tanzkränzen.  
Sonnt. Beg. 5, moent. 8 II.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Götz von Berlichingen.**  
Schauspiel in fünf Aufzügen von  
Johann Wolfgang v. Goethe.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Reiterattache.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Götz von Berlichingen.**

**Schiller-Saal (Schiller-Theater)**  
Charlottenburg.  
Dienstag abends 8 Uhr: Konzertabend: Richard Konneke (Gesang),  
Georg Vertram (Klavier).  
Mittwoch abends 9 Uhr: Vortrag Dr. Max Ceborn: Wilhelm  
Leibniz. Mit Lichtbildern. 7. Vortrag des Jotius: Mater der Mensch.

**Zirkus Schumann**  
Heute Dienstag, 12. November,  
abends präzis 7 1/2 Uhr:  
Extra Gala-Vorstellung. — Großes  
Programm und der größte und beste  
Luft-Akt der Gegenwart.  
Direkt von Amerika.  
**6 fliegende 2 Damen**  
**Banvards 4 Herren**  
Phänomene, alles neue Original-  
Tricks. — Herr E. Schumann auf dem  
Vollbiller „Adria“. — Die Toran,  
die Florence, Barflore-Reiterinnen. —  
Chester H. Dieck, der un-  
übertreffliche Trid-Rollist u. die groß-  
artigen November-Spezialitäten und  
Direktor Alb. Schumanns neue und  
moderne Dressuren.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Eine Fortf. d. „Lustig. Heidelberger“.  
Ein Fest  
**Auf dem Neckar**  
Die diesj. große Wasserpantomime.

**Walhalla-  
Variete-Theater**  
Weinbergweg 19/20, Rosenth. Tor.  
Anfang 8 Uhr.  
Das grandiose Novemb.-Programm  
**Die urkomische  
Handpantomime**  
„Aus einer kleinen Garnison“,  
dargestellt von 30 Hunden.  
**7 japanische Holzkünstler**  
u. a.: Der Schwertopferung.  
Perzios Offen. Papageno: 12  
großartige Spezialitäten 12  
Tunnel: 3 Kapellen-Konzert.  
Theaterbesuchern freier Eintritt.

**Schiller-Theater Charlottenburg.**  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Reiterattache.**  
Schauspiel in 4 Akten v. Heril Rosen.  
Deutsch von Wilhelm Lange.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Die Hermannschlacht.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Reiterattache.**

**XIII. Saison.  
Zirkus Busch**  
Dienstag, den 12. November,  
abends präzis 7 1/2 Uhr:  
Große Vorstellung! U. a.:  
Orig. japanische Fechtkünstler  
Ono und Ota.  
Geschwister Amato. — Vermotte-  
Carpatis-Truppe. — Geschwister  
Pissanti. — Herr Burkhardt-  
Footitt, Schulreitor. — Herr  
Ernst Schumanns Neudressuren.  
Um 10 1/2 Uhr:  
**Auf der Hallig.**  
Rieser- Illusions- Akte  
unter Wasser.

**Passage-Theater.**  
**Paula Wirth**  
!  
**die Diva  
rediviva**  
u. d. großartige Novemberprog.  
Theater  
**Folies Caprice**  
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.  
\* Rabbi Meseritsch. \*  
Bunter Teil.  
**Geteilte Liebe.**  
Anfang 8 Uhr.

**Haben Sie schon  
Deutschen Konzerthallen,  
An der Spandauerbrücke 3, besucht???**

**Schwarzer Adler**  
Friedrichsberg.  
Bernspracher Nr. 8.  
Restaurant und Festhalle.  
Am Mittwoch, den 13. November, Mittwoch, den 27. November,  
und Mittwoch, den 11. Dezember 1907:  
**3 große Militär-Streichkonzerte.**  
Ausgeführt von der Regimentskapelle des II. Garde-  
Dragoner-Regiments unter Leitung ihres Dirigenten A. Poschko.  
Nach dem Konzert: **Tanzkränzchen.**  
Anfang 8 Uhr. Billets im Vorverkauf 20 Pf.

**Neu! Der lebende Christbaum! Neu!**  
Nagerbrechlicher lebender Ster-  
nen-Christbaum schmuck wie  
bedenkende Zeichnung. — Von  
Solamen-Engeln getragene, gold-  
lackierte Sterne sehen sich nach An-  
sichten der Herzen in rotierende  
Bewegung. Diese, in den Zweigen  
angebracht, macht den Christbaum  
vollständig lebend. Preis 6 Stück  
1,35 Mark.  
1 Kiste Brauchschmuck, hochfein,  
künstlerisch ausgeführter Glas-  
Christbaumschmuck, geschmackvoll  
sortiert, eine wirkliche Brauch-  
kollektion, per Kiste 4,70 Mark.  
Auf Wunsch liefern Sortiments-  
listen in jeder Preislage.  
Brillant-Blumen, sind einzig in  
ihrer Art, ihr glühendes, strahlen-  
des Licht ist eine unvergleichliche  
Pracht, verleiht dem Christbaume  
einen wahrhaft lebhaften Glanz.  
Preis per Duzend 60 Pf.  
Wunderkerzen, die großartige  
Christbaumbeleuchtung, tauschende  
und abergläubische goldene Sterne  
umsprechen den Christbaum durch-  
aus geschmackvoll, umfamt 35 Pf.  
Verlang per Nachnahme, wenn nicht  
erhält, Betrag retour. Kein Risiko!  
Weihnachts-Brauchkatalog, tau-  
sende Zeichnungen über Spielwaren,  
Puppen, Christbaumschmuck, Soling-  
er Fabrikwaren, Gold, Silber, Leder,  
optische, Musik- und Steinwaren,  
eine Fülle reizender Geschenkartikel,  
ohne Kaufzwang, umfamt u. franko.

**Kirberg & Comp., Foche bei Solingen Nr. 38.**  
Bestelltes Versandhaus des Solinger Industriebezirks.

**Gebr. Herrnsfeld-  
Theater.**  
57 Kommandantenstraße Nr. 57.  
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2.  
Zum 102. Male:  
**Madame Wig-Wag**  
Operetten-Parl. Lust v. 2. Hal.  
Zum 127. Male:  
**Es lebe das  
Nachleben!**  
Separat-Bühne in 2 Akten.  
Beide Stücke mit den Autoren  
Anton und Donat Herrnsfeld.  
Sonntag 3 Uhr, halbe Preise:  
**Die Meyerhains**  
mit Anton und Donat Herrnsfeld.

**Theater des Zentrums.**  
Sophien-Säle, Sophienstraße 17/18.  
**Bis früh um Fünfe**  
v. Aren u. Hippelsh. Lust v. P. Binde.  
Anfang 8 Uhr. Kleine Preise.

**W. Noacks Theater**  
Direktion: Rob. Ott. Brunnstr. 16.  
**Verlorene Ehre.**  
Sog. Schausp. v. Bohmann-Riegen.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Ehren- und Vorzugskarten gültig!  
Donnerstag: Renore d. Grabesbraut.

**Prater-Theater**  
Bürgerliches Schauspielhaus.  
Katholiken-Allee 7-9.  
\* Im Abonnement! \*  
**Das Mädchen von Heilbronn.**  
Schauspiel in 5 Akten von G. Reiff.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen Mittwoch: Die Räuber.

**Fröbel's Allerlei-Theater**  
Schönhauser Allee 148.  
Dienstag, den 12. November 1907:  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.  
**Vom Thron zum Schafott.**  
Historisches Drama in 5 Aufzügen  
von Fr. Diez.  
Anf. 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.

**Trianon-Theater.**  
Fräulein Josefte — meine Frau.  
Anfang 8 Uhr.

**Kajino-Theater.**  
Loffringstr. 37. Täglich 8 Uhr:  
**Biederleute.**  
Komödie in 4 Akten v. Rob. Misch.  
Berber das pläns. bunte Programm.  
Sonntag 4 Uhr: Die wilde Jagd.

**Reichshallen-Theater.**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
Britton  
als  
Kute im  
Familien-  
bad  
Wausjee.  
Anf. Bochent. 8. Sonntags 7 Uhr.

**Buggenhagen**  
Moritzplatz.  
im Theatersaal täglich:  
Das neue  
**November-Programm.**  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Sonntags 7 Uhr. (Sonntags  
referiert 1 Mark, Entree 50 Pf.)  
Familienbillets 40 Pf.  
Unter  
täglich  
**Militär-Konzert.**  
Beder, Prgywarst, Gördich,  
Reumann, Offenes und Müllig.

**Bruch-Pollmann**  
empfiehlt ein Lager in Bruchbandagen,  
Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen,  
Suspensorien sowie sämtliche Artikel  
zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt.  
Hüter, J. Ortis u. Hüls-Strantenfolien.  
Berlin O., 58014.

**30. Finien-Straße 30.**  
Alle Bruchbänder mit elastischen Fel-  
loten, angenehm u. weich am Körper.

**Achtung!  
Vorstenland-Decke**  
zweite Vollblattlänge per Pfd. 1,80  
**Hamburger Rohabak-Haus**  
Filiale Berlin N., Brunnenstr. 190

**Gratis**  
6 Stück 25 Pf., ein große doppelseitige  
Wollen, keine Farbe, beim Einlauf einer  
Spezialmaschine oder einer selbststän-  
digen Kullmaschine auf Teilzahlung.  
— Wochenrate nur 1 Mark. —  
Gegen Kasse billige Preise.  
**J. Kurzberg,**  
Gesellschaft: Rosenthalerstr. 46/47,  
am Badischen Markt.  
2. Geschl.:  
An der Jannowitzbrücke 1, 1.

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung Deiner  
elegante fertige 1907  
**Herrn-Garderoben**  
Wring für Waag.  
Anfertigung nach Maass.  
Zweifellose Ausführung.  
**Julius Fabian,**  
Schneidermeister,  
Gr. Frankfurterstr. 37,  
Eingang Streusalberger Weg.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Damen,**  
die viel Geld sparen wollen, kaufen ihre  
Mäntel, Kostüme, Jacketts, Röcke etc.  
im Engros-Geschäft von **A. Schwarz**  
für die Hälfte des regulären Preises.  
Wasmannstr. 1, Ecke Landsbergerstr.  
I. Etg. Kein Laden. Gr. Lager.

**Hygienische**  
Bedarfsartikel, Neues Katalog  
empfehl. viel Ansert. Prof. gran. u. G.  
H. Unger, Gummiwarenfabrik  
Berlin NW., Friedrichstraße 91/92.

**Dr. Schünemann**  
Spezial-Arzt für 1492  
Haut- und Harnleiden,  
Frauenkrankheiten.  
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.  
10-2, 5-7. Sonnt. 10-12 Uhr.

**Hygienische**  
Bedarfsartikel,  
Gummivarren, 1000e Anerk.  
V. Prof. u. Aerst. empf. bill.  
Apoth. S. Schwalters Fab.  
byg. Frisp., Berlin O., Holz-  
marktstr. 69-70. Off. verlang.

**BERLINER  
Ausstellungs-  
LOSE à 1  
Mk.**  
Ziehung unwiderruflich 5. Dezember  
und folgende Tage.  
16891 Gewinne i. Gesamtwerte von  
**300 000 Mark**  
Hauptgewinne à 60 000, 40 000, 25 000  
u. zw. usw. sind in  
Lotterie-Geschäften, fast  
allen Zigarrengeschäften  
u. d. durch Plakate kennt-  
lichen Verkaufsstellen zu  
haben.

**Damenpenden**  
Fächer, Dbd. von 60 Pf. an,  
Mägen, Dbd. von 25 Pf. an,  
Originale Füllartikel, Ansteck-  
sachen usw., Knallbonbons  
Dbd. 30 Pf. an, (6242\*)  
Girlanden, Vereinsbedarf all. Art.  
Verleihen Engrospreise im Rabatt.  
Markgrafenstr. 99, Folgebäude.  
Kaufst. Preisliste gratis u. franko.

**Butter** Befest. Lando  
garant. natur.  
Stückbutter 10 Pf. + Kost 7,20 Pf.,  
10 Pf. + Dose mit Bienenhonig 1,50 Pf.,  
3 B. 1/2 Butter, 1/2 Dose 5,50.  
**Toni Antermann, Buczacz**  
via Breslau No. 6.

**Echte Haarerer  
Blumen-Zwiebeln**  
als Spezialität: Hyazinthen für  
Gläser, preiswerte Hyazinthen,  
Tulpen, Anemone usw. für Garten-  
beete empfehlen in besonderer  
Weise und lebendigerer Qualität  
Landsbergerstr. 64,  
**E. Boese & Co.**, am Alexanderpl.  
amt VII. 81.

**Verantwortlicher Redakteur:** Hans Weber, Berlin. Für den  
Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-  
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.



Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 9. November 1907.

Börsenwetter. — Geldkürzung. — Produktionsbeschränkung. — Kartellpreispolitik. — Arbeitsmarkt.

Vor kurzem konnte man zu der Ansicht verführt werden, als sei der Börse wenigstens leidlich gutes Herbstwetter beschert, als werde die Spannung auf dem Geldmarkt sicher besseren Verhältnissen Platz machen und die Ultimo-Liquidationen würden sich ruhig und ohne Störungen vollziehen. Nun hat sich mit dem Kupferkrach in den Vereinigten Staaten die Situation vollständig verändert. Die Illusionen sind jetzt gründlich zerstört. Und auch heute ist noch nicht abzusehen, welche Kreise die Finanzkrise noch ziehen wird und wie lange die augenblicklich sehr unerquickliche Lage anhält. Nach den Berührungsbulletins von drüben nähert man sich dort ja wieder normalen Verhältnissen, aber obwohl die Finanzgrößen helfen, die Situation günstig erscheinen zu lassen, kann doch kein Zweifel darüber sein, daß nicht nur Amerika längt nicht aus der Finanzlemme heraus ist, daß vielmehr sein Goldhunger für Europa gefährlich werden kann. Die Erhöhung des Diskonts der Bank von England auf 7 Proz. wirkte wie ein lösendes Warnungssignal. Es ist mehr! Es ist eine Abwehrmaßnahme gegen amerikanische Bestrebungen, die die Bank von England, die stolze Königin des Geldmarktes, ergreifen mußte. Und die deutsche Reichsbank ist ihr schleunigst gefolgt. Auf 7 1/2 Proz. hat diese ihren Diskont erhöht, auf 8 1/2 Proz. bei Darlehen gegen Verpfändung von Effekten und Waren. Das ebentuell eine Erhöhung um 1 Proz., auf 7 resp. 8 Proz. erfolgen werde, darauf war man vorbereitet. Die Reichsbank ist darüber hinausgegangen. Sie muß also wohl mit einer noch weiteren Verschärfung der Lage rechnen. Die Veränderung der Situation wird am besten durch die Tatsache beleuchtet, daß die Reichsbank vor 14 Tagen noch glaubte, mit einem Diskont von 5 1/2 Proz. auskommen zu können und sie nun bis auf 7 1/2 Proz. hinaufgehen mußte. Immerhin kann konstatiert werden, daß sich der europäische, speziell der deutsche Wirtschaftsmarkt den von Amerika ausgehenden Erschütterungen gegenüber ziemlich widerstandsfähig erwiesen hat. Da zeigt sich der Januskopf der Kartelle und Syndikate. Durch ihre Preispolitik erhöhen diese Organisationen, die die Spannung zwischen Selbstkosten und Preise vergrößern, die Störung im Kreislauf Erzeugung—Konsum; andererseits hemmen sie durch Kontingenzierung der Erzeugung und Preisgarantie das Einsetzen anarchoistischer Zustände, wilde Preisereaktionen und anglistisches Zurückweichen der Unternehmungslust. Eine wesentliche Stütze findet der Markt jetzt aber auch in der viel besetzten Diskontpolitik der Reichsbank. Dadurch, daß sie den

Zinsfuß im laufenden Jahre nicht unter 4 Proz. hinabgehen ließ, hat sie wesentlich dazu beigetragen, ein allzu süßes Vorgehen der Spekulation zu verhindern. Deren weit über das Bedürfnis hinausgehende Eindeckungen haben die Krise im Jahre 1901 wesentlich verschärft. Hätte die Reichsbank dem Verlangen nach billigerem Gelde entsprochen, dann wären Leute die Engagements viel umfangreicher, und die jetzige gedrückte Lage auf dem Eisenmarkt würde einen schon mehr katastrophentartigen Charakter tragen. Aber auch ohnedem ist die Situation ernst genug. Wenn heute noch bestritten wird, daß eine Krise kommt, dann muß man dabei an Katastrophen denken, wie sie wohl früher mit dem Begriff Krise verbunden waren: allgemeiner Zusammenbruch, Betriebsstilllegungen, Massenentlassungen usw. Tatsächlich befinden wir uns bereits in der Krise. Die Preise auf dem Eisenmarkt sind schon erheblich geworfen. Das bleibt nicht ohne Rückwirkung auf die Lohnverhältnisse. Es haben sich aber auch schon vielfach Betriebsbeschränkungen notwendig gemacht; teilweise sind Arbeiter entlassen worden, andere arbeiten mit verkürzter Arbeitszeit. Feierschichten werden eingelegt. Das ist schon Krise genug, um so mehr, weil die Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt begleitet ist von einem unerhöhten Preisstand für Lebensmittel. Und die immer weiter ziehenden Kreise des amerikanischen Finanzkrachs mit der exorbitanten Geldkürzung, deren Höhepunkt mit dem Diskontsatz von 7 1/2 Proz. jedenfalls noch nicht erreicht ist, können noch unangenehme Ueberraschungen genug bringen. Dazu tritt dann die unheilvolle Preispolitik der Rohmaterialverbände, die an den Hochkonjunkturpreisen festhalten, damit das Mißverhältnis zwischen Selbstkosten und Verkaufspreisen der Weiterverarbeiter immer mehr vergrößern und letztere dadurch zwingen, ihre Produktion einzuschränken, weil ihnen die Wettbewerbsmöglichkeit auf dem Außenmarkt unterbunden wird. Der hohe Geldpreis treibt die Internierungslust weit zurück, schreckt sie ab, so daß selbst zu reduzierten Preisen keine Aufträge abgegeben werden. Auf dem Innenmarkt schwächt die Nachfrage ab. Wenn man nach den Ergebnissen der Ankerkassenstatistik urteilen wollte, dann müßten allerdings die Verhältnisse noch sehr günstig sein. Nach den Berichten der Ankerkassen ist z. B. die Zahl der Beschäftigten im September d. J. größer als im Vorjahre. Der Schluß: dann muß auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt sehr gut sein, ist irrig. Man darf nicht lediglich nach der Zahl der Beschäftigten urteilen, es müssen auch die anderen mitbestimmenden Faktoren berücksichtigt werden, sonst kommt man zu einer unbedingten optimistischen Auffassung. Zunächst darf nicht vergessen werden, daß die Bevölkerung gemindert ist, dann aber auch arbeiten die jetzt Beschäftigten weniger. Im vergangenen Jahre wurden noch massenhaft Ueber-schichten gemacht, jetzt sind an deren Stelle die schon besprochenen

Produktions- und Arbeitsbeschränkungen getreten. In den Jahren 1901 und 1902, auch noch 1903, hatten wir unbetritten eine Krise, die Löhne waren gegen 1899 und 1900 teilweise ganz bedeutend gesunken. Trotzdem hat sich nach den Ausweisen der gewerblichen Berufsgenossenschaften die Zahl der Beschäftigten von 6 928 894 im Jahre 1900 auf 7 100 537 im Jahre 1902 und auf 7 468 484 im Jahre 1903 erhöht. Für den Arbeiter ist schlechte Konjunktur, wenn sein Einkommen sich infolge der Ungunst der Wirtschaftslage vermindert, und für manchen Arbeiter haben sich die Erwerbsverhältnisse schon bedenklich verschlechtert. Für die Arbeiterschaft wäre es verberblicher Optimismus, wenn sie, auf schnelle Besserung der Verhältnisse hoffend, tatelos die Hände in den Schoß legt. Sie hat alle Veranlassung, alles aufzubieten, um den kommenden Ereignissen gegenüber gerüstet zu sein. Ihre Organisationen muß sie stärken, sie muß sich kampfs- und widerstandsfähig machen, damit nicht auf ihre Schultern allein die Kosten der Krise abgemälzt werden.

Vermischtes.

Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich, wie uns aus Gera gemeldet wird, am Sonnabend bei Jena auf der Linie Gera-Weimar. Ein Güterzug fuhr bei der Einfahrt auf einen Rangierzug. Auf den stark mit Reis überzogenen Schienen versagten die Bremsen. Der Anprall war so heftig, daß 15 Güterwagen zertrümmert wurden. Fünf in Gera und Unterweimar wohnhafte Bremser wurden schwer verletzt. Einer soll bereits gestorben sein. Die Betriebsstörung nahm 10 Stunden in Anspruch.

Ein zweifacher Mord oder Selbstmord wurde gestern früh in Hannover entdeckt. Gegen 10 Uhr vormittags fand man im Holzgraben in der Ellenriede in der Nähe einer Waldwirtschaft die beiden unverheirateten Geschwister Frida und Emma Scheele von dort mit durchschnittenen Pulsadern tot auf. Die beiden im Alter von 58 und 60 Jahren stehenden Schwestern sind nach dem Befund indessen nicht durch Verblutung, sondern infolge Ersticken gestorben. Am Ufer des Grabens fand man zwei Messer. Die Damen lebten in guten Verhältnissen. Die Annahme der Untersuchungskommission lautet auf Mord. Man nimmt an, daß die beiden Schwestern überfallen, beraubt, mit dem Messer bearbeitet und dann in den Graben geworfen wurden.

Eine Feuersbrunst — 2000 Obdachlose! Nach einer Meldung aus Iquique (Westküste Südamerikas) sind durch eine große Feuersbrunst gegen 2000 Personen obdachlos geworden.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

Diese Woche sowohl Vorrat

ALEXANDERPLATZ

Lebensmittel

Gemüse-Konserven

Table with 3 columns: Product name, 1/2 Dose price, 1/2 Dose price. Includes items like Pa. Stangenspargel, Stangenspargel, Bruchspargel, etc.

Besonders preiswert:

Table with 3 columns: Product name, 1/2 Dose price, 1/2 Dose price. Includes items like Riesen-Stangenspargel, Leipziger Allerlei, Spinat, etc.

Frucht-Konserven

Table with 3 columns: Product name, 1/2 Dose price, 1/2 Dose price. Includes items like Aprikosen, Pfirsiche, Birnen, Ananas-Erdbeeren, etc.

Wurstwaren

Table with 2 columns: Product name, Price. Includes items like Prima Cervelatwurst, Prima Salamiwurst, Mettwurst, etc.

Wild

Table with 3 columns: Product name, Price, Price. Includes items like Prima Hasen, Prima starke Hasen, Rehwild, Fasanen, etc.

Fischkonserven

Table with 3 columns: Product name, Price, Price. Includes items like Sardinen in Oel, Kieler Sprotten, Norweg. Sardinen, etc.

Table with 3 columns: Product name, Price, Price. Includes items like Prima Kochäpfel, Prima Kochbirnen.

Table with 3 columns: Product name, Price, Price. Includes items like Gebrannter Kaffee, Tee-Specialmischungen.

Table with 3 columns: Product name, Price, Price. Includes items like Haferflocken, Hafergrütze, Grünkern, etc.

Geräuch. Lachs

in ganzen Selten Pfd. 70 Pf. in Stücken à 1 Pfd. Pfd. 80 Pf.

Table with 3 columns: Product name, Price, Price. Includes items like Calif. Birnen, Calif. Pfirsiche, Calif. Pflaumen, etc.

Table with 3 columns: Product name, Price, Price. Includes items like Haushalt-Cakes, Teekuchen, Chok. Cakes, etc.



# Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 12. November cr., abends 8 Uhr:

## Volks-Versammlung

in den „Germania-Prachtsälen“, Chausseest. 110.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Redakteurs Heinrich Ströbel: „Grundsätzliche Politik ist Realpolitik!“
2. Diskussion.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vorstand.

287/19

# Schöneberg.

Heute Dienstag, 12. November, abends 8 Uhr, im Lokal „Schwarzer Adler“, Hauptstraße 134:

## Volksversammlung

Tages-Ordnung:

„Die Sozialdemokratie im Roten Haus“. Referent: Stadtverordn. Emanuel Wurm.

Zahlreichen Besuch erwartet

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

# Verein Berliner Hausdiener.

Mitgliedschaft I des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Die Sperre gegen die Firma A. Jandorf u. Co. sowie Kaufhaus des Westens für Hausdiener, Schaffner, Pader, Fahstuhlführer, Radfahrer, Motorführer usw.

ist hiermit aufgehoben!

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Mitgliedschaft I (Adlerstr. 5).

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

**Achtung! Bodenleger! Achtung!**  
Sente, Dienstag, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

**Kommissionsitzung mit Vertrauensleuten.**

Hierzu sind die Kollegen der Firma Scholz eingeladen, auch die, die in letzter Zeit dort gearbeitet haben, sowie die Kollegen Zelle, Köpfer, Krüchte und Schiefinger.

Der Obmann.

Donnerstag, den 14. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Freyer, Köpenickerstr. 29 (früher Keller):

# General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kasserbericht vom dritten Quartal. 2. Bericht des Vorstandes, Bericht des Bilanzkomitees, der Arbeitsvermittler, der Werkstattkontrollkommission und der Schlichtungskommission. 3. Wahl eines Mitgliedes zum Ausschuss. 4. Verbandsangelegenheiten.

Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet

Die Ortsverwaltung.



Zur Aufklärung!

Dr. Schmeißers Saucen-Würfel dient nicht, wie vielfach fälschlich angenommen wird, als Zusatz oder Verbesserung für fertige Saucen, sondern zur ursprünglichen Herstellung derselben ohne irgend welche weitere Zutaten. Heberg & Co. Fabrik, M. Schmeißers Nahrungsmittel-Fabrik, G. m. b. H., Leipzig. Filiale Berlin, Granienburgerstr. 17. Amt IIIa 4729.

Von jetzt an befindet sich das

Frankfurter Waren-Kredit-Haus

von

M. H. Stier

Prinzenstr. 55.

1 Mark Anzahlung,

Abzahlung 50 Pfg.

Wäsche, Gardinen,

Spiegel, Bilder.

Ferner

Betten, Teppiche,

Perliern, Stepp-

decken, Läufer,

Uhren, Herren-Garderobe, Kostüm-

rücke, Blusen, Gas- und

Petroleumkronen, Kinderwagen

bei mäßiger

An- und Abzahlung.

Besuch oder Postkarte erbeten.

# Orts-Krankenkasse des Zimmerergewerbes zu Berlin.

Mittwoch, den 20. November, vormittags 10 Uhr, findet im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 7, eine Verammlung der Arbeitgeber, welche Beiträge zur Kasse aus eigenen Mitteln leisten, statt.

Tages-Ordnung: Wahl von 23 Vertretern zur General-Versammlung pro 1908.

In demselben Lokal und zu derselben Zeit, doch getrennt, findet eine Verammlung der Kassennmitglieder (Arbeitnehmer) statt.

Tages-Ordnung: Wahl von 46 Vertretern zur General-Versammlung pro 1908.

Das Quittungsbuch legitimiert und ist beim Eintritt in das Lokal den Kontrollleuten vorzulegen.

Freitag, den 22. November, abends 8 Uhr, findet im genannten Lokal, Saal 10, die

## Ordentliche General-Versammlung

statt.

Tages-Ordnung: 1. Wahl von 3 Vorstandsmitgliedern (Arbeitgeber). 2. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern (Arbeitnehmer). 3. Wahl des Prüfungsausschusses. 4. Beschlusstimmung über die Forderung bezw. Festsetzung der ordentlichen Tagelöhne (§ 4 des Statuts) und die dadurch notwendig gewordene Festsetzung der Kasseneinlagen bezw. der Kassenzbeiträge. 5. Verschiedenes.

Die am 21. November 1908 gewählten Vertreter werden hierzu eingeladen.

A. Brunzel, E. Petermann, Vorsitzender, Schriftführer.

# Graue Haare.

Kopf u. Bart erhalten ihre natürliche Farbe in kurzer Zeit wachst nur wieder durch den kräftig empfohlenen

Haar-Regenerator

saft, glänzt und unerschütterlich, von

Aug. Schweingruber, Berlin R. 323

Charlottenstr. 31, Geogr. 1892

5 Flacon M. 2.50, Probelasche M. 1.50

Verpackung 50 Pfg. und Paktpost.

Nach Einsendung v. M. 1,- mit

Postanweisung sende ich sofort ein

Mustertlagon, frei Haus!

# Ortskrankenkasse für die Wäschefabrikation.

Nach §§ 48 und 49 des Statuts soll die Generalversammlung aus Vertretern der Kassennmitglieder und deren Arbeitgeber bestehen, welche in gleicher Zahl auf 3 Jahre gewählt werden.

Die Neuwahlen der Vertreter pro 1908/10 sowie der Ersatzvertreter finden in 65 Abteilungen am 22. und 23. November d. J. statt. Wahlberechtigt und wählbar sind alle Kassennmitglieder, die das 21. Lebensjahr vollendet und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind, sowie diejenigen Arbeitgeber, die aus eigenen Mitteln Beiträge für Kassennmitglieder zahlen.

Die einzelnen Wahlabteilungen, der Ort und die Stunde der Wahlen sowie die Anzahl der von jeder Abteilung zu wählenden Vertreter und Ersatzvertreter werden durch Anschlag im Kassenzlokal und in den Betriebsräumen der Arbeitgeber bekannt gemacht.

Der unterzeichnete Vorstand ladet hierdurch alle Wahlberechtigten zur Teilnahme an den Wahlen ergebenst ein.

Berlin, den 11. November 1907.

Der Vorstand.

Emil Sternberg, Vorsitzender, Klosterstr. 86.

# SALAMANDER Stiefel



werden von den Angehörigen aller Gesellschaftskreise getragen und sind als das hervorragendste Erzeugnis der deutschen Schuhindustrie anerkannt.

Einheitspreis für Damen u. Herren M. 12.50

Luxusausführung M. 16.50

SALAMANDER Schuh-Ges. m. b. H.

Centrale W. Friedrichstrasse 182

C. Königstrasse 47

SW. Friedrichstrasse 221

Fordern Sie Musterbuch

Kräftigend und nervenstärkend!  
Das gesündeste Frühstücksgetränk!  
Unerreichtes Nähr- und Kräftigungsmittel!

Verlangen Sie Broschüre und Gutachten über Marmelade von Fritz Sauer, Berlin W. 30, Barbarossastraße 20.

# H. Pfau

C., Klosterstraße 30 (T. I. 6317).



Bruchbänder und Bandagen, Gecadebatter, Leibbinder, orthopädische Apparate, künstl. Glieder, Korsetts u. alle Artikel zur Krankenpflege. Für Damen auf Wunsch weibliche Bedienung. Lieferant für alle Krankenkassen.

# Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.

Wolle-Reste! Moquette.

Pflach-Reste! Satteltaschen.

Maatort h. n. h. Angabe franko.

Berlin, Oranienstr. 158.

# Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).

## Weihnachtsprämien für unsere Abonnenten.

Bir empfehlen unseren Lesern

Ferdinand Freiligraths sämtliche Werke

in vorzüglicher Ausstattung, gebunden in drei eleganten Leinwandbänden, statt zu dem bisherigen Preise von 5.- Mark für nur 3.- Mark. (Porto nach außerhalb 50 Pf.) Die politischen und sozialen Gedichte Freiligraths sollten die Arbeiter veranlassen, diesen Dichter des Kampfes mehr als bisher kennen zu lernen.

Ferner liefern wir in einer neuen illustrierten Ausgabe ebenfalls zum Vorgangspreise:

Friedrich Gerstäckers Werke

in zwei Bänden gebunden und über 1000 Seiten stark, zum Preise von 3.50 Mark. (Porto nach außerhalb 50 Pf.) In seinen romantischen Reiseromanen verbindet er die Schilderung vermögenter Naturkurorten, namentlich des amerikanischen Westens, mit prächtigen Naturbeschreibungen.

Von unseren früheren Prämien-Ausgaben haben wir noch einen kleinen Rest am Lager und empfehlen wir:

Franz Grillparzers sämtliche Werke.

Neue illustrierte Ausgabe in zwei Bänden, herausgegeben und mit Einleitung versehen von Rudolf v. Kollischall. Das Werk ist gut ausgestattet, umfasst über 1000 Seiten und kostet ebenfalls nur 3.- Mark. (Porto nach außerhalb 50 Pf.)

Fritz Reuters sämtliche Werke

in einer neuen illustrierten Prämienausgabe, zwei Bände, elegant gebunden, circa 1200 Seiten umfassend, mit Illustrationen und ausführlichem hochdeutschem Wörterbuch. Preis nur 3.- Mark. (Porto nach außerhalb 50 Pf.)

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Tischler

## Paul Fitzner

am Sonnabendvormittag nach langer, schwerer Krankheit gestorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Frau Anna Fitzner geb. Gühr.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 12. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Baumhulweg, Wohlgenuthstraße 4 aus statt.

# Sozialdemokratischer Wahlverein Treptow-Baumhulweg.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischler

## Paul Fitzner

in seinem 40. Lebensjahre an der Proletarierkrankheit verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 12. November, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Baumhulweg, Wohlgenuthstraße 4 aus nach dem Gemeindefriedhofe, Neue Krug-Arter, statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin

## Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner

## Paul Kreye

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 12. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Steglitzer Kirchhofs in Steglitz aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

159/15 Die Ortsverwaltung.

Am 10. November, abends 10 1/2 Uhr, verstarb nach langen, schweren Leiden meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Frau

## Alwine Böhme

geb. Köpfe

im 54. Lebensjahre.

Dies geliebte Heilbeträbt an

August Böhme

nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 13. November, nachmittags 3 Uhr, von der Paulskirche aus auf dem neuen Paulskirchhof statt.

12965

# Ordentliche General-Versammlung

der Orts-Krankenkasse

der Messerschmiede, Schwertfeger

und Verfertiger chirurg. Instrumente

zu Berlin

am Dienstag, den 19. November,

abends 8 1/2 Uhr,

bei

Hensel, Rosenhellerstr. 11/12.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der in der vorigen Generalversammlung gewählten Kommission.

2. Wahl von 3 Vorstandsmitgliedern (1 Arbeitgeber und 2 Arbeitnehmer).

3. Wahl des Kassendirektors.

4. Wahl von 3 Aufsichtsratsmitgliedern zur Abnahme der Jahresrechnung.

5. Abänderung des § 30 des Statuts.

6. Antrag Bart: Die Revisoren zu entlastigen.

7. Verschiedenes.

Anträge, welche Einsicht in die Kassendbücher erfordern, sind eine Woche vorher einzureichen.

Die Herren Arbeitgeber sind hiermit eingeladen.

Das Quittungsbuch legitimiert.

278/8 Der Vorstand.

# Pelzwaren

Stiefel aus der Modest, auch im Einzelverkauf zu Engrospreisen.

Stolab,

Kolliers,

Muffen, sehr leicht

garn., Damenhüte,

Barretts, Herren-,

Knaben- und Mäd-

chen-Garnituren,

Fußsäcke, Jagd-

taschen, Pelztopf-

Säml, gangbaren

Pelzarten a. Lager.

Große Auswahl

Bestes Material.

Keine Bazarware,

keine Reklamewer-

keine sogenante Gelegenheitskäufe, trotzdem billiger.

F. Kalman, Kürschner-

meister, jetzt nur Kommandantenstr. 15, 1. gegenüber Deutstr., beim Dönhofsplatz Verkauf auch Sonntag u. Bachm. bis 9 Uhr abends. Telefon I 3917.

Ein Triumph der deutschen Zigaretten-Fabrikation!

# Selowsky's Caruso-Zigaretten

trotz unübertrefflicher Qualität und garantiert feinsten Handarbeit

nur 3 Pf. per Stück!



# Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Dienstag, den 12. November, abends 8 Uhr:

## 12 Mitglieder-Versammlungen.

### Norden 1 und 2 und Pankow

in den „Verolina-Festsälen“, Schönhauser Allee Nr. 28. — Referent: Kollege August Winnig-Hamburg.

### Wedding, Moabit, Oranienburger Vorstadt und Reinickendorf

in den „Germania-Festsälen“, Chausseestr. 110 (Weißer Saal). — Referent: Kollege Wilhelm Schauer-Stettin.

### Osten 1 und 2 und Nordosten

in Crauz' „Prachtsälen des Ostens“, Frankfurter Allee Nr. 151/152. — Referent: Kollege Heinrich Hüttmann-Frankfurt a. M.

### Süden, Südost und Südwest

in „Sandsouci“, Rottbuserstraße Nr. 6. — Referent: Kollege Joh. Efftinge-Hamburg.

### Westen, Schöneberg, Steglitz, Friedenau, Schmargendorf und Wilmerisdorf

in „Obst's Festsälen“, Weiningerstraße (Ecke Martin Lutherstraße). — Referent: Kollege Hermann Silberschmidt.

### Rixdorf

bei Thiel, Bergstraße Nr. 151/152. — Referent: Kollege Julius Koch-Magdeburg.

### Charlottenburg

im „Volkshaus“, Rosinenstr. 3. — Referent: Kollege Wilhelm Schulz-Posen.

### Mariendorf, Tempelhof und Marienfelde

bei Reichardt, Mariendorf, Chausseestraße 16. — Referent: Kollege Otto Hanke.

### Groß-Dichterfelde und Zehlendorf

bei Reifen, Gr.-Dichterfelde, Chausseestr. 104. — Referent: Kollege Emil Lehmann.

### Weißensee

bei Schmutz, König-Chaussee 38. — Referent: Kollege Karl Haase.

### Tegel

bei Schmidt, Schlieperstr. 64. — Referent: Kollege Emil Thöns.

### Friedrichsberg und Friedrichsfelde

bei Pickenhagen, Friedrichsberg, Scharnweberstr. 60. — Referent: Kollege Wilhelm Demm.

Das Thema lautet in allen Versammlungen:

1. „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart und unsere Aufgaben für die Zukunft.“

2. Diskussion.

In Anbetracht der für jeden Kollegen äußerst wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes Einzelnen zu erscheinen, ganz besonders sind auch die Kollegen aus der Provinz, die in Berlin arbeiten, zu diesen Versammlungen eingeladen.

Die Verbandsleitung.



## Millionen von Hausfrauen

schenken ihr Vertrauen seit fast zwei Jahrzehnten der altbewährten

**MAGGI-Würze** mit dem Kreuzstern,

weil sie hält, was sie verspricht.

Man lasse MAGGI's Würze nur in MAGGI's Originalfläschchen nachfüllen, weil in diese gefüllt nichts anderes als echte MAGGI-Würze gefüllt werden darf.

**Kölner Lotterie.**  
Ziehung 30. November in Berlin.  
Gesamtgew. W.:  
**80 000 M.**  
Hauptgew. W.:  
**10 000 M.**  
**80 % bar Geld**  
für jeden Gewinn werden sofort bei mir ausbezahlt.  
Lose à 1 M., Porto u. Liste 30 Pf.  
**Berliner Vogel-Lose**  
11 Stück 5 M., à Stück 50 Pf.,  
Porto u. Liste 30 Pf.  
**Gustav Haase**  
Berlin, Neue Königstr. 88.  
Gegründet 1878.

**Eine Mark wöchentliche Teilzahlung**  
liefern elegante, fertige **Herren-Moden.**  
Ersatz für Mass.  
**Mass-Anfertigung**  
feinste Verarbeitung.  
Garantie tadelloser Sitz.  
**J. Kurzberg,**  
Hauptgeschäft: Rosenhulstr. 40/41,  
am Hackeschen Markt.  
1. Geschäft:  
A.4. Jannowitzstraße 1.1.  
Kein Waren-Kreditkauf.

Die **Möbel-Fabrik**  
von **A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5**  
empfiehlt Wohnungs-Einrichtungen von 210—10 000 M.  
in nur anerkannt gediegener Ausführung in jeder Holz- und  
Eisart sowie auch Vorkerwaren eigener Fabrikation zu  
äußerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Be-  
dienung. Auftrags-Zahlungen. Tel. Amt IV 6877. (5802)\*

Ziehung 22.—26. November  
**Geld - Lotterie**  
zu Zwecken der Deutschen Schutzgebiete  
420 000 Lose 12 977 Geldgew. u. m.  
**490 000**  
Hauptgewinne bar ohne Abzug:  
**75 000 M.**  
**50 000 M.**  
**25 000 M.**  
**15 000 M.**  
Wohlfahrts-Lose à 3.30 Porto u. Liste 30 Pf. extra.  
Ferner empfohlen wir:  
**Kölner I** Mk.-Lose 11 Lose 10 M.  
Porto u. Liste 30 Pf. extra  
**Lud. Müller & Co.**  
Berlin C., Breitestr. 5  
Telegr.-Adr.: Glückwähler.  
Blumen- und Kranzbinder  
von Robert Meyer,  
an Mariannen-Straße 2.

Spezialität! **Vollheringe!**  
Franks. 1/2, Fall extra sortierte  
**delikate neue über 300 Voll**  
Fett, fetter Salzheringe allergröste  
Orig. M. wirkl. Prachtware 9 M.:  
1/2 & 5 M.! Probkol. 2 Pf.  
E. Degener Fischer, Swinemünde 17b.

**Künstliche Zähne von 1,50 M. an.**  
Teilzahlung. Vorbehandlung umfasst Langjährige Garantie. Plomben  
von 1 M. an. Zahnziehen schmerzlos von 1 M. an. Umarbeitung  
(schlecht sitzender Gebisse von 1 M. pro Zahn an. 60021  
Zahntechnische Akademie. Friedrichstr. 23. I.  
Sprechzeit 9—1, 3—7 Uhr. Sonnt. 9—2 U.

**Größte Puppen-Fabrik Berlins.**  
**P. R. Zierow,**  
Berlin N. 37, Schönhauser Allee 179.  
Eigene Fabrikation.  
Größtes Lager von Kugelgelenkpuppen, Ballen,  
Köpfen, Perücken, gekleideten Puppen, Puppen-  
artikeln und allen Ersatzteilen. 250 L.\*  
Reparaturen bitte schon jetzt an meine  
Firma gelangen zu lassen.  
Engros und Einzelverkauf. Kein Laden.

Turm-Str. 76. **Lachmann & Scholz** Otto-Str. 1.  
Größtes Warenhaus in Moabit.  
**Doppelte Rabatt-Marken** Diese ganze **Woche** **Doppelte Rabatt-Marken**  
v. 11. Nov. bis 17. Novbr.







Am Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Rankwitz steht und das Lokal von Breuer, Mariensfelderstr. 17a, zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung.

Achtung! 5. Wahlkreis. Die 2. Abteilung hält den diesmahligen Zahlabend morgen Mittwoch gemeinsam bei Vorde, Neue Königstr. 7, ab. Wir bitten daher die Genossen dieser Abteilung, pünktlich 8 1/2 Uhr bei Vorde zu erscheinen.

Dritter Wahlkreis. Sonntag, den 17. November, abends 6 Uhr, findet in der Arminhallen, Kommandantenstr. 68/69, eine Versammlung statt. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein. Eintritt inkl. Garderobe 20 Pf. Tanz frei. Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht.

Schöneberg. Den Genossen zur Kenntnis, daß am heutigen Dienstag, abends 8 Uhr, eine Volksversammlung stattfindet. Tagesordnung: Die Sozialdemokratie im roten Haus. Referent Genosse Stadtverordneter Emanuel Burm. Da die Stichwahlen auf den 25. November festgesetzt sind, ist es notwendig, tüchtig zu arbeiten.

Rixdorf. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Vortragskursus von Bruno Vorwardt über: „Der Bau des Weltengedankens“ am Donnerstag, den 14. November, im Lokale von Frh. Hoppe, Hermannstr. 8 1/2, im kleinen Saal stattfindet.

Stettin. Zum Begräbnis des Genossen Paul Ruche treffen sich die Genossen heute Dienstag nachmittags 2-2 1/2 Uhr bei Schellbake. Heute abend Flugblattverbreitung. Der Zahlabend am Mittwoch fällt aus, dafür findet eine öffentliche Versammlung im Wirtensalzen statt.

Adenstedt. Heute abend 8 Uhr Versammlung des Wahlvereins im „Kaiserhof“, Grünstraße. Auf der Tagesordnung steht Vortrag, Diskussion und Vereinsangelegenheiten.

Mariensfelde. Den Genossen zur Nachricht, daß der Zahlabend morgen Mittwoch bei Jaruzewski stattfindet.

Frankfurt. Am Mittwoch, den 13. November, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Käthe, Berlinerstr. 39, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Verbandsgeneralsversammlung Groß-Berlin.

Bezirk Waldmannslust. Den Genossen zur Nachricht, daß am Mittwoch zum Zahlabend in allen Abteilungen das Effener Parteitagprotokoll an die anwesenden Mitglieder zum Preis von 20 Pf. verabsolgt wird.

Spendau. Der Zahlabend findet mit dem von Groß-Berlin jeden zweiten Mittwoch nach dem Ersten des Monats, also morgen abend statt.

Potsdam. Mittwoch, den 13. November, abends 8 Uhr, findet im Viktoriagarten, Alte Luisenstr. 32, eine Protokollversammlung gegen die Verkürzung des Unterrichtskurses der Arbeiterbildungsschule durch die Regierung statt.

Berliner Nachrichten.

Der Berliner Kommunalfreisinn in Theorie und Praxis.

Wer die lebhaftesten Klagen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung gehört hat, die die Herren Cassel, Preuß und Genossen über die Maßnahmen der Regierung bezüglich der Beaufsichtigung des Berliner Schulwesens und der unzureichenden Eingriffe seitens des Provinzialschulkollegiums sowie über die Wirkung des neuen Schulunterhaltungsgesetzes zum Ausdruck brachten, der wird es als selbstverständlich ansehen, daß die Herren alles tun werden, um schädliche Einflüsse von unserer Volksschulverwaltung fernzuhalten.

Bis jetzt sitzen in der städtischen Schuldeputation als Mitglieder unter anderem sechs evangelische Geistliche, ein katholischer sowie ein jüdischer Kultusbeamter, zusammen acht Vertreter der verschiedenen Religionsgesellschaften. Das neue Schulunterhaltungs-gesetz schreibt nun vor, daß von jeder dieser Religionsgesellschaften mindestens ein Vertreter der Schuldeputation angehören muß, also zusammen drei. Die Wirkung würde nun sein, daß von den sechs Vertretern der evangelischen Kirche fünf ausscheiden müßten.

Schuldeputation angehören werden. Das ist allerdings auch liberal und die Herren Cassel und Preuß werden sich auf diese liberale Lat noch etwas Besonderes einbilden; vielleicht als Erklärung anführen, daß sich die geistlichen Herren immer so außerordentlich nett benommen haben. Das nimmt sich zwar ganz schön aus, nur begreifen die Herren dabei, daß, wenn erst einmal die Zahl fünf zugelassen ist, sie nicht wieder beseitigt werden kann, auch dann nicht, wenn an Stelle der friedfertigen — streitbaren Gottesmänner getreten sind. Aber weiter. Nach dem neuen Schulunterhaltungs-gesetz müssen der Schuldeputation mindestens drei im Volksschuldienst tätige Lehrkräfte angehören: ein Rektor, ein Lehrer und eine Lehrerin; bei größeren Schuldeputationen, wie beispielsweise in Berlin, kann diese Zahl verdoppelt werden. Schon lange ist auch aus Lehrerkreisen — und wir meinen mit Recht — die Forderung aufgestellt worden, der Lehrerschaft eine angemessene Vertretung in der Schuldeputation einzuräumen.

Also mehr Pfaffen als nötig, dafür weniger Lehrer als berechtigt.

Die Berliner Lehrerschaft mag sich bei den Herren für diese Art „Liberalismus“ bedanken. Aber die Cassel und Genossen scheinen selbst das Gefühl zu haben, daß ihr Verfahren bezüglich der Lehrer Anstöß erregen könnte; sie haben deshalb auch gleich eine Entschuldigung bei der Hand, indem sie argumentieren: Wenn wir so viel Lehrer hereinnehmen, müssen die eigentlichen Interessenten, die Bürgerdeputierten, da die Gesamtzahl der Deputationsmitglieder begrenzt ist, verringert werden. Als ob es größere Interessenten und Sachverständige gäbe als die Vertreter der Lehrerschaft. Schäden doch namentlich die Bürgerdeputierten fast ausnahmslos ihre Kinder, wenn sie solche haben, überhaupt nicht in die Volksschule. Wo da ein besonderes Interesse und besondere Sachkenntnis herkommen können, ist ganz unbegreiflich. Aber selbst wenn dem nicht so wäre: Warum hat man denn ganz unbedeutenderweise den Einfluß der Geistlichkeit vermehrt? Würde es nicht viel richtiger sein, an Stelle derselben noch Lehrer heranzuziehen? Woher hat denn der Berliner Kommunalfreisinn die Furcht vor der Lehrerschaft und andererseits die Juncigkeit für die Geistlichkeit?

An diesem Vorgang zeigt sich wieder einmal aufs deutlichste, wie verschieden Theorie und Praxis des Kommunalfreisinn sind. Im Landtage wettet der Freisinn gegen die Auslieferung der Schule an die Kirche und in der Kommune räumt er der Geistlichkeit einen weit größeren Einfluß ein, als sie nach dem reaktionären Volksschulunterhaltungs-gesetz zu verlangen hat.

Schulunterricht im Kinderfall.

Der Leser wird nach Lesen der Ueberschrift meinen, wir wollten ihn nach einem Dorfe in Hinterpommern oder in Pufflamerun führen; diese Meinung müssen wir aber zerstreuen. Es handelt sich um die unter glorreicher Leitung des Freisinn stehende Haupt- und Residenzstadt Berlin. Es handelt sich um folgenden: Auf dem städtischen Vieh- und Schlachthof unterhält die Fleischreinigung die Fortbildungsschule für Belagerer. Für den praktischen Unterricht war derselben ein ehemaliger Kinderfall zu diesem Zweck eingerichtet und zur Verfügung gestellt, während für den theoretischen Unterricht eine städtische Schule in der Nähe des Vieh-hofes dienen sollte. Diese Einrichtung der Trennung des sehr häufig zusammengehörigen Unterrichts führte natürlich in mehr-facher Beziehung zu allerlei Unzulänglichkeiten, so daß die Innung um einen weiteren Raum auf dem Vieh- und Schlachthof ersuchte und zwar um einen neben dem schon in Besitz habenden Kinderfall. Eine Unterkommission, welche die Sache prüfte, erkannte die Berechtigung der Forderung der Innung, auf dem Vieh-hof den Unterricht zusammen zu haben, an, erhob aber gegen die dauernde Einrichtung des Unterrichts in den ehemaligen Kinder-fällen Einspruch und wollte trotz Umbau und entsprechender Ein-richtung ihre Zustimmung nur zu einer provisorischen Benutzung derselben geben, wenn zugleich die Schaffung resp. der Bau ge-eigneter Schulräume in Angriff genommen würde. Die letzte Ausräumungsschlichtung beschloß nach lebhaftem Zögern und Wider-stand dementsprechend zu handeln. Das Wesen des Gewerke- und Schulinspektors hat an diesem Beschluß wohl seinen nicht kleinen Anteil.

In der gestrigen Sitzung der Gasdeputation wurde der Antrag der Direktion, für die Arbeiter des Abdrücksystems und der öffentlichen Beleuchtung die neunstündige Arbeitszeit einzuführen, mit 6 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Die übrigen Forderungen, die die Gasarbeiter eingereicht hatten, wurden mit allen gegen eine Stimme abgelehnt.

Bzüglich der neunstündigen Arbeitszeit hatte die Direktion einen genauen Entwurf vorgelegt, wie sich die Sache regeln ließe. Auch wurde betont, daß Bedenken gegen die Einführung der neun-stündigen Arbeitszeit nicht beständen. Trotzdem erfolgte die Ab-kehrung, und zwar nur mit Rücksicht auf das schlechte Beispiel, das der Berliner Privatindustrie gegeben werde. Zu Anfang der Sitzung hatte es den Anschein, als ob der Antrag der Direktion ohne Schwierigkeit und mit großer Majorität durchgehen würde. Erst infolge des Eingreifens des Stadtrates Wendt, der sich wiederholt in scharfster Weise gegen den Antrag der Direktion aussprach, kam es zur Ablehnung.

Herr Kopsch, der Märtyrer seines überfließenden Mundes.

Der Freisinnabgeordnete Gemeindefunktor Kopsch schuldet der Öffentlichkeit immer noch die Antwort auf eine ihm geltende Anfrage. In einer Versammlung liberaler Kommunalwähler hatte er gehöhnt, von der Sozialdemokratie seien ja sogar schon die Dienstmädchen organisiert worden, nächstens werde sie wohl auch noch die „Damen“ organisieren, die in der Nachdurch die Friedrichstr. 100 streifen. Im „Vorwärts“ wurde diese Äußerung fest-gehalten und daran die Frage geknüpft, was der Mann damit bezwecken haben könne, daß er in einem und demselben Atemzuge neben den Dienstmädchen die Straßendirnen nenne. Herr Kopsch erwiderte durch die „Freis. Zeitung“. Ein Versuch, den Wort-laut zu bestreiten, wurde nicht gemacht; es wurde nur versichert, Kopsch habe weder die Dienstmädchen auf eine Stufe mit Straß-dirnen gestellt, noch irgendwie abfällig über sie geurteilt. Was er aber mit seiner Äußerung bezwecken hatte, darüber stand keine Silbe in der „Freis. Zeitung“. Im „Vorwärts“ wurde das hervor-gehoben, aber nach wie vor blieb Herr Kopsch die Antwort schuldig. Nunmehr haben auch seine Freunde aus dem freisinnigen Bezirksverein „Hagenheide“, dem er präsidentiert, für ihn sprechen müssen. Die „Freis. Zeitung“ berichtet, in der letzten Vereins-sitzung habe Kaufmann Ullrich, der jene Wähler-versamm-

lung geleitet hatte, die „Angriffe“ zurückgewiesen, die „seitens sozialistischer Blätter gegen den Abgeordneten Kopsch erhoben“ worden seien. Ullrich habe ausgeführt, daß „trotz der Nichtigstellung in der „Freis. Zeitung“ sowohl die „Leipziger Volkszeitung“ wie der „Vorwärts“ einen neuen Angriff auf den Abgeordneten Kopsch gerichtet haben“. Man beachte, mit welcher Gerissenheit hier ver-sucht wird, Kopsch in die Beleuchtung eines Märtyrers zu rüden! Was waren denn das für „Angriffe“, die der „Vorwärts“ gegen Kopsch gerichtet haben soll? Nein, den Gesellen haben wir diesem Mann nicht getan, daß wir ihn sofort „angriffen“. Wir haben uns zunächst daran genügen lassen, seine Äußerung im unbedreit-baren Wortlaut wiederzugeben und ihn erst mal zu fragen, was er damit bezwecken hat. Wenn Kopsch und die Seinen schon das als einen „Angriff“ auf ihn betrachten, so verraten sie hiermit, daß sie selber es sind, die jene Äußerung für kompro-mittierend halten. Herr Ullrich hat, wie die „Freis. Zeitung“ mit-teilt, unter dem Beifall seiner Zuhörer wörtlich gesagt:

„Als Vorsitzender dieser Versammlung halte ich mich ver-pflichtet, diesen verleumderischen Unterstellungen gegenüber zu erklären, daß mit keiner Silbe unser Vorsitzender ein abfälliges Urteil über unsere Dienstboten geäußert hat, daß auch keiner der Anwesenden, mit Ausnahme jenes sozialistischen Zuträtters und Spießhals auf den Gedanken gekommen ist, der Redner wolle die Dienstmädchen mit den Damen der Friedrichstraße in Vergleich setzen. Eine Beleidigung der Dienst-mädchen ist ganz allein durch jenen Berichterstatter erfolgt, dem der Gedanke eines solchen Vergleiches gekommen ist. Eine Kompfes-weise aber, die den Worten des Gegners einen Sinn unterlegt, den diese nicht gehabt haben, nach dem ganzen Zusammenhang der Rede auch nicht haben konnten, verdient die Verachtung jedes rechtlich denkenden Mannes.“

Diesem Herrn Ullrich hat vermutlich Herr Kopsch selber das Konzept geliefert. Er nennt in offenbar beleidigender Absicht jenen Berichterstatter einen Zuträter und Spießhals, obwohl er genau weiß, daß in jener Versammlung weder Berichterstatter noch die Besucher von irgendwem bei ihrem Eintritt gestogt wurden, zu welcher Partei sie sich bekennen. Man sieht, wie die Libe-ralen des 20. Jahrhunderts über die Presse denken und urteilen, wenn sie Herrn Kopschens ihm unbedequate Äußerungen nicht mit dem Mantel freisinniger Liebe bedeckt. Be-stritten wird der Wortlaut jener Äußerung noch immer nicht, er kann ja auch gar nicht bestritten werden. Wohl aber wird jetzt — man traut seinen Augen nicht, wenn man das liest — der Be-richterstatter als der eigentliche Beleidiger der Dienstmädchen hin-gestellt. Dem Berichterstatter soll der Gedanke eines Vergleiches zwischen Dienstmädchen und Straßendirnen gekommen sein, der Berichterstatter soll den Worten des Herrn Kopsch diesen Sinn unterlegt haben! Ja, will nicht die „Freis. Zeitung“ jene beiden Notizen des „Vorwärts“ ihren eigenen Lesern im unverkürzten Text mitteilen, damit sie selber urteilen können? Aber das Frei-sinnblatt ist ja bisher so feige gewesen, auch nur den Wortlaut jener Äußerung anzugeben, um die es sich handelt.

Kommen wird der Gedanke eines Vergleiches zwischen Dienst-mädchen und Straßendirnen all den Vätern und Müttern, die ihre Töchter in Dienst geben müssen; kommen muß er ihnen, wenn der Freisinnabgeordnete Gemeindefunktor Kopsch nicht endlich sich darüber äußert, was er denn nun eigentlich damit bezwecken hat, daß er in einem und demselben Atemzuge neben den Dienst-mädchen die Straßendirnen nenne. Es hilft nichts, sich jetzt als verfolgte Unschuld hinzustellen; der Wortlaut seiner Äußerung steht fest und bleibt unbestritten. Herr Kopsch schuldet den Familien der Arbeiter, Unterbeamten, kleinen Gewerbetreibenden usw., aus denen die Dienstmädchen sich rekrutieren, eine klare Antwort auf die schlichte Frage, warum ihm bei Erwähnung der Straß-dirnen eingefallen sind.

Der vergangene Sonntag hatte noch einmal eine wahre Völkerveränderung von Großstädtern nach dem Grunewald und den übrigen Ausflugsorten hinausgelockt. Es war auch ein herrlicher Herbsttag, die Temperatur war zum erstenmal nach vielen Tagen morgens nicht unter Null und den ganzen Tag über herrliche milde Luft und Sonnenschein, wie ge-schaffen, um für dieses Jahr Abschied vom Walde zu nehmen. Die Grunewaldseen waren besonders stark belagert; die schlanken Wälder an den Ufern mit ihrem bunten Herbstlaub bildeten auf dem dunklen Hintergrund der Kiefern ein prächtiges Bild. Die Seen waren teilweise schon mit einer Eisschicht bedeckt und in seltsamem Gegensatz zu diesem winterlichen Charakter der Landschaft stand die Tatsache, daß in dem Sommergarten bei Rauschborn und anderen Aus-flugsorten viele Familien den Kaffee noch im Freien tranken. Es ist vielleicht in diesem Jahre das letzte Mal gewesen.

Um einen vollen Saal zu bekommen, hat der Kreisverband der Berliner Jünglingsvereine zu einem den Wählern des Christen-tums recht schlecht anstehenden Mittel gegriffen, nämlich zu dem der Lüge. Der Kreisverband hatte zum letzten Sonntag im Pala-sttheater eine Evangelisationsversammlung einberufen, in der nicht weniger als drei Pfarrer Ansprachen halten sollten. Um diese Ver-sammlung recht imponant zu gestalten, wurde der Schwinkel er-funden, die politischen Wahlvereine der Sozialdemokratie hätten beschloffen, die Versammlung zu sprengen, und der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband wurde um Unterstützung angerufen. Dieser war auch sofort bereit, Hilfe zu leisten. Er versandte ein Zirkular an die „geehrten Herrn Verbandsbrüder“, in welchem die Lüge des Kreisverbandes von der Versammlungsprengung durch „die politischen Wahlvereine der Sozialdemokratie“ weiter ver-breitet wurde, und die „Verbandsbrüder“ ersucht wurden, die Ver-sammlung zu besuchen.

Wörtlich heißt es dann im Zirkular: „Eine Eintrittskarte fügen wir bei. Da die Gegner bereits um 10 Uhr den Saal be-treten wollen, der Saal aber nur vor 1/2 12 Uhr mit Karten betreten werden kann, welche die Gegner nicht haben, so ist es notwendig, vor 1/2 12 Uhr zu erscheinen, damit der Saal rechtzeitig von deut-sch-nationalen Männern mit Beschlag belegt werden kann.“

Wer diese Einladungszeilen liest, wird aus einem Lächeln kaum erwehren können, dieses Versammlung zu besuchen — sie haben besseres zu tun — dann aber ist es ganz unverständlich, wenn die Deut-schnationalen ihre Verbandsbrüder zum Besuch der Versammlung auffordern, obwohl der Zutritt zu derselben nur gegen Karten zu-lässig ist, „bis die Gegner nicht haben“. Also wozu das Geschrei?



Die Deutschnationalen sind genarrt worden, und nur deswegen, weil der Kreisverband der evangelischen Junglingsvereine in seinem wichtigen Instinkt glaubte, die Deutschnationalen laufen überall hin, wo es ein hohes Madou geben könnte. So wird's gemacht, um volle Säle zu bekommen!

Eine Vertenerung der Backwaren ist jetzt schon in den meisten Bäckereien Berlins und der Vororte vorgenommen worden. Um die Sache für die Kunden „schmerzloser“ zu machen, wird einfach die Backware verkleinert. Die Jungungen und Bezirksvereine der Bäckermeister sehen streng darauf, daß alle Mitglieder den in dieser Richtung gefaßten Beschlüssen nachkommen. Begründet wird diese Verkleinerung des Gebäcks damit, daß sich bei genauer Kalkulation eine Vertenerung der Rohmaterialien, besonders des Mehles, von 40 bis 45 Proz. ergebe. Die Verkleinerung des Gebäcks soll jetzt auch auf Kuchenware ausgedehnt werden. — Daß das Publikum die Gebäckvertenerung nicht so ruhig hinnimmt, beweist folgendes Poem, das einem Bäckermeister im Süden der Stadt durch einen Kunden zugeht:

„Mein lieber Herr Polähnel  
Sie baden jetzt mächtig fleene;  
Die Semmeln und die Brötchen  
Sind kaum ein Finger lang  
Und wiegen kaum ein Lötchen;  
Man wird vor Hunger krank,  
Wir Hasenheidenkinder  
Wollen bleiben doch gefünder,  
Wenn Sie nicht baden so fleene,  
Mein lieber Herr Polähnel  
Ein Hungriger.“

Bei einem schweren Straßenbahnunfall schrecklich zugerichtet wurde Sonntagmorgen der 54 Jahre alte Weichgerber Albert Nordmann, Schwedenstr. 11 wohnhaft. R. hatte an der Ecke der Vah- und Grünhaldenstraße einen in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen verlassen wollen. Er glitt dabei vom Trittbrett ab und stürzte unglücklichweise mit dem Kopf auf den Fahrdamm. Mit den Beinen blieb er am Trittbrett hängen und infolgedessen wurde er eine Strecke mitgeschleift. Als der Straßenbahnwagen zum Stehen gebracht worden war, mußte R. von Beamten und Passanten aus seiner furchtbaren Lage befreit werden. In bewußtlosem Zustande wurde er nach dem Städtischen Krankenhaus gebracht. Am ganzen Körper hatte der Verunglückte schwere Verletzungen erlitten. Auch die Arme und beide Unterschenkel waren schrecklich zugerichtet. Der linke Oberarm war gebrochen und anscheinend hatte R. auch erhebliche innere Verletzungen davongetragen.

Beim Abstieg von einer Bahnhofsrampe schwer verunmüht ist der 38 Jahre alte Arbeiter Hermann Bogand aus der Sophienstraße 42. Er war im Begriff gewesen, sich nach dem Bahnhof Gesundbrunnen zu begeben. Als er oben auf der Rampe angelangt war, fuhr gerade sein Zug ein. Um ihn noch zu erreichen, eilte B. die Treppe hinunter. Er stolperte dabei über den Fuß eines die Treppe hinaufsteigenden Fahrgastes und stürzte ab. Bewußtlos blieb er am Fuße der Treppe liegen. Er hatte sich bei dem Sturz schwere innere Verletzungen sowie eine Gehirnerschütterung zugezogen. In hoffnungslosem Zustande wurde B. in das Lazarus-Krankenhaus eingeliefert.

Ueber die Zukunft des Freibades am Wannsee sind in einer Konferenz, die der Regierungspräsident von Schulenburg und der Landrat von Stubbenrauch mit dem Vorsitzenden des Berliner Freibädervereins Oberleutnant a. D. Baron von Arnim hatte, bemerkenswerte Abmachungen getroffen worden. Danach verpflichtet sich der Freibäderverein, im nächsten Jahre für Männer und Frauen je drei große Bäder zum An- und Auskleiden am Wannseeufer aufzustellen, in denen 200 Personen Platz finden. Ferner errichtet der Verein für Männer und Frauen je eine große Bedürfnisanstalt; auch soll dafür Sorge getragen werden, daß statt der hohen Badeboje für Männer ein vollständigeres Badebojen eingeführt wird. Unter dieser Voraussetzung will die Regierung das Freibäderterrain nach beiden Seiten hin um je 100 Meter ausdehnen und den Babelplatz mit einem Güter umgrenzen. Innerhalb dieses Güter hat dann der Freibäderverein selbst die Verfügung, für Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen, so daß die Gendarmen nur in Ausnahmefällen eingreifen brauchen. Regierungspräsident von Schulenburg erklärte in der Konferenz, daß die Regierung noch fünf neue Freibäder an der Havel und am Müggelsee einrichten wolle.

#### Unter den Rädern eines Lastwagens gerammt.

Durch die Rücksichtslosigkeit eines Kutschers hat gestern nachmittag eine unbekannt etwa 60 Jahre alte Frau einen schrecklichen Tod gefunden. Sie hatte einen nach Reinickendorf fahrenden Straßenbahnwagen an der Haltestelle an der Ecke der Müng- und Alten Schönhauserstraße verlassen und kam dabei auf dem Fuß vom Trittbrett auf den Fahrdamm gestürzt, so wurde sie von einem dahinsausenden Kamotzenwagen erfasst und unter die Räder geworfen. Das schwere Gefährt ging der alten Frau über den Unterkörper hinweg und zermalmete ihn fast vollständig. Auf dem Transport zur nahen Unfallstation starb die Verunglückte. Der Kutscher, der trotz des polizeilichen Verbotes in schnellem Tempo an der Haltestelle vorübergefahren war und dadurch den Unfall herbeigeführt hatte, wurde von dem empörten Publikum vom Hof heruntergeholt und geländet. Wären nicht einige Schaulente hinzugegessen und hätten den Unfallschüler der Gewalt des Publikums entzogen, so wäre er vielleicht erschlagen worden. Zwei andere Passanten, die auch den Straßenbahnwagen verlassen hatten, hatten ebenfalls in der größten Lebensgefahr durch das Verhalten des Kutschers geschwebt. Der letztere wurde nach dem nächsten Polizeirevier gebracht.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Omnibus fand vorgestern mittag gegen 12 Uhr am Königsplatz statt. Zur genannten Zeit fuhr der Verkehrsmittel Nr. 1250 der Linie 4, aus der Greifswalderstraße kommend, in die Neue Königsstraße ein, als ein Straßenbahnwagen der Linie 4 vom Frenzlauer Tor her heranahnte. Der Omnibus fuhr unmittelbar vor dem Bahnwagen über das Gleis und wurde angefahren. Hierbei wurde der Schaffner des ersten auf des Straßenpflaster geschleudert und erlitt eine Verletzung des Rückgrates. An dem Omnibus wurden die Seitenscheiben eingedrückt und die Hinterräder verbogen, während der Straßenbahnwagen nur geringe Beschädigungen erlitt. Die Insassen des Bahnwagens wurden zwar infolge der seitens des Führers in Anwendung gebrachten Gefahrenbremsung von ihren Sigen geschleudert, lamen jedoch ohne Verletzung davon.

Durch ausströmende Leuchtgas schwer erkrankt ist gestern der Lagerhalter B. i. H., der in der Gartenstraße die Filiale der Kaufmannschaft leitet. Als gestern nachmittag 3 Uhr die in der Filiale angestellte Verkäuferin nach Beendigung ihrer Tätigkeit die Geschäftsräume betreten wollte, fand sie diese verschlossen. Nach Öffnen der Tür fand man den Lagerhalter bewußtlos am Boden liegen. Durch Versetzen war ein Gasrohr geöffnet worden und die ausströmenden Gase hatten B. i. H. betäubt. Ein sofort herbeigerufener Arzt leistete die erste Hilfe, sodann wurde der wieder zum Bewußtsein Gelommene einem Krankenhaus zugeführt.

Rom Polizeihaus für Jandorf! Am Sonnabend haben sich, wie wir erfahren, vor dem Jandorfschen Warenhaus an der Brunnen- und der Veteranenstraße noch sehr erregte Szenen abgespielt. Nach Sonnenuntergang, lange vor Schluß des Geschäftes, sammelten sich in diesen beiden

Strahlen Scharen von Menschen an, aus deren Mitte die Rufe „Jandorf! Jandorf!“ laut wurde. Auch war es nicht bekannt, daß die Aushebung des Wohnortes in Aussicht genommen war. Je weiter der Abend vorrückte, desto gewaltiger schwoll die Menge an. Die Polizei war zahlreich zur Stelle und bekam mehrfach noch Verstärkung. Aber noch nach Schluß des Geschäftes war es selbst den Vertriebenen, die herankamten und nach Berliner Polizeibruch ohne viel Besinnen auf die Bürgersteige hinauf- und in die Menschenmenge hineinsprengten, nicht möglich, die Straßen nach Jandorfs Wunsch frei zu machen. Neue Massen stauteten sich immer wieder in der Veteranenstraße vor dem dortigen Eingang des Jandorfschen Hauses. Nach 10 Uhr, als längst das ganze Haus, mit Ausnahme dieser einen Stelle, in Dunkel gehüllt war, war dort der Platz angefüllt mit Schulleuten und Polizeioffizieren. Ueberall erzählte man sich, daß hinter dem verschlossenen Tor noch Angestellte im Hause weilten, die sich nicht hinausgetrauten. In großer Zahl waren die Frauen unter der Menge vertreten. Manche Frauen befanden sich gegenüber den Schulleuten, die mit bekannter Präzision vorgingen, auch gegenüber den auf den Bürgersteigen umherwandernden Vertriebenen, ihre Entrüstung mit einer Furchtlosigkeit, wie man sie dem „schwachen Geschlecht“ sonst nicht zutraut. Erst gegen Mitternacht lösten die Straßen in der Umgebung dieses Warenhauses gänzlich frei geworden sein.

Die Aufführung über das Verhängnis von der Unterschlagung einer Viertel Million, die sich nach dem vor einiger Zeit erfolgten Tode des Direktors der Brauereiberggenossenschaft Sektion VI und des Vorsitzenden des Kuratoriums der Unfallstationen Max Schlesinger herausgestellt haben soll, liegt heute in zwei Schreibern vor. Das erste geht aus von der Brauerei- und Kältereiberggenossenschaft und lautet: „Die Kasse der Sektion VI der Brauerei- und Kältereiberggenossenschaft wird alljährlich von dem durch die Sektionsversammlung gewählten, aus 3 Mitgliedern bestehenden Prüfungsausschuß, ferner durch den Sektionsvorsitzenden vier- bis fünfmal und von dem Rechnungsdirektor der Revisionsstelle des Verbandes der Deutschen Berggenossenschaften zweimal unvermuthet einer eingehenden Revision unterzogen. Am 9. Februar 1904 hat das Reichsversicherungsamt durch den Oberrechnungsrevisor des Amtes ebenfalls eine unermutete Prüfung des Kassen- und Rechnungswesens veranlaßt. Noch niemals ist seit dem Bestehen der Berggenossenschaft ein Defizit bei diesen Revisionen festgestellt worden. Ausweislich der am 4. 10. 07 durch den Kaiserlichen Rechnungsrat Meyerung unermuthet vorgenommenen Revision der Sektionskasse hat sich bei allen Kassen Uebereinstimmung zwischen den buchmäßigen Sollbeständen und den aufgenommenen Istbeständen ergeben. In dem von dem Revisor erstatteten Bericht wird erklärt, daß der Prüfungsbefund zu weiteren Bemerkungen, Anregungen oder Vorschlägen keinen Anlaß bietet. Der verstorbene Direktor Max Schlesinger hatte mit der Buch- und Kassenführung der Sektionsverwaltung keinerlei Beziehung, vielmehr ist die Kasse von einem vom Vorstande gewählten Kassierer selbstständig verwaltet worden. Die in dem Artikel enthaltenen Angaben entbehren jeder tatsächlichen Begründung.“

Das Kuratorium der Berliner Unfallstationen schreibt: „Bei der Revision der Kasse des Kuratoriums, die der verstorbene Herr Direktor Schlesinger mit der Kasse einer von ihm vertretenen Versicherungsgesellschaft zusammenführte, konnte ein Betrag von circa 3000 bis 4000 M. Versicherungsgelder nicht ordnungsmäßig belegt werden. Der Restbetrag wurde unverzüglich gebet resp. von der Kautions gestiftet, die Herr Direktor Schlesinger in Höhe von 30 000 M. hinterlegt hatte.“

Nach diesen Zuschriften scheint das Gerücht von der Unterschlagung keine Unterlage zu haben und wir nehmen mit Genugthuung hiervon Notiz. Wir tun das um so lieber, als das Gerücht schon in sehr weite Kreise gedrungen war und in der letzten Versammlung des Vereins figierter Kassenärzte ganz offen davon geredet worden ist.

Einen Eichendorff-Abend veranstaltete am Sonntagabend die Berliner Arbeiter-Bildungsschule im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Am 26. November werden 50 Jahre seit dem Tode des populärsten Dichters aus dem Kreise der Romantiker verfließen sein. Es war also ein zeitgemäßes Erinnerungsfest, zeitgemäß auch in dem höheren Sinne, daß der Sänger des deutschen Waldes in seinen Liedern Schätze gesammelt hat, die auch das Proletariat seinen Kulturbesitz einverleiben wird. Das Programm des Abends war in dem vorbildlichen Sinne ein einheitliches, den wir in allen Umständen verwirklicht werden möchten. Eichendorff wurde uns als Mensch und Dichter im Rahmen seiner Zeit und der ganzen Geistesrichtung, zu der er gehört, im umfassenden und reich individualisierten Wilde von Dr. Franz Diederich, dem Feuilleton-Redakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, vor Augen geführt. Es war eine vorzügliche und inhaltsreiche Studie, die den Hörern geboten wurde. Als freier Vortrag, der die Hauptgedanken breiter herausgearbeitet hätte, würde sie noch eindrucksvoller gewirkt haben.

Das gesunde, kräftige Lebens- und Naturgefühl, dem Eichendorff in seiner Lyrik so stimmungsvollen und tief-innigen Ausdruck gegeben hat, ist uns eine Quelle des poetischen Genießens und wird es für ein an die Lebensstapel berufenes Proletariat erst recht werden. Daneben können wir vieles andere ruhig auf sich beruhen lassen, das für uns erstorben ist und nur den Literaturgeschichtsschreiber interessiert. Wie viel noch von Eichendorff lebendig ist, beweisen die Wieder- und Gedächtnis, die in Gesang und Regitation ihn uns vergegenwärtigen. Wie kein zweiter Dichter ist Eichendorff musikalisch, seine Lieder sind schon voller Rhythmus des Wortes und der Stimmung. Zahlreiche Lieberkomponisten, besonders der Eichendorff romantisch verwandte Schumann haben sie benutzt und manches davon ist in Weise und Text fast zum Vollstunde geworden. Was Frau Luise Klossig, Müller und in den Vertonungen von Franz Hugo Wolf und Schumann bot, war charakteristisch und gut. In gleichem Maße traf das für die Regitation des Fräulein Jeanne Robert nicht zu. Sie geriet bisweilen in ein Schnelgangtempo, das der Verständlichkeit schadete. Erster Grundsat der Vortragskunst ist aber Verständlichkeit und Deutlichkeit. Herr Leo Rekenberg, der mit seinem Verständnis die Lieder begleitete, spielte Chopin's Ballade in As-dur, Op. 47, ein herrliches Stück, das ganz aus Eichendorffs Weise geboren scheint.

Ein Abend deutschen Humors, veranstaltet vom Zentralverband der Stultakure. Die Arbeitervereine tun gut daran, wenn sie ihre künstlerischen Bestrebungen der Leitung bewährter Hände anvertrauen. Das ist natürlich so zu verstehen, daß man sich bei Festlegung des Programms nicht der Mitberatung entzage. Es liege — unbedenklich der Forderung einer durchgängig künstlerischen Darbietung, die freilich niemals außer Acht gelassen werden darf! — sich des sozialdemokratischen Bewußtseins enthalten, wollten wir uns immer nur bürgerliche Kunst und bürgerliche Dichter vor Augen stellen lassen. Sicherlich bezweckt der „Verein zur Förderung der Kunst“ mit seiner Devise: „Die Kunst dem Volke“ nur gutes. Es kommt dabei aber auch darauf an, was wir unter „Volk“ verstehen wissen wollen, nämlich nicht jene kritiklose indifferente Masse, der jeder Witzschalk recht ist, wenn nur das Gelächte nach einer sorglosen „Unterhaltung“ befriedigt wird, sondern eben geistig und sozialistisch aufgeweckte Arbeiter, die in der Kunst eine ideale Beschäftigung ihrer realen Forderungen und Ziele erblicken sollen. Nicht ohne Gründe sei darauf hingewiesen, daß der aufmerksam Beobachter niemals im Programm der bürgerlichen Kunst- abende den Namen eines sozialistischen Autors begegnen! Man hat es in jenen Kreisen doch zu viel mit der Angst zu tun und verlegt lieber alle dichterischen Hervorbringungen, die vom Boden eben unserer Volkswirtschaft erstanden sind — toll folches Verfahren auch zugleich das bequemer ist. Sade der Arbeitervereine wird es nun sein, jener Voreingenommenheit Abdruck zu tun, indem sie darauf sehen, daß auf den Programmen ihrer Kunstveranstaltungen auch stets parteigenössische Autoren vertreten sind, nicht etwa mit tendenziösen Absichten, sondern, um das Vorhandensein vielfacher und wahrhafter künstlerischer Schöpfungen aus unserer Mitte öffentlich zu erweisen. So und in diesem Sinne wäre beispielsweise der der Satire gewidmete dritte Teil des Programms zu bedenken gewesen: er hätte dadurch zweifellos eine

schärfere persönliche Note erhalten. Hierbon aber abgesehen, ließ das Programm von seinem ersten bis letzten Teile nichts an Reichhaltigkeit zu wünschen übrig. Ja, es dünkte uns beinahe zu reichlich, weil die Abwechslung an vier Stunden beanspruchte. Trotzdem trat keinerlei Ermüdung ein — dank sowohl der Qualität des Gesotenen, als auch der ausgezeichneten Interpreten: Fritz Richard, Dr. Gustav Rang, Jacques Burg, Käthe Weder, James Kottstein und Dr. Walter Eidem. Aus: es war ein Abend frühlichen deutschen Humors aus vier Jahrhunderten.

Einen für ihn schweren Verlust hat ein Arbeiter erlitten, der am Sonnabendabend zwischen 5 $\frac{1}{2}$ —7 Uhr von Große Frankfurterstraße, Ecke Krautstraße bis Perlebergstraße, Ecke Stendalerstraße in Linie Nr. 3 ein Portemonnaie mit 38,14 Mark verlor. Der ehrliche Finder wird um Abgabe an Weder, Salzweberstraße 8, II. gebeten.

Gesperrt. Die Reinickendorferstraße von der Wiesenstraße bis zur Schulstraße wird behufs Umplanierung sofort bis auf weiteres für Fußwege und Reiter gesperrt.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht um 12 Uhr kam im Erdgeschoss des Seitenflügels Meyerstr. 2 bei Orient Feuer aus. Möbel, Wäsche, Küche u. a. brannten dort. Wegen eines Wasserrohrbruchs erfolgte ein Alarm nach der Frenzlauerstr. 20. Auf dem Roadster Güterbahnhof brante eine Lora mit Reststoffen; Gerdiana u. a. wurden in der Königsbergerstr. 26/27 ein Raub der Flammen. Der 17. Zug hatte auf „Sandmanns Hof“, Alexandrinenstr. 100, zu tun. Dort war ein Vorhang in einem Automobilstand in Brand geraten. In der Nähe wurde Benzin aufbewahrt und ein Gefäß mit Benzin stand unverschlossen in dem Raum. Zum Glück gelang es, die Gefäße schnell zu befeuchten. In der Potsdamerstr. 127 brannten Papklappen in einem Fahrstuhl und in der Rödernstr. 121 Fett u. a. Mit Erfolg wurde ein Sauerstoffapparat bei einem Kranken in der Jüngerstr. 60 benutzt. Ferner hatte die Wehr in der Lothringersstr. 24, Kurfürstendamm 247 u. a. Stellen zu tun.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Der Termin für die Stadtverordnetenwahlen, die ursprünglich am 25. November stattfinden sollten, ist, wie wir bereits gemeldet, um einen Tag verschoben worden, sie sind erst auf Dienstag, den 26. November, anberaumt. Es ist dringend notwendig, die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, auf welchen Verträgen der Termin abgeändert ist. Die Öffentlichkeit hat um so mehr ein Recht, hierüber vollen Aufschluß zu erfahren, als schon früher einmal — bei Ersatzwahlen für die beiden ersten Abteilungen — ein bereits festgesetzter Termin durch ein Spiel hinter den Kulissen abgeändert ist. Die Liberalen, die an den damaligen Wahlen ein großes Interesse hatten, hatten heimlich die Dinauschiebung des Termins auf eine ihnen genehme Zeit durchgesetzt. Aus diesem Grunde ist auch gegen die von der Mehrheit für gültig erklärten Wahlen Protest eingelegt. Der Bezirksausschuß hat die Wahlen bereits für ungültig erklärt, das Oberverwaltungsgericht wird in nächster Zeit das endgültige Urteil sprechen. Es scheint, als ob das Spiel, das wahrhaft liberale Männer von der Herrschaft des Kommunalreformismus führten, schon vor dem 1. Januar beginnt, obwohl doch der Freisinn erst an diesem Tage die Regierung in Charlottenburg antritt.

### Ein Norddresdener und Selbstmord

rief in Charlottenburg gestern nachmittag große Aufregung hervor. Dort versuchte ein unbekannter ungefähr 30jähriger Mann den in der Hofenstraße 72 wohnhaften Kaufmann S. Waldo durch Revolvergeschüsse zu töten; nach Verübung der Tat tödete er sich durch einen Schuß in den Kopf. In dem Hause Hofenstraße 72 hat in der dritten Etage der Kaufmann S. Waldo seine Privatwohnung inne, während sich sein Geschäft in der Neuen Friedrichstraße befindet. Gestern nachmittag begab er sich gut gekleidet, etwa 30jähriger Mann Einloß in die Wohnung und drängte die öffnende Tochter beiseite, indem er äußerte: „Waldo hat meinen Bruder unglücklich gemacht, jetzt will ich mit ihm abrechnen!“ Er drang in das Vorderzimmer ein und feuerte hier ohne jeden Vorwarscheln seinen Revolver auf Waldo ab. Dieser wurde am Kopf getroffen, hatte aber noch soviel Geistesgegenwart, nach dem Fenster zu springen und über die Straße hinweg um Hilfe zu rufen. Der Attentäter richtete in diesem Augenblick die Waffe gegen sich selbst und tödete sich durch einen Schuß in den Kopf. Die herbeigerufene Polizei fand in seinen Taschen ein Notizbuch, in dem zahlreiche Adressen von wohlhabenden Leuten aufgeschrieben waren. Dagegen fehlte jede Andeutung, die auf die Persönlichkeit des Täters hindeuteten. Der Zustand des verletzten Kaufmanns ist ebenfalls bedenklich.

### Rigdorf.

Eisenbahnunfall. Ein schwerer Unfall hat sich gestern mittag auf dem Bahnhof Hermannstraße ereignet. Der dort angestellte Tischlerhandel war im Begriff, ein Gleis zu überschreiten, bemerkte aber nicht, daß eine Rangiermaschine heranfuhr. Noch bevor er Zeit hatte, sich in Sicherheit zu bringen, war er von den Puffern erfasst und zu Boden geschleudert worden. Dabei erlitt S. so schwere Verletzungen, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Handel hinterläßt eine junge Witwe mit einem Kinde.

Kindervolksschule. Der Freiwillige Erziehungsbeirat für die Jugend in Rigdorf, eingetragener Verein, eröffnet am 15. November er. im Hause Steinmeyerstr. 113 eine Kindervolksschule. Diese solle das ganze Jahr hindurch werktäglich von 12—2 Uhr geöffnet sein und zunächst 100 Kindern täglich warmes Mittagessen gewähren. Es wird jedoch beabsichtigt, diese Zahl im Laufe des nächsten Jahres bis auf 200 zu erhöhen. Die Verkaufspreise betragen für die Portion: a) im Hause 5 Pf., b) außer dem Hause 10 Pf. Soweit Mittellosigkeit vorliegt, wird das Mittagessen unentgeltlich gewährt. Anträge auf Gewährung von Freispreisen sind an die Geschäftsstelle des Arbeitsausschusses für Kindervolksschulen, Berlinerstr. 49/50 I, Zimmer 10/11, zu richten, woselbst der Schriftführer werktäglich von 2—3 Uhr zur Auskunfterteilung bereit ist.

### Schöneberg.

Selbstmordversuch eines Bankbeamten auf offener Straße. Im Zustande geistiger Unmachtung schoß sich gestern nachmittag der 30 Jahre alte Bankbeamte Erich P., wohnhaft in Schöneberg, Martin Lutherstr. 68, vor dem Hause Eisenacherstr. 50a mit einem Revolver in die rechte Brustseite. Der Verletzte wurde von Hausbewohnern nach der nächsten Polizeiwache und nach Anlegung eines Notverbandes im Krankenhaus nach dem städtischen Krankenhaus geschafft.

### Steglitz.

Das Drama eines Ehepaars ruft hier allgemeine Teilnahme hervor. In der Marzlinstr. 12 wohnte der Hauswerker Hermann Hofmann mit seiner Frau und sieben unmündigen Kindern. Im vergangenen Sommer wurde die Frau, die bis dahin durch Ausstragen von Zeitungen mitverdient hatte, kranklich und sie mußte in das Kreiskrankenhaus in Groh-Lichterfelde gebracht werden. Ueber das Schicksal seiner Frau wurde S. kümmerlich, Vorgestern erhielt er aus dem Krankenhaus die Trauerbotschaft, daß seine Frau im Sterben liege. Als er dann im Krankenhaus eintraf, war die Frau bereits tot. Raum hatte S. das Krankenhaus verlassen, so trank er in der Bergzweilung Gift, welches er bereits in einer Flasche mit nach dem Krankenhaus gebracht hatte. An der Mauer des Krankenhauses brach er leblos zusammen. Ein Wärter vernahm später das Röcheln des Lebensmüden und er schaffte S. nach dem Krankenhaus zurück. Der Zustand des bedauernswerten Mannes ist hoffnungslos.



**Lichtenberg.**

Die Gast- und Schenkler petitionieren bei den Gemeindebehörden um den Wegfall der Zuschläge zur Betriebssteuer. Im Etat 1907 sind als Einnahmen eingelegt 6300 M. Mit Recht weisen die Gastwirte darauf hin, daß die Betriebssteuer nicht nur reichlich Ersatz für den Ausfall dieser ungetreuen Belastung einer Erwerbsgruppe bietet, sondern die Möglichkeit gebe, eine ganze Reihe Einrichtungen zu schaffen, die der jungen Stadt in ihrer Entwicklung förderlich sein können. Die Gastwirte mögen sich aber auch vergewissern, wer die Belastung der Betriebssteuer trägt. Bekanntlich hat der Reichsanwalt Schadtel unter Verfall seiner Freunde vom Besch aus dem Umstand, daß die Sozialdemokraten in der Gemeindevertretung als erste die Betriebssteuer auf das Papier brachten, gefolgert, daß die Betriebssteuer ein „sozialdemokratisches Experiment“ sei. Bei der Stadtverordnetenwahl haben die Gastwirte Gelegenheit, ihrer Petition Nachdruck zu verleihen.

**Zossen.**

Bei der Stadtverordnetenwahl in der III. Klasse entfielen auf unsere Genossen Bernh. Schulze und Adolf Vogt je 60 Stimmen, während die Gegner 185 bzw. 194 Stimmen erhielten. Vor zwei Jahren wurden für unsere Genossen 43 Stimmen abgegeben. Die ungewöhnliche Wahlzeit (11-2 Uhr mittags) machte es einer Anzahl Arbeiter, die entlegen arbeiteten, nur unter bedeutendem Arbeitsverlust möglich, sich an der Wahl zu beteiligen.

Verunglückt ist in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag der zweite Rangiermeister des hiesigen Bahnhofes Paul Reeb dadurch, daß ihm in Ausübung seines Dienstes der rechte Arm abgefahren wurde. Bedingt wird dieser Unfall durch die schlechte Beleuchtung und Umbau der Gleise. Die schlechte Beleuchtung des Bahnhofes ist bereits des öfteren beklagt worden. Vielleicht wird jetzt für bessere Beleuchtung gesorgt.

**Röpenitz.**

Das Opfer einer unglücklichen Wette ist gestern nachmittag der bei einem Tiefbauunternehmer auf der Baumgarteninsel beschäftigte Arbeiter Marewicz geworden. Gestern nachmittag wetteten fünf Arbeiter, daß es keiner wagen werde, bei der herrschenden Kälte durch die Spree zu schwimmen. Jeder, der es riskierte, sollte 10 M. erhalten. Tatsächlich meldete sich der oben erwähnte M. Er entledigte sich seiner Kleider und schwamm in den Fluß hinein. Vergeblich warteten jedoch die Kameraden auf seine Rückkehr. In der Mitte des Stromes angelangt, sank M. unter und kam nicht wieder zum Vorschein. Seine Leiche wurde durch die Strömung fortgetrieben und bisher konnte sie noch nicht gelandet werden.

**Reinickendorf.**

Ein Bild des Glends. Auf dem Eisensteintag erhängt hat sich vorgestern Nacht der 30jährige Arbeiter Karl Zahne aus der Provinzstraße 106. Ein Polizeibeamter fand auf dem Patronenweg den Lebensmüden an einem Baume in den Ästern erhängt auf. J. war bereits zur Leiche erstarrt. Arbeitslosigkeit ist angeblich das Motiv zu dem Selbstmord gewesen.

**Bernau.**

Achtung, Stadtverordnetenwahlen! Am Donnerstag, den 14. November d. J., findet in Bernau von vormittags 10 Uhr bis 7 Uhr abends die Stadtverordnetenwahl statt. Die Kandidaten der Sozialdemokratie sind die Genossen Gustav Krüger und Ferdinand Dräger. Diejenigen Genossen, welche in Berlin und den Vororten mit Bernauer Arbeitern zusammen beschäftigt sind, werden ersucht, dieselben anzuhalten, sich an der Wahl zu beteiligen. Das Wahlkomitee.

**Heiligensee. (Nieder-Barnim.)**

In einer Volksversammlung, die am Sonntagmittag im Stablfestament von Hüh Zietow stattfand, referierte Genosse Hülle Berlin über die politischen Leistungen der Sozialdemokratie und die Notwendigkeit der politischen Organisation. Im Anschluß an das sehr beifällig aufgenommene Referat erfolgte die Gründung eines Wahlvereins für Heiligensee; auch eine Anzahl Abkommen auf den „Wortworts“ wurden gewonnen. Bei der letzten Reichstagswahl wurden in Heiligensee 93 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Bistät aller sich zur Sozialdemokratie bestimmenden Wähler ist es nun, der jungen Organisation beizutreten, damit sie ein tüchtiges Glied in der Reihe der den Befreiungskampf des Proletariats führenden Organisationen werde.

**Potsdam.**

Für die Stadtverordnetenwahl werden die Wahltermine seitens des Magistrats bekannt gegeben: Es haben für die III. Abteilung im 1. Wahlbezirk Ergänzungswahlen stattzufinden für die Herren Rechnungsrat Kemner, Gummelbaumeister Japel, Lehrer a. D. Krause und Postkutschmachermeister Reefe, und im 2. Wahlbezirk derselben Abteilung Ergänzungswahlen für die Herren Konditor Heffriegel, Kaufmann W. Herrmann und Kaufmann Kühnlein jun. Die Wähler dieser beiden Wahlbezirke werden nach alphabetischer Ordnung in je zwei Unterabteilungen geteilt, so daß diejenigen Wähler, deren

Namen mit ihren Anfangsbuchstaben unter die Nummern A bis J (einschließlich) fallen, am Montag, den 26. November d. J., von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, und zwar diejenigen des 1. Wahlbezirks im Stadtverordneten-Sitzungslokal im Rathaus 1 Treppe, Zimmer Nr. 16, diejenigen des 2. Wahlbezirks im Schulgebäude Jägerstr. 4, während diejenigen Wähler, deren Namen mit dem Anfangsbuchstaben M bis J fallen, am Dienstag, den 26. November d. J., vormittags 11 Uhr bis abends 8 Uhr, in denselben Räumen ihr Wahlrecht ausüben können. Unter den zu wählenden Stadtverordneten der III. Abteilung sind Hausbesitzer nicht erforderlich ein Zeichen, daß diese bis jetzt fast ausschließlich die Versammlung befehligt haben. Die Parteigenossen wollen auch die zahlreichen Potsdamer Arbeiter, die in Berlin und seinen Vororten arbeiten, auf die Notwendigkeit ihrer Teilnahme an der Wahl aufmerksam machen.

**Vermischtes.**

Ermordet aufgefunden. Einer Meldung aus Planen i. Vogtl. zufolge wurde in Unterlofan gestern nacht gegen 1/3 Uhr der Zimmermann Grimm aus Unterlofan auf der Straße erschossen aufgefunden. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Die „Jena“ völlig verloren. Nach einer Meldung aus Paris besaß das Ministerium, da sich die Ausbesserung des Panzerschiffes „Jena“, welches seinerzeit durch eine Pulverexplosion teilweise zerstört worden war, als unmöglich erwiesen hat, das Schiff in Zukunft lediglich als Ziel bei Schießversuchen zu verwenden.

Ein Baumsturz. In Hamburg stürzte auf dem Neubau des Hotels Atlantik an der Alster die Decke des 3. Stock ein und durchschlug die Decke des darunter befindlichen Stockwerks. Unter den Trümmern wurde bis gestern nachmittag 12 1/2 Uhr ein Arbeiter tot aufgefunden und ein schwerverletzter und drei leichtverletzte Arbeiter geborgen. Die Feuerwehre ist noch unausgesetzt tätig. Man vermutet, daß noch einige Arbeiter sich unter den Trümmern befinden.

Einer späteren Meldung aus Hamburg zufolge hat sich die Verfürchtung, daß unter den Trümmern des eingestürzten Hotelneubaus noch Menschen begraben liegen, nicht bestätigt.

Opfer der Grube. Wie aus St. Etienne gemeldet wird, stieß im Vergewalt Loire gestern abend ein Förderkorb gegen die Schachtwand. Sieben Bergleute stürzten etwa 200 Meter in die Tiefe und fanden den Tod.

Auf Grund geraten. Der von Savannah gekommene englische Dampfer „Restor“ ist einer Meldung aus Tuzhaden zufolge auf dem Straglande auf Grund geraten. 7 Schlepper sind zur Küstenreinigung an die Unfallstätte abgegangen. Bei den Bergungsarbeiten kollidierten die beiden Schleppdampfer „Gebrüder Stebe“ und „Vorlum“. Während der letztere nur wenig beschädigt ist, lief der „Vorlum“ voll Wasser und geriet ebenfalls auf Grund.

Unwetterstürme auf der Insel Elba. Wie ein Telegramm aus Portoferraio (Insel Elba) besagt, gehen aus allen Teilen der Insel Nachrichten über schwere Unwetter ein. Die Felder sind verpflüget, die Wege unpassierbar. Die Gemeinden Marciana Marina und Marciana stehen unter Wasser. Bis jetzt sind fünf Tote gezählt.

Deutscher Arbeiter-Abstinenzband. Ortsgruppe Berlin. Erste Dienstagsabende 8 1/2 Uhr, im „Englischen Hof“, Neue Köhlerstr. 3: Vortrag des Genossen Kapfenstein.

**Eingegangene Druckschriften.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 6. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Das große Reinemachen. — Die Psychologie der Romantik als soziale Erscheinung. Von Dr. J. Herold. — Der moderne handwerkliche Arbeiterkampf. Von Wilhelm Raiffeisen. — Zur Regelung der gewerblichen und arbeitsrechtlichen Verhältnisse im Maschinenbau. Von Otto Albrecht-Berlin. — Ueber gewerkschaftliche Aktion. Von August Winnig-Hamburg. — Die Grundbesitzer Rußlands. Von J. K. — Literarische Rundschau: Johannes B. Jensen, Die Welt ist tief... Von E. Korn. — Vom Warte der Seelen. Entdeckungsjahren einer sozialen Frau (Ulrike Chr. Malvern) im Lande Ararat. Aus dem Englischen von Maria Sommer. Von M. H. — Notizen: Von der Rheinisch-Westfälischen Gitter- und Holzwerkzeug-Vereinsgesellschaft. Von E. O.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Dreißig von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Vorbemerkung: Jedes Heft zur Verfügung. Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist soeben Nr. 23 des 17. Jahrganges zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Aufruf an die Genossinnen Deutschlands zur außerordentlichen Frauenkonferenz. — Der preussische Parteitag. Von B. — Die außerordentliche Frauenkonferenz in Berlin. Von Luise Jieg. — Die Frauen und das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden. Von P. H. — Schulartzberichte. III. Von Dr. Jabel. — Aus den Anfängen der Frauenbewegung. Von Anna Diod. — Bürgerliche Frauentagungen. II. Von Luise Jieg. — Von der sozialdemokratischen

Frauenbewegung in Ostpreußen. Von Emma Freundlich. — Korbelle und Rädchenhandel. — Aus der Bewegung: Planmäßige Agitation der Genossinnen für die Erweiterung des gesetzlichen Arbeiterminderalters und für ein freibeitliches Vereins- und Versammlungsrecht. — Vorträge des Berliner Genossinnen zum zweiten preussischen Parteitag. — Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Arbeiterkonferenz in Düsseldorf. — Schweizerische Frauenkonferenz. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Der Doulott über die Warenhäuser in Berlin. — Vom Kampf der Kohlenbergleute in der Niederschlesien. — Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen. — Notizen: Dienstbotenfrage. — Frauenminderrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Genossinnen: Weibliche Genossinnen. — Rosa Mohammed. Eine türkische Erzählung. Deutsch nachgedruckt von E. Hartmann-Gardner.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Gleichheit. Von Ludwig Blau. (Gedicht) — Ueber die Blutschuld. Von Dr. Edo. — Die Waise. Von Leo Heller. (Gedicht) — Die Erziehung des Kindes im ersten Lebensjahr. Von K. D. — Abend. Von Leo Heller. (Gedicht) — Die Mutter als Erzieherin. — Für die Hausfrau.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,00 M.

Vom „Wahren Jakob“ ist soeben die 23. Nummer des 25. Jahrganges zugegangen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Deutschlands neuer Kaiserthron“ und „Der Kampf um die Weileren Alltagsfragen“. — Der Herr Kaiser. — Aus dem Soldatenleben. — Die Soldaten. — Das Trübsal. — Die Lustig der Zukunft. — Im Glauben fest. — Zur Eröffnung des Reichstages. — Eduard ist der Ariebe. — Doch etwas! — Antlitzbild aus Konbit. — Ehrgefühl und die Arbeiterbewegung. — Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte: „Zum Jubiläum des Reichstages“, „Edelmütigen“, „Kostumes von Heinrich Heine“, „Der Fortschritt“, „Ein Verurtheilten“, „Die Spiegle“, „Neueses Wintermärchen II“, „Ein Jubiläum“, „Preußen voran“, „Die Staatsbürgerin“, „Das Welt-Feigenblatt“, „Der deutsche Jungfrau Sanderhorn“, „Humanität“, „Schwanenherz“, und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die satirischen Zeitschriften „Hochvertraut“, „Sphärenpolizei“, Die Unfähigkeit der Kommunisten“, „Hahn im Korbe“, „Schwieriger Fall“, „Briefe von der Reife Vererbung“, „Zur Topographie des Genies“ und „v. Armin-Schnobderheim an v. Selow-Rettendorf“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Kommunale Praxis. Vorschläge für Kommunalpolitik und Gemeindeverwaltung. Verlag Buchhandlung Bornäris, Berlin SW. 68. Preis pro Quartal 2,50 inkl. Porto resp. Postgeld.

Witterungsübersicht vom 11. November 1907.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. d. Luft °C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. d. Luft °C
Sachsen	761	SW	1	Rebel	3	Saparanda	752	W	2	Regen	2
Dresden	763	SW	2	Rebel	6	Petersburg	757	W	2	bedeckt	-1
Berlin	763	SW	2	Rebel	6	Seibitz	761	W	1	wolkig	10
Frankfurt	764	SW	2	Rebel	4	Wetzlar	754	W	2	Regen	8
München	765	SW	2	wolkig	3	Wien	764	D	1	bedeckt	8
Wien	766	SW	2	wolkig	2						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 12. November 1907. Mittels hell, zunächst wärmer, aber sehr veränderlich mit leichten Regenschauern und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 10. 11.	seit 10. 11.	Wasserstand	am 10. 11.	seit 10. 11.
Remel, Tüft	167	- 2	Saals, Großh.	69	- 1
Regel, Ansternburg	-	- 2	Saals, Sponau	-	-
Weißel, Lhonn	80	- 2	Rathenow	115	+ 1
Dber, Ratibor	74	- 1	Spreer, Spremberg	106	- 2
Profien	70	+ 1	Beckow	140	- 1
Frankfurt	75	- 1	Weser, Ründen	107	0
Barthe, Schrimm	-	-	Weser, Ründen	107	0
Rege, Nordam	15	0	Rhein, Ragnitzlandau	289	- 1
Gibe, Reimeritz	13	+ 1	Rhein, Ragnitzlandau	289	- 1
Dresden	-82	+ 3	Rhein, Ragnitzlandau	289	- 1
Barby	60	0	Rhein, Ragnitzlandau	289	- 1
Ragdeburg	68	+ 4	Rhein, Ragnitzlandau	289	- 1

+) bedeutet Hoch, -) Niedrig. —) Unterpegel.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**4. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
Sonntag, den 17. November 1907:  
**::: Stiftungsfest :::**  
in folgenden Lokalen:  
**Kellers Festsäle, Kopenstr. 29.**  
**Elysium, Landsberger Allee 40a.**  
**Boekers Festsäle, Weberstr. 17.**  
In sämtlichen Lokalen: **Konzert und Tanz.**  
Eröffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr. Billetts 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.  
Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Das Komitee.**

Während des **Umbaues** Eingang neben d. Bauzaun links  
**Teppich-Haus**  
**B. Hurwitz**  
Rotes Schloss an der Stechbahn 1/2  
Verkauf mit ca. **40% Preisermässigung**  
nur in der I. Etage.



